

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hartmut Sangmeister
Wirtschaftswachstum und
Grundbedürfnisbefriedigung
in Lateinamerika

Gerhard Drekonja-Kornat
Kubas Außenpolitik:
Das erneuerte
lateinamerikanisch-
karibische Profil

Josef Thesing
Wandel im karibischen
Raum

ISSN 0479-611 X

B 13/84
31. März 1984

Hartmut Sangmeister, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, geb. 1945; 1979—1981 sowie im Herbst 1982 Gastprofessur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Entwicklungstheorie und -politik, an der Universidade Federal do Ceará (UFC) in Fortaleza/Brasilien; derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität Heidelberg.

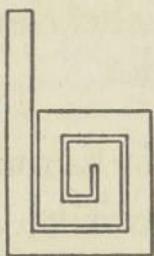
Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit G. Menges) Europäische Wirtschaftskunde, Frankfurt/Main 1977; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze über internationale Wirtschafts- und Sozialstatistik sowie über entwicklungspolitische Probleme.

Gerhard Drekonja-Kornat, geb. 1939; Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Cornell (USA); lebte in den vergangenen Jahren in Lateinamerika, wo er wissenschaftlich und publizistisch vor allem über lateinamerikanische Außenpolitik arbeitete; derzeit Chefredakteur der „Zeitschrift für Lateinamerika“, Wien, und Gastprofessor für Außenpolitik von Dritte-Welt-Staaten an der Universität Wien.

Veröffentlichungen u. a.: Retos de la Política Exterior Colombiana, Bogota 1983; (hrsg. zusammen mit Juan G. Tokatlian), Teoría y Práctica de la Política Exterior Latinoamericana, Bogota 1983.

Josef Thesing, geb. 1937, Studium der Politikwissenschaft in München und Freiburg; 1966—1973 Beratungs- und Dozententätigkeit in Lateinamerika; seit 1978 Leiter des Büros für Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., in Sankt Augustin.

Veröffentlichungen u. a.: La Política, Guatemala 1970; Política y Sociedad, Bogota 1972; Política y Desarrollo, Bogota 1973; (Hrsg.), Politik und Entwicklung in Lateinamerika, Mainz 1976; Wandel des politischen Systems in Spanien 1975 bis 1978, in: R. Biskup u. a. (Hrsg.), Spanien und die Europäischen Gemeinschaften, Bern-Stuttgart 1982; Zentralamerika im Umbruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/82.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wirtschaftswachstum und Grundbedürfnisbefriedigung in Lateinamerika

I. Wirtschaftswachstum und Armut in Lateinamerika

Die Staaten Lateinamerikas haben in den beiden zurückliegenden Entwicklungsdekaden ein eindrucksvolles wirtschaftliches Wachstum erzielt. Das aggregierte Bruttoinlandsprodukt (BIP) dieser Region stieg zwischen 1960 und 1970 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5,3% und zwischen 1970 und 1980 mit einer Rate von 6,0%. Insbesondere in der Dekade 1970—1980 übertraf das lateinamerikanische Wirtschaftswachstum deutlich die Zuwachsraten des BIP der westlichen Industrieländer (3,2%) und der Entwicklungsländer insgesamt (5,1%)¹⁾.

Wegen des relativ hohen Bevölkerungswachstums in Lateinamerika hat der in den vergangenen zwanzig Jahren erzielte Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses allerdings nicht zu einem entsprechenden Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens geführt; bei einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstum in Lateinamerika von 2,6% zwischen 1960 und 1980 ergab sich ein jährlicher Anstieg des Bruttosozialprodukts (BSP) pro Kopf von nur 3,4% (vgl. Tabelle 1). Immerhin hatten 1981 die hier untersuchten lateinamerikanischen Länder, mit Ausnahme Haitis, ein BSP pro Kopf erreicht, das zum Teil erheblich über dem Schwellenwert von 410 US-Dollar lag, den die Weltbank als untere Grenze zur Klassifikation der Entwicklungsländer mit „mittlerem“ Einkommen verwendet²⁾. Acht lateinamerikanische Staaten (Panama, Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile, Uruguay, Venezuela, Trinidad & Tobago) werden von der Weltbank sogar der „oberen“ Einkommenskategorie innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen zugerechnet. Lediglich Haiti, mit einem BSP von 300 US-Dollar pro Kopf im Jahre 1981, gehört zur Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen und wird von der UNO auf der Liste der am wenigsten entwick-

kelten Länder („Least Developed Countries“ — LDCs) geführt.

Die zuvor genannten statistischen Mittelwerte und Pro-Kopf-Zahlen zur Kennzeichnung des wirtschaftlichen Wachstums können den Eindruck vermitteln, daß Lateinamerika im Entwicklungsprozeß der letzten zwanzig Jahre recht erfolgreich abgeschnitten habe. Aber dieser Eindruck trügt, denn der „Erfolg“, wie er sich in Wachstumsraten und Durchschnittseinkommen niederschlägt, ist an einem erheblichen Teil der Bevölkerung vorbeigegangen. So schätzte z. B. die Weltbank 1980, daß in Lateinamerika — trotz des weit fortgeschrittenen Industrialisierungsprozesses — noch immer eine von sieben Personen in absoluter Armut lebe³⁾. Eine andere Weltbank-Studie kam 1979 zu dem Ergebnis, daß die Zahl der absolut Armen in Lateinamerika auf absehbare Zeit bei mindestens 100 Millionen liegen werde⁴⁾. Eine neuere Untersuchung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika („Economic Commission for Latin America“ — ECLA), die sich auf zehn Staaten der Region bezieht, schätzt, daß 1981 in diesen Ländern ca. 104 Millionen Menschen (35% der Bevölkerung) unterhalb der Armutsgrenze lebten, davon allein in Brasilien ca. 52 Millionen und in Mexiko ca. 21 Millionen⁵⁾.

Diese Zahlen deuten darauf hin, daß Massenarmut ein charakteristisches Merkmal der meisten lateinamerikanischen Länder (geblieben oder geworden) ist, trotz der „erfolgreichen“ gesamtwirtschaftlichen Wachstumsstrategie in der Vergangenheit. Das Beispiel Lateinamerika zeigt auch, daß Zweifel erlaubt sind an der These, wonach das Ergebnis for-

¹⁾ World Bank, World Development Report 1982, Washington D. C. 1982, S. 37 und S. 113.

²⁾ Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1983, Washington D. C. 1983, S. IX.

³⁾ World Bank, World Development Report 1980, Washington D. C. 1980, S. 90.

⁴⁾ M. Selowsky, Balancing trickle down and basic needs strategies: Income distribution issues in large middle-income countries with special reference to Latin America, World Bank Staff Working Paper, 335, Washington D. C. 1979, S. i.

⁵⁾ S. Molina, Poverty: Description and analysis of policies for overcoming it, in: CEPAL Review, 18 (1982), S. 89

Tabelle 1: Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum

Land	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten ^{a)} in %		
	Bevölkerung 1960—1980	BIP ^{b)} 1960—1980	BSP pro Kopf ^{c)} 1960—1980
Argentinien	1,5	3,2	2,2
Bolivien	2,4	5,0	2,1
Brasilien	2,6	6,9	5,1
Chile	1,9	3,5	1,6
Costa Rica	3,0	6,2	3,2
Dominikanische Republik	2,9	5,6	3,4
Ecuador	3,0	7,3 ^{d)}	4,5
El Salvador	2,9	5,0	1,6
Guatemala	3,0	5,7	2,8
Haiti	1,6	2,1	0,5
Honduras	3,3	4,5	1,1
Jamaika	1,5	1,7	0,6
Kolumbien	2,7	5,5	3,0
Kuba	1,7	3,6 ^{e)}	4,4 ^{e)}
Mexiko	3,2	6,2	2,6
Nicaragua	3,0	4,1	0,9
Panama	2,6	5,9	3,3
Paraguay	2,9	6,4	3,2
Peru	2,7	4,0	1,1
Trinidad & Tobago	1,7	4,6	3,0
Uruguay	0,7	2,4	2,4
Venezuela	3,4	5,5	2,6
LATEINAMERIKA	2,6 w	5,7 w	3,4 w
Industrieländer ^{f)}	0,9 w	4,2 w	3,6 w

^{a)} Als stetige jährliche Wachstumsraten berechnet; vgl. World Bank: World Development Report 1982, Washington D. C. 1982, S. 161.

^{b)} Reales Bruttoinlandsprodukt.

^{c)} Reales Bruttosozialprodukt pro Kopf.

^{d)} 1965—1980.

^{e)} 1960—1979.

^{f)} OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

Quelle: World Bank, World Development Report 1980, 1981, 1982.

cierten wirtschaftlichen Wachstums allmählich zu den Beziehern niedrigerer Einkommen durchsickern würde und ein wachsendes Sozialprodukt sich konfliktfreier verteilen ließe.

Die nationalen Entwicklungsstrategien, die in den fünfziger und sechziger Jahren in vielen lateinamerikanischen Ländern (unter dem deutlichen intellektuellen Einfluß der ECLA) konzipiert worden waren ⁶⁾, beruhten im wesentlichen auf dem dualen Entwicklungs-

⁶⁾ Vergl. hierzu R. Prebisch, O desenvolvimento econômico da América Latina e seus principais problemas, in: Revista Brasileira de Economia, 3 (1949), S. 47—111.

modell von Lewis ⁷⁾ sowie auf der Theorie der ungleichgewichtigen Entwicklung von Hirschman ⁸⁾. Die im Lewis-Modell vorgeschlagene beschleunigte Kapitalakkumulation im „modernen“ industriellen Sektor konnte in der Mehrzahl der lateinamerikani-

⁷⁾ W. A. Lewis, Economic development with unlimited supplies of labour, in: The Manchester School, 22 (1954), S. 139—191; ders., The dual economy revisited, in: The Manchester School, XLVII (1979), S. 211—229.

⁸⁾ A. O. Hirschman, The strategy of economic development, New Haven 1958; ders., Investment policies and „dualism“ in underdeveloped countries, in: American Economic Review, 47 (1975), S. 550—570.

schen Volkswirtschaften tatsächlich erreicht werden, zumal sich der Zufluß ausländischen Kapitals nach Lateinamerika zur Finanzierung der Investitionen stetig ausweitete und damit der Zwang zur internen Ersparnisbildung reduziert blieb. Die zweite Stufe des dualen Entwicklungsmodells, die Absorption des Arbeitskräfteüberschusses im „traditionellen“ Agrarsektor durch die Wachstumsdynamik des „modernen“ Sektors sowie die nachfolgende Erhöhung des realen Lohnniveaus in allen Wirtschaftsbereichen, realisierte sich jedoch nicht in dem gleichen Maße wie die erste Stufe, da die im „modernen“ Sektor neugeschaffenen Produktionsprozesse in der Regel kapitalintensiv angelegt wurden, und nicht arbeitsintensiv, wie dies in dem Modell von Lewis auf Grund des angenommenen Faktorpreisverhältnisses zwischen Arbeitskraft und Kapital unterstellt worden war. Hinzu kam, daß Lewis das hohe Bevölkerungswachstum, das in Lateinamerika anhielt und den Druck auf den Arbeitsmarkt zusätzlich erhöhen mußte, in seinen Modellüberlegungen nicht hinreichend berücksichtigt hatte.

Angesichts der fortbestehenden, und seit Beginn der achtziger Jahre eher noch zuneh-

menden Massenarmut in vielen lateinamerikanischen Ländern, kann rückblickend der Versuch dieser Staaten zumindest als fragwürdig bezeichnet werden, das Konzept der dualen Modernisierung ihrer Volkswirtschaften mittels forcierter Industrialisierungsstrategien realisieren zu wollen. Allerdings wurde die Problematik einer „Entwicklung zur Unterentwicklung“, als die die spezifisch lateinamerikanische Strategie einer zunächst importsubstituierenden und dann exportorientierten Industrialisierung bezeichnet worden ist⁹⁾, bis Ende der siebziger Jahre durch eindrucksvolle Wachstumsraten des BIP vordergründig verdeckt. Die unbestreitbare Dynamik, die der „moderne“ industrielle Sektor lateinamerikanischer Staaten in den beiden zurückliegenden Dekaden entwickelte, reichte jedoch nicht aus, die „Rückständigkeit“ der übrigen Sektoren zu überwinden und die Volkswirtschaften als Ganzes zu einer universalen Modernität zu führen. Im Gegenteil: Die Einführung neuer Formen des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Organisation bewirkten eine zunehmende strukturelle Heterogenität, und anstatt die sozialen Probleme Lateinamerikas durch „Modernisierung“ zu lösen, wurden diese verstärkt.

II. Grundbedürfnisbefriedigung als alternatives Entwicklungsziel

Spätestens mit der weltwirtschaftlichen Rezession seit Beginn der achtziger Jahre ist auch in Lateinamerika die Illusion verflogen, daß sich der industrielle Wachstumsprozeß als Motor der gesamtwirtschaftlichen Modernisierung wie bisher würde fortführen lassen. Zwar wurden Zweifel an der Lebensfähigkeit des lateinamerikanischen „Imitationskapitalismus“ (Raúl Prebisch) auch schon früher formuliert¹⁰⁾, aber die tiefgreifende Krise, in die 1982/83 gerade die wirtschaftlich relativ „erfolgreichsten“ Länder Lateinamerikas wie Brasilien, Mexiko und Venezuela geraten waren, hat die Notwendigkeit eines Wandels der grundlegenden entwicklungspolitischen Zielsetzung für die Staaten der lateinamerikani-

schen Region unübersehbar gemacht. Der euphorische Konsens über die vermeintliche Notwendigkeit, die Industrialisierung als ein Instrument zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu fördern, ist der ernüchterten Einsicht gewichen, die Optionen prüfen zu müssen, die angesichts der „frustrierten Entwicklungsalternative“ Industrialisierung¹¹⁾ (noch?) zur Verfügung stehen.

Bereits in den siebziger Jahren führte die kritische Analyse von Wohlfahrtseffekten wirtschaftlicher Wachstumsprozesse in Entwicklungsländern zur Formulierung entwicklungspolitischer Alternativstrategien, welche die Einkommensverteilungs- und Beschäftigungseffekte des Wirtschaftswachstums in den Vordergrund stellten¹²⁾. In programmatischer

⁹⁾ A. F. Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/Main-Köln 1968, S. 151 ff.

¹⁰⁾ Vgl. z. B. P. C. Padis (Hrsg.), *América Latina: Cinquenta anos de industrialização*, São Paulo 1979; K. Eßer, *Lateinamerika — Industrialisierungsstrategien und Entwicklung*, Frankfurt/Main 1979.

¹¹⁾ M. Minkner, *Industrialisierung — Eine frustrierte Entwicklungsalternative?*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 33 (1983) 3, S. 377—388.

¹²⁾ Vgl. z. B. I. Adelman/C. T. Morris, *Economic growth and social equity in developing countries*,

Form finden sich die Grundgedanken alternativer Entwicklung in der „Erklärung von Cocoyoc“, die 1974 in Mexiko von einem Wissenschaftler-Gremium verabschiedet wurde; in dieser Erklärung heißt es u. a.: „Als erstes müssen wir überhaupt Ziel und Zweck von Entwicklung neu definieren. Es kann sich nur darum handeln, den Menschen, nicht die Dinge zu entwickeln. Menschen haben bestimmte Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung. Jeder Wachstumsvorgang, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt — oder sogar störend eingreift —, ist eine Verkehrung des Entwicklungsgedankens.“¹³⁾

Ein wesentliches Element in der Neuformulierung alternativer Entwicklungsstrategien war die Betonung des zielgruppenspezifischen Bezugs entwicklungspolitischer Zielsetzung, d. h. die Orientierung der Entwicklungsstrategien auf solche Personen(-gruppen) innerhalb einer Gesellschaft, die bei den je gegebenen Rahmenbedingungen von den positiven Effekten wirtschaftlichen Wachstums nicht „automatisch“ — im Sinne eines „trickling down“ — begünstigt werden.

In konsequenter Fortführung der Zielgruppenorientierung entwicklungspolitischer Strategieentwürfe wurde Mitte der siebziger Jahre von dem „International Labour Office“ (ILO) ein Konzept aufgestellt, in dem das Ziel der Beseitigung absoluter Armut in den Entwicklungsländern in operationaler Weise konkretisiert wird: nämlich als die Befriedigung von Grundbedürfnissen der größtmöglichen Zahl von Menschen in der kürzestmöglichen Zeit.

Als wichtigste Komponente grundbedürfnisorientierter Entwicklungsstrategien gelten nach der ILO-Definition¹⁴⁾:

III. Indikatoren der Grundbedürfnisbefriedigung

Fundierte Aussagen über das Ausmaß und/oder über Defizite der Grundbedürfnisbefriedigung setzen statistische Informationen über

Stanford 1973; H. B. Chenery et al., *Redistribution with growth*, New York 1974; ders./M. Syrquin, *Patterns of development 1950—1970*, New York 1975.

¹³⁾ Zitiert nach Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Die neue Weltwirtschaftsordnung*, Materialien 49, Bonn 1975, S. 4.

¹⁴⁾ International Labour Office, *Employment, growth and basic needs: A one-world problem* (Tri-

1. Die Gewährleistung einer Mindestausstattung mit Gütern des privaten Verbrauchs, vor allem angemessene Ernährung, Kleidung und Wohnung sowie bestimmte Haushaltsgeräte und Möbel;

2. die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen wie Wasserversorgung und -entsorgung, Transportmöglichkeiten, Gesundheits- und (Aus-)Bildungseinrichtungen.

Eine grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategie soll darüber hinaus die als immaterielles Grundbedürfnis verstandene politische Partizipation der Zielgruppen beinhalten. Zielgruppen grundbedürfnisorientierter Entwicklungsstrategien sind diejenigen Personen(-gruppen) einer Bevölkerung, deren individueller und/oder gruppenspezifischer Konsum privater und/oder öffentlicher Grundbedarfsgüter einen absoluten oder relativen Standard nicht erreicht.

Grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategien müssen also mehr beinhalten als „Armenpflege“ oder „Umverteilung der Armut“ und sollten auch über die Gewährleistung eines objektivierbaren Existenzminimums hinauszielen. Grundbedürfnisbefriedigung, weiterreichend verstanden als das Vorhandensein körperlichen, sozialen und mentalen Wohlbefindens in einer lebenswerten Umwelt, und dies wiederum verstanden als notwendige Voraussetzung für Selbstverantwortlichkeit und Partizipation, geht von einer ethisch-humanitären Zielsetzung aus. Aber diese Zielsetzung hat zugleich auch einen funktional-instrumentellen Charakter, insofern Gesundheit, Bildung und Ernährung sowie die Erfüllung anderer Grundbedürfnisse als ökonomische Bedingungsfaktoren der menschlichen Produktivität verstanden werden.

den Status quo der Zielgruppe(n) voraus. Die Beschaffung dieser Informationen erfordert u. a. die Bestimmung valider und adäquater statistischer Indikatoren, mit denen das aktuelle und zukünftige Befriedigungsniveau der

partite World Conference on Employment, Income Distribution and Social Progress and the International Division of Labour. Report of the Director-General of the International Labour Office and Declaration of Principles and Programme of Action adopted by the Conference.), Geneva 1976, S. 31f.

verschiedenen Grundbedürfnisse operational gemessen werden kann¹⁵⁾. Darüber, inwieweit verschiedene mögliche Indikatoren den Bedeutungsinhalt der einzelnen Grundbedürfnisse angemessen widerspiegeln, hat in den vergangenen Jahren eine umfassende Diskussion stattgefunden. Eine Auswertung dieser Diskussion zeigt, daß für einzelne Bereiche ein weitgehender Konsens hinsichtlich der Validität und Adäquation bestimmter Indika-

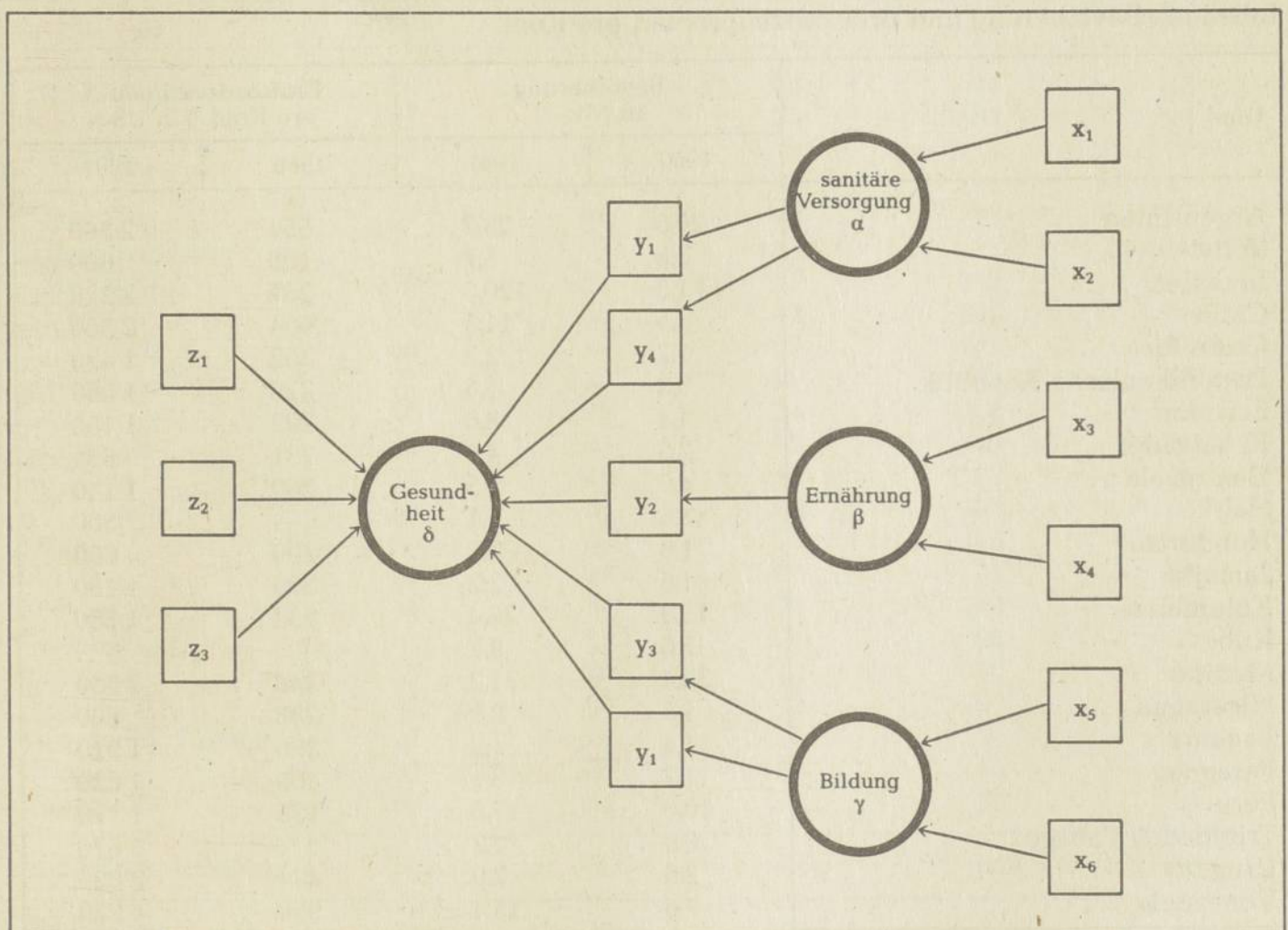
toren gegeben ist — zumindest als jeweils beste verfügbare Näherungsgröße¹⁶⁾.

Abbildung 1 zeigt ein Modell, in dem 13 direkt beobachtbare bzw. meßbare Variablen als Indikatoren für die nicht direkt beobachtbaren Konstrukte „sanitäre Versorgung“, „Ernäh-

¹⁵⁾ Vgl. hierzu H. Sangmeister, Statistical problems of a development policy orientated to basic needs, in: Economics, 27 (1983), S. 90—108.

¹⁶⁾ Siehe z. B. N. Hicks/P. Streeten, Indicators of development. The search for a basic needs yardstick, in: World Development, 7 (1979), S. 567—580; W. Lütkenhorst, Zielbegründung und Entwicklungspolitik: Das Grundbedürfnisziel in methodologisch-theoretischer Perspektive, Bochumer Materialien zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, 23, Tübingen 1982, S. 332ff..

Abbildung 1: Indikatormodell für vier Grundbedürfnisbereiche



- x₁ = Städtische Bevölkerung in % der Gesamtbevölkerung
- x₂ = Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu einwandfreiem Wasser
- x₃ = Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf
- x₄ = Kalorienangebot pro Tag und Kopf in % des Bedarfs
- x₅ = Einschulungsquote Jungen (Grundschule)
- x₆ = Einschulungsquote Mädchen (Grundschule)
- y₁ = Säuglingssterblichkeitsziffer (Alter 0—1 Jahr)
- y₂ = Lebenserwartung bei der Geburt
- y₃ = Alphabetenquote für Erwachsene
- y₄ = Kindersterbeziffer (Alter 1—4 Jahre)
- z₁ = Einwohner je Arzt
- z₂ = Einwohner je Beschäftigtem in der Krankenpflege
- z₃ = Bruttosozialprodukt pro Kopf

„Bildung“ und „Gesundheit“ dienen. Für fast alle lateinamerikanischen Staaten stehen statistische Daten zur Verfügung, um dieses Modell empirisch auszufüllen. Nicht direkt berücksichtigt ist in dem Modell das Grundbedürfnis „Wohnen“, da hierfür allgemein akzeptierte Indikatoren bislang nicht gefunden wurden. Gerade in diesem Bereich ist eine „Grundausrüstung“ nur in dem je gegebenen kulturellen, klimatischen und wirtschaftlichen Kontext sinnvoll zu definieren. Jedoch lassen sich die Wohnverhältnisse städtischer Bevölkerungsgruppen bis zu einem gewissen Grade durch den Indikator „Trinkwasserversorgung“ beschreiben. Gänzlich ungeklärt ist bislang auch die Frage, durch welche Indika-

toren das Grundbedürfnis „Partizipation“ beschrieben werden könne, da Begriffe wie „freie Wahlen“, „politische Parteien“ oder „gewerkschaftliche Organisation“ in verschiedenen politischen Systemen höchst unterschiedliche Bedeutung haben können¹⁷⁾.

Die empirische Ausfüllung des in Abbildung 1 dargestellten Indikatorensystems mit nationalen Durchschnittswerten für eine Makro-Evaluierung der Grundbedürfnisbefriedi-

¹⁷⁾ Vgl. hierzu D. Nohlen/F. Nuscheler, Was heißt Entwicklung?, in: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, hrsg. von D. Nohlen und F. Nuscheler, Hamburg 1982², S. 62f.

Tabelle 2: Bevölkerung und Bruttosozialprodukt pro Kopf

Land	Bevölkerung in Mio. ^{a)}		Bruttosozialprodukt pro Kopf ^{b)} in US-\$	
	1960	1981	1960	1981
Argentinien	20,6	28,2	551	2 560
Bolivien	3,8	5,7	100	600
Brasilien	71,5	120,5	267	2 220
Chile	7,6	11,3	604	2 560
Costa Rica	1,2	2,3	352	1 430
Dominikanische Republik	3,2	5,6	228	1 260
Ecuador	4,4	8,6	202	1 180
El Salvador	2,5	4,7	231	650
Guatemala	4,0	7,5	269	1 140
Haiti	3,6	5,1	..	300
Honduras	1,8	3,8	209	600
Jamaika	1,6	2,2	396	1 180
Kolumbien	15,9	26,4	253	1 380
Kuba	7,0	9,7
Mexiko	36,4	71,2	348	2 250
Nicaragua	1,5	2,8	238	860
Panama	1,1	1,9	385	1 910
Paraguay	1,7	3,1	160	1 630
Peru	10,0	17,0	198	1 170
Trinidad & Tobago	0,8	1,2	..	5 670
Uruguay	2,6	2,9	494	2 820
Venezuela	7,6	15,4	958	4 220
LATEINAMERIKA	210,4	357,1	344 w	2 067 w
Industrieländer ^{c)}	596,7	719,5	2 140 w	11 120 w

^{a)} Schätzungen, jeweils Jahresmitte.

^{b)} Schätzwerte, die sich wegen des Umrechnungsverfahrens in US-Dollar intertemporal nicht ohne weiteres vergleichen lassen.

^{c)} OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank, World Development Report 1983.

UNRISD, Research Data Bank of Development Indicators, Vol. III., Geneva 1976.

gung in Lateinamerika ist nicht unproblematisch. Im Hinblick auf den spezifischen Gehalt des Grundbedürfniskonzeptes — die Orientierung auf die Befriedigung elementarer Bedürfnisse von Individuen — kann das Operieren mit auf nationalen Durchschnitten beruhenden Indikatorenwerten unangemessen sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn die von einem Indikator vermittelte Aussage nicht „zweiwertig“ strukturiert ist. „Zweiwertige“ Informationsstrukturen sind z. B. bei den Indikatoren „Einschulungsquote“ und „Verstädterungsgrad“ gegeben; die Angabe des jeweiligen Indikatorenwertes vermittelt gleichzeitig auch die korrespondierende Information über den Anteil der Bevölkerung, der nicht eingeschult ist bzw. nicht in Städten wohnt. Unabhängig von der Informationsstruktur des jeweiligen Indikators haben nationale Durchschnittswerte den Nachteil, daß

ge“ Informationsstrukturen sind z. B. bei den Indikatoren „Einschulungsquote“ und „Verstädterungsgrad“ gegeben; die Angabe des jeweiligen Indikatorenwertes vermittelt gleichzeitig auch die korrespondierende Information über den Anteil der Bevölkerung, der nicht eingeschult ist bzw. nicht in Städten wohnt. Unabhängig von der Informationsstruktur des jeweiligen Indikators haben nationale Durchschnittswerte den Nachteil, daß

Tabelle 3: Indikatoren des sanitären Grundbedarfs

Land	Verstädterungsgrad ^{a)}		Wasser- versorgung ^{b)}	Säuglingssterblichkeit ^{c)} Todesfälle je 1000 Geburten	
	in %		in %		
	1960	1981	1975	1960	1981
Argentinien	74	83	66	61	44
Bolivien	24	45	34	167	129
Brasilien	46	68	77	118	75
Chile	68	81	84	114	42
Costa Rica	37	44	77	83	27
Dominikanische Republik	30	52	55	119	66
Ecuador	34	45	42	140	80
El Salvador	38	41	53	136	75
Guatemala	33	39	40	92	66
Haiti	16	28	14	118	112
Honduras	23	36	46	145	86
Jamaika	34	42	86	52	16
Kolumbien	48	64	64	103	55
Kuba	55	66	..	66	19
Mexiko	51	67	62	91	54
Nicaragua	41	54	70	144	88
Panama	41	55	79	68	21
Paraguay	36	40	13	86	46
Peru	46	66	48	163	85
Trinidad & Tobago	22	22	..	54	31
Uruguay	80	84	84	50	39
Venezuela	67	84	..	85	40
LATEINAMERIKA	50w	66w	64w	105w	63w
Industrieländer ^{d)}	68w	78w	95w ^{e)}	30w	11w

a) Anteil der Stadtbevölkerung in Prozent der Gesamtbevölkerung.

b) Anteil der Bevölkerung, die innerhalb akzeptabler Entfernungen Zugang zu einer unbedenklichen Wasserversorgung hat (gereinigtes Oberflächenwasser, ungereinigtes, aber unverseuchtes Wasser aus Bohrlöchern, Quellen, Brunnen etc.).

c) Anzahl der Säuglinge, die je 1000 Lebendgeburten vor Erreichen des 1. Lebensjahres sterben.

d) OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

e) Eigene Schätzung.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank, World Development Report 1982, 1983.

sich daraus — ohne zusätzliche Verteilungsmaße — keine Rückschlüsse ziehen lassen auf die Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen (z. B. ländliche Bevölkerung, Frauen, Kinder) an der Versorgung mit Grundbedarfsgütern in denjenigen Bereichen, in denen eine systematische Benachteiligung dieser Gruppen möglich ist, wie z. B. im Ernährungs-

und Bildungsbereich. Auch werden bei der Verwendung nationaler Durchschnittswerte regionale Disparitäten der Grundbedürfnisbefriedigung innerhalb eines Landes nicht erkennbar.

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Einwände ist es aber durchaus möglich, aus dem vorhandenen Datenmaterial einige inter-

Tabelle 4: Indikatoren der Ernährung

Land	Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf ^{a)} (Ø 1969—71 = 100)		Tägliches Kalorienangebot pro Kopf in Prozent des Bedarfs ^{b)}		Lebenserwartung bei der Geburt ^{c)} in Jahren	
	Ø 1961—65 ^{d)}	Ø 1979—81	1960	1980	1960	1981
Argentinien	88	116	115	125	65	71
Bolivien	78	104	69	87	43	51
Brasilien	74	127	102	109	55	64
Chile	83	96	96	114	57	68
Costa Rica	62	111	98	116	62	73
Dominikanische Republik	79	100	92	105	51	62
Ecuador	78	97	81	88	51	62
El Salvador	78	100	82	99	51	63
Guatemala	74	115	86	93	47	59
Haiti	88	89	81	96	44	54
Honduras	70	80	84	96	46	59
Jamaika	93	91	91	119	64	71
Kolumbien	79	122	94	108	53	63
Kuba	83	122	..	122	63	73
Mexiko	75	106	107	121	57	66
Nicaragua	72	85	93	99	47	57
Panama	67	101	102	103	62	71
Paraguay	81	111	112	134	56	65
Peru	81	82	97	99	47	58
Trinidad & Tobago	88	73	100	113	64	72
Uruguay	93	102	115	110	68	71
Venezuela	67	104	90	112	57	68
LATEINAMERIKA	77w	113w	101w	111w	56w	65w
Industrielländer ^{e)}	85w	112w	126w	134w	70w	75w

a) Ohne Viehfutter und Saatgut für die Verwendung in der Landwirtschaft sowie unter Berücksichtigung der Verluste bei Verarbeitung und Vertrieb.

b) Bedarfsnorm unter Berücksichtigung von Alters- und Geschlechtsaufbau sowie durchschnittlichem Körpergewicht der Bevölkerung und landesspezifischer Lufttemperatur.

c) Anzahl der Jahre, die ein neugeborenes Kind leben würde, sofern es den Sterblichkeitsrisiken ausgesetzt wäre, die zum Zeitpunkt seiner Geburt im Querschnitt der Bevölkerung vorherrschen.

d) Originaldaten mit Basis Ø 1961—65 = 100 umbasiert auf die Basis Ø 1969—71 = 100.

e) OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank, World Development Report 1983; FAO, Production Yearbook 1976, 1981; World Bank, World Tables, the second edition (1980), from the data files of the World Bank.

essante Erkenntnisse über Ausmaß bzw. Defizite der Grundbedürfnisbefriedigung in den untersuchten lateinamerikanischen Ländern zu gewinnen. Für 22 Staaten der Region sind in den Tabellen 2 bis 6 aktuelle Indikatorenwerte für die vier materiellen Grundbedürfnisbereiche des Modells in Abbildung 1 kompiliert, wobei die Jahre um 1980 die Referenzperiode bilden; soweit verfügbar, sind auch

die entsprechenden Werte für 1960 aufgeführt, um einen zeitlichen Vergleich mit der Situation vor zwanzig Jahren zu ermöglichen.

Die hier verwendeten Daten entstammen überwiegend den „Weltentwicklungsberichten“ 1978 bis 1983 der Weltbank, die eine sehr sorgfältige Auswahl des Materials für ihre

Tabelle 5: Indikatoren des Erziehungswesens

Land	Anzahl der Grundschüler in Prozent ihrer Altersgruppe ^{a)}				Alphabetisierungsquote der erwachsenen Bevölkerung ^{b)} in %	
	Männlich		Weiblich		1960	1980
	1960	1980	1960	1980		
Argentinien	98	116	99	116	91	93
Bolivien	78	90	50	78	39	63
Brasilien	97	93	93	93	61	76
Chile	111	118	107	116	84	..
Costa Rica	97	109	95	106	84	90
Dominikanische Republik	99	105	98	107	65	67
Ecuador	87	109	79	105	68	81
El Salvador	82	74	77	74	49	62
Guatemala	50	74	39	63	32	..
Haiti	50	69	42	59	15	23
Honduras	68	92	67	85	45	60
Jamaika	92	98	93	100	82	90
Kolumbien	77	127	77	130	63	81
Kuba	109	116	109	109	..	95
Mexiko	82	123	77	116	65	83
Nicaragua	65	97	66	103	38	90
Panama	98	115	94	111	73	85
Paraguay	105	106	90	98	75	84
Peru	95	116	71	108	61	80
Trinidad & Tobago	89	93	87	95	93	95
Uruguay	111	107	111	104	90	94
Venezuela	100	104	100	104	63	82
LATEINAMERIKA	92w	106w	87w	104w	65w	80w
Industrieländer ^{c)}	107w	103w	112w	103w	96w	99w

a) Grundschulfähiges Alter in der Regel 6—11 Jahre; in Ländern mit umfassendem Grundschulsystem kann die Relation den Wert 100 übersteigen, sofern es Schüler gibt, die das offizielle Schulalter über- oder unterschreiten.

b) Prozentualer Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber, der lesen und schreiben kann, an der Gesamtbevölkerung.

c) OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank, World Development Report 1983.

Datenbank betreibt. Dennoch sollten die Statistiken mit einer gewissen Zurückhaltung interpretiert werden, da die Qualität der Datenerhebung und -sammlung in vielen lateinamerikanischen Ländern (wie auch in den meisten anderen Entwicklungsländern) sehr unterschiedlich ist, wodurch insbesondere die Möglichkeiten von Länderquervergleichen beeinträchtigt werden. Statistiken aus und

über Entwicklungsländer(n) sind (meist) mit Fehlern unbekanntem Ausmaßes behaftet; dem sollte bei der Verarbeitung dieser Statistiken Rechnung getragen und nicht eine Genauigkeit der Ergebnisse vorgetäuscht werden, die, von der Qualität der zugrunde liegenden Daten her gesehen, kaum zu rechtfertigen ist.

Tabelle 6: Indikatoren des Gesundheitswesens

Land	Einwohner je Arzt		Einwohner je Beschäftigtem in der Krankenpflege ^{a)}		Kindersterbeziffer ^{b)}	
	1960	1980	1960	1980	1960	1981
Argentinien	740	530	750	..	4	2
Bolivien	3 830	1 850	..	3 070	40	23
Brasilien	2 670	1 700	2 810	820	19	7
Chile	1 780	1 920	640	450	18	2
Costa Rica	2 700	1 470	710	450	8	1
Dominikanische Republik	8 220	4 020	..	2 150	20	5
Ecuador	2 670	1 620	2 360	..	28	8
El Salvador	5 260	3 040	2 030	870	26	7
Guatemala	4 420	8 600	9 040	1 620	10	5
Haiti	9 230	8 200	4 020	2 490	47	17
Honduras	12 620	3 120	1 790	700	30	9
Jamaika	2 590	2 830	420	630	3	(.)
Kolumbien	2 640	1 920	4 220	1 220	14	4
Kuba	1 060	700	950	360	5	1
Mexiko	1 830	1 260	3 650	1 420	10	4
Nicaragua	2 690	1 800	1 250	550	30	10
Panama	2 730	980	3 460	420	5	1
Paraguay	1 810	1 710	1 380	1 100	9	2
Peru	1 910	1 390	2 210	690	38	9
Trinidad & Tobago	1 370	1 490	760	410	4	1
Uruguay	960	540	800	190	3	2
Venezuela	1 510	950	2 840	370	9	2
LATEINAMERIKA	2 503w	1 766w	2 719w	1 014w	16w	6w
Industrieländer ^{c)}	816w	554w	474w	183w	2w	(.)w

^{a)} Graduierte Mitarbeiter sowie Assistenz- und Hilfspersonal im Gesundheitsbereich.

^{b)} Anzahl der Sterbefälle bei Kindern im Alter von 1 bis 4 Jahren je 1 000 Kindern der gleichen Altersgruppe.

^{c)} OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

(.) Weniger als die Hälfte der angegebenen Einheit.

Quelle: World Bank, World Development Report 1983.

IV. Vereinheitlichung und Differenzierung der Grundbedürfnisbefriedigung

Die begriffliche Zusammenfassung von 22 Staaten zur Entwicklungsregion „Lateinamerika“ vermag Vorstellungen von Einheitlichkeit Vorschub zu leisten, obwohl Unterschiede zwischen den Ländern, nicht nur hinsichtlich ihrer natürlichen Ressourcenausstattung, sondern auch hinsichtlich ihres kulturellen Erbes, ihrer kolonialen Geschichte sowie ihrer postkolonialen Ideologien und politischen Ausrichtungen, eine differenzierende Analyse verlangen. Gewiß kann Lateinamerika auch eine (funktionale) Homogenität zugewiesen werden, analysiert man die Region in den Kategorien eines Modells, das globale Entwicklung unter Zentrum-Peripherie- bzw. Dominanz-Dependenz-Aspekten betrachtet. Stellt man hingegen die Untersuchung der Grundbedürfnisbefriedigung im jeweiligen nationalen (gesellschaftlichen) Kontext in den Vordergrund, dann ergibt sich ein vielschichtigeres Bild der Region, trotz einiger gemeinsamer charakteristischer Merkmale.

Als einfaches Instrument zur Bestimmung der Streubreite in den grundbedürfnisrelevanten Indikatorenwerten kann der Variationskoeffizient¹⁸⁾ (VK) verwendet werden. Die höchste relative Streuung der Länderwerte, gemessen durch den VK, zeigen die Indikatoren Kindersterbeziffer (Indikator y_4), Einwohner je Arzt (z) und Einwohner je Beschäftigten in der Krankenpflege (z_2)¹⁹⁾. Am geringsten „streuen“ die Länderwerte für die drei ernährungsrelevanten Indikatoren Lebenserwartung (y_2), Index der Nahrungsmittelproduktion (x_3) und Kalorienangebot (x_4)²⁰⁾, so daß in diesem Grundbedürfnisbereich von eher einheitlichen Verhältnissen in den untersuchten Ländern gesprochen werden kann. Auch bei den bildungsrelevanten Indikatoren (x_5 , x_6 , y_3) deuten die vergleichsweise niedrigen Variationskoeffizienten²¹⁾ auf weniger stark ausgeprägte Unterschiede zwischen den lateinamerikanischen Staaten hin. Bei einem intertemporalen Vergleich der Datendispersion zeigt sich, daß gegenüber den 1960er Datenreihen der Variationskoeffizient im Zeitablauf bei den Indikatoren Kindersterbeziffer und BSP pro Kopf (z_3) deutlich steigt, d. h., daß

eine stärkere Differenzierung der Mortalitätsverhältnisse und der Einkommenssituation zwischen den Staaten Lateinamerikas stattgefunden hat. Die gegenläufige Tendenz, hin zu einer stärkeren Vereinheitlichung im Zeitablauf, zeigt sich — durch sinkende Variationskoeffizienten — insbesondere bei der Alphabetisierungsquote (y_3), bei der Zahl der Einwohner je Beschäftigtem in der Krankenpflege sowie bei der weiblichen Einschulungsquote (x_6).

Um die länderspezifische Situation in den verschiedenen Grundbedürfnisbereichen detailliert beurteilen zu können, bedarf es eines Vergleichsmaßstabes für die Länderwerte. In Frage kommen hierfür z. B. absolute oder relative Standards, wie etwa im Ernährungsbereich eine physiologisch bedingte Mindestbedarfsnorm für Kalorien und Proteine. Lassen sich für das Grundbedürfnis nach Nahrung gegebenenfalls Minimalstandards an Hand objektiver Kriterien bestimmen²²⁾, so ist eine solche Vorgehensweise für Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Bildung kaum möglich. Die Definition und Quantifizierung eines Maßstabes zur Bewertung der Grundbedürfnisbefriedigung in einem Lande läßt sich dann nur im Wege der gesellschaftlichen Konsensbildung vornehmen. Für verschiedene Grundbedürfnis-Indikatoren, wie z. B. Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, Alphabetisierungsquote, wurden von internationalen Gremien konkrete Zahlenwerte festgelegt, die von allen Ländern innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums erreicht werden sollten²³⁾. Insbesondere UN-Gremien neigen allerdings dazu, Zielvorstellungen zu formulieren, die eher politischem Wunschenken der Abstimmungsmehrheit entsprechen als einer realistischen Einschätzung des innerhalb eines überschaubaren Zeitraums praktisch Erreichbaren. Für die Beurteilung der Grundbedürfnisbefriedigung in den lateinamerikanischen Ländern wird daher kein sol-

¹⁸⁾ Variationskoeffizient $VK = (\text{arithmetisches Mittel}/\text{Standardabweichung}) \cdot 100$.

¹⁹⁾ Für y_4 , z_1 und z , $VK > 70\%$.

²⁰⁾ Für y_2 , x_3 und x_4 , $VK < 15\%$.

²¹⁾ Für x_5 , x_6 und y_3 , $15\% < VK < 35\%$.

²²⁾ Aber selbst eine solche „objektivierbare“ Mindestbedarfsnorm wird inter- und intrapersonellen Varianten des Grundbedürfnisses nach Nahrung nur unzureichend gerecht; vgl. hierzu T. N. Srinivasan, Malnutrition: Some measurement and policy issues, in: *Journal of Development Economics*, 8 (1981), S. 3—19.

²³⁾ Vgl. z. B. World Health Organization (WHO), *Global strategy for health for all by the year 2000, Health for All Series 3*, Geneva 1981, S. 74f.

cher idealisierender Vergleichsmaßstab herangezogen, sondern als Bezugsschema wird das in den verschiedenen Grundbedürfnisbereichen in den westlichen (OECD-)Industrielländern²⁴⁾ jeweils realisierte Befriedigungsniveau verwendet. Der Vergleich der lateinamerikanischen Verhältnisse mit denjenigen der OECD-Staaten bietet sich besonders an vor dem Hintergrund einer mit bemerkenswerter Kontinuität praktizierten Anlehnung vieler lateinamerikanischer Staaten an die wirtschaftspolitischen Erfahrungen und (vor allem) Empfehlungen westlicher Industriestaaten; der Bezug auf diese Länder mag sich auch anbieten vor dem Hintergrund des Zugehörigkeitsgefühls der sozialen Eliten Lateinamerikas zu der westlich-abendländischen Kultur²⁵⁾. Selbst wer Lebensstil und gesellschaftlicher Organisation, wie sie für die westlichen Industrieländer prägend geworden sind, kritisch gegenüber steht (was zumindest in intellektuellen Kreisen Lateinamerikas zunehmend zu konstatieren ist), wird den nordamerikanisch-westeuropäischen Standards der materiellen Grundbedürfnisbefriedigung dennoch ohne Zögern ubiquitäre Verbreitung wünschen wollen.

In Tabelle 7 sind die positiven bzw. negativen prozentualen Abweichungen der länderspezifischen Indikatorenwerte von dem jeweils korrespondierenden Mittelwert der westlichen Industrieländer zusammengestellt²⁶⁾. Eine summarische Auswertung von Tabelle 7 zeigt, daß bei fast allen grundbedürfnisrelevanten Indikatoren die lateinamerikanischen Länderwerte ungünstiger sind als der Durchschnittswert der Industrieländer. Besonders ausgeprägt ist der Abstand bei der Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Lediglich in Jamaika ist es gelungen, die Kindersterblichkeit auf das in den Industrieländern erreichte Niveau abzusenken, in Costa Rica, Kuba, Panama sowie Trinidad & Tobago ist man diesem Standard immerhin schon recht nahe ge-

²⁴⁾ Mitgliedsstaaten der Organization for Economic Co-operation and Development (OECD), ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

²⁵⁾ Vgl. hierzu D. Nohlen, Lateinamerika zwischen Erster und Dritter Welt, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 33 (1983) 3, S. 306—311.

²⁶⁾ Diese bewerteten relativen Abweichungen d_i eines Länderwertes x_i vom Mittelwert \bar{x}_i der Industrieländer werden berechnet als $d_i = 1 - (x_i/\bar{x}_i)$ für die Indikatoren y_1, y_4, z_1, z_2 , bei denen ein Unterschreiten von \bar{x}_i entwicklungspolitisch positiv bewertet wird. Für alle übrigen Indikatoren wird hingegen $x_i > \bar{x}_i$ positiv bzw. $x_i < \bar{x}_i$ negativ bewertet, so daß sich die relativen Abweichungen d_i als $d_i = (x_i/\bar{x}_i) - 1$ ergeben.

kommen. Am schlechtesten schneiden Bolivien und Haiti ab, in denen die Kindersterblichkeit noch immer um mehr als 500% bzw. 400% über der entsprechenden Mortalitätsziffer der Industrieländer liegt. Bolivien und Haiti registrieren auch bei der Säuglingssterblichkeit von allen lateinamerikanischen Ländern die ungünstigsten Werte. Sie übersteigen die Säuglingssterblichkeitsziffer der Industrieländer um 107% bzw. 92%. Die niedrigsten Säuglingssterblichkeitsziffern in Lateinamerika erzielen Jamaika, Kuba, Panama und Costa Rica.

Hohe postnatale Mortalitätsraten schlagen sich in einer entsprechend niedrigeren Lebenserwartung der Bevölkerung nieder, was im Falle Boliviens und Haitis besonders deutlich wird. In den Ländern mit überdurchschnittlich hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie einer — im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Staaten — niedrigeren Lebenserwartung liegt meist auch die Alphabetisierungsquote unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Dieses Resultat entspricht anderen Untersuchungsergebnissen, die einen starken Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau (insbesondere der weiblichen Bevölkerung) und Säuglingssterblichkeit bzw. Lebenserwartung hervorheben²⁷⁾. Als Ausnahmen von dem Schema eines zu erwartenden Zusammenhangs zwischen postnatalen Mortalitätsraten und Alphabetisierungsgrad der erwachsenen Bevölkerung sind Ecuador und vor allem Nicaragua zu nennen, wo trotz überdurchschnittlich hoher Alphabetisierungsquoten die Säuglings- und Kindersterblichkeit noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharrt. Im Jahre 1960 hatte Nicaragua zu den drei lateinamerikanischen Staaten mit der höchsten Analphabetenquote gehört. Nach der sandinistischen Revolution gelang es mittels breit angelegter Alphabetisierungskampagnen, die Analphabetenquote der erwachsenen Bevölkerung auf 10% zu senken und damit den Standard von Costa Rica und Jamaika zu erreichen, die aber schon 1960 überdurchschnittlich hohe Alphabetisierungsquoten registriert hatten.

Der internationale Vergleich von Alphabetisierungsquoten ist allerdings mit großer Vorsicht zu interpretieren, denn gerade bei der

²⁷⁾ Vgl. E. E. Arriga, Direct estimates of infant mortality differentials from birth histories, in: World Fertility Survey Conference 1980, Record of Proceedings, Vol. 2 (International Statistical Institute, Voorburg 1981, S. 435—466).

Tabelle 7: Bewertete relative Abweichungen der länderspezifischen Indikatorenwerte vom Mittelwert der Industrieländer ^{a)}
(in Prozent)

Land	Indikator ^{b)}												
	X ₁ 1981	X ₂ 1975	X ₃ Ø 79-81	X ₄ 1980	X ₅ 1980	X ₆ 1980	Y ₁ 1981	Y ₂ 1981	Y ₃ 1980	Y ₄ 1981	Z ₁ 1980	Z ₂ 1980	Z ₃ 1981
Argentinien	+ 6	-31	+ 4	- 7	+13	+13	- 300	-56	- 6	- 400	+ 4	...	-77
Bolivien	-42	-64	- 7	-35	-13	-24	-1 073	-32	-36	-5 650	- 234	-1 578	-95
Brasilien	-13	-19	+13	-19	-10	-10	- 582	-15	-23	-1 650	- 207	- 348	-80
Chile	+ 4	-12	-14	-15	+15	+13	- 282	- 9	...	- 400	- 247	- 146	-77
Costa Rica	-44	-19	- 1	-13	+ 6	+ 3	- 145	- 3	- 9	- 150	- 165	- 146	-87
Dominikanische Republik	-33	-42	-11	-22	+ 2	+ 4	- 500	-17	-32	-1 150	- 626	-1 075	-89
Ecuador	-42	-56	-13	-34	+ 6	+ 2	- 627	-17	-18	-1 900	- 192	...	-89
El Salvador	-47	-44	-11	-26	-28	-28	- 582	-16	-37	-1 650	- 449	- 375	-94
Guatemala	-50	-58	+ 3	-31	-28	-39	- 500	-21	...	-1 150	-1 452	- 785	-90
Haiti	-64	-85	-21	-28	-33	-43	- 918	-28	-77	-4 150	-1 380	-1 261	-97
Honduras	-54	-52	-29	-28	-11	-17	- 682	-21	-39	-2 150	- 463	- 283	-95
Jamaika	-46	- 9	-19	-11	- 5	- 3	- 45	- 5	- 9	± 0	- 411	- 244	-89
Kolumbien	-18	-33	+ 9	-19	+23	+26	- 400	-16	-18	- 900	- 247	- 567	-88
Kuba	-15	...	+ 9	- 9	+13	+ 6	- 73	- 3	- 4	- 150	- 26	- 97	...
Mexiko	-14	-35	- 5	-10	+19	+13	- 391	-12	-16	- 900	- 127	-676	-80
Nicaragua	-31	-26	-24	-26	- 6	± 0	- 700	-24	- 9	-2 400	- 225	- 201	-92
Panama	-29	-17	-10	-23	+12	+ 8	- 91	- 5	-14	- 150	- 77	- 130	-83
Paraguay	-49	-86	- 1	± 0	+ 3	- 5	- 318	-13	-15	- 400	- 209	- 501	-85
Peru	-15	-49	-27	-26	+13	+ 5	- 673	-23	-19	-2 150	- 151	- 277	-89
Trinidad & Tobago	-72	...	-35	-16	-10	- 8	- 182	- 4	- 4	- 150	- 169	- 124	-49
Uruguay	+ 8	-12	- 9	-18	+ 4	+ 1	- 255	- 5	- 5	- 400	+ 3	- 4	-75
Venezuela	+ 8	...	- 7	-16	+ 1	+ 1	- 264	- 9	-17	- 400	- 71	- 102	-62
LATEINAMERIKA	-15	-31	+ 1	-17	+ 3	+ 1	- 473	-13	-19	-1 400	- 219	- 454	-81

^{a)} OECD-Mitgliedsländer, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei.

^{b)} Indikatorenbezeichnung gemäß Abbildung 1.

... Nicht verfügbar.

Messung der Alphabetisierung lassen sich durch entsprechend „großzügige“ Definition rasche „Erfolge“ vorweisen, die an den solchermaßen „Alphabetisierten“ möglicherweise völlig vorbeigehen²⁸⁾. Immerhin deuten aber auch die anderen Indikatoren des formalen Bildungssystems, die Einschulungsquoten (x_5 , x_6), darauf hin, daß zahlreiche Länder Lateinamerikas erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um ihrer Bevölkerung den Zugang zu formalen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Lediglich in Haiti, El Salvador und Guatemala liegen die Einschulungsquoten weit unter dem ansonsten in Lateinamerika üblichen Standard. Bemerkenswert ist, daß in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten, anders als in vielen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, die weibliche Einschulungsquote nicht wesentlich niedriger ist als die männliche. Eine systematische Benachteiligung der Mädchen hinsichtlich des Zugangs zu einer Primarschulbildung läßt sich jedoch in Bolivien, Guatemala, Haiti und Honduras vermuten, wo die weibliche Einschulungsquote zwischen 12 und 7 Prozentpunkten unter der männlichen Einschulungsquote liegt, die ihrerseits um bis zu 31 Prozentpunkte von 100 entfernt ist. Daß auch bei Einschulungsquoten über 90% die Nichteinschulung in absoluten Zahlen gemessen ein erhebliches Ausmaß erreichen kann, zeigt das Beispiel Brasilien; bei einer Einschulungsquote von 93% im Jahre 1980 und einem Anteil von ca. 20% der 7—14jährigen an der Gesamtbevölkerung waren es schätzungsweise 2 Millionen jugendliche Brasilianer, die — obwohl gesetzliche Schulpflicht besteht — in diesem Jahr von dem Grundschulsystem nicht erfaßt wurden. Berücksichtigt man ferner, daß ein beachtlicher Prozentsatz der eingeschulerten über das 1. Schuljahr nicht hinauskommt²⁹⁾, dann wird deutlich, wie sehr der Aussagegehalt von Einschulungsquoten relativiert werden muß.

Gewiß sagen Einschulungsquoten allein nichts über die Qualität der Schulen aus; sie sind aber zumindest Indizien dafür, in welchem Umfang den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben ist, diejenigen Fertigkeiten und

²⁸⁾ Vgl. z. B. die Problematik der Erwachsenenalphabetisierung in Brasilien bei C. da Rocha Reufels, *MOBRAL: Literacy for Brazil*, in: *Adult Education and Development*, 20 (1983), S. 77—85.

²⁹⁾ Dieses Problem ist für Brasilien ausführlich dargestellt in A. Schrader, *Das brasilianische Bildungssystem in der Reformphase nach 1971*, in: *Anuario — Jahrbuch für Bildung, Gesellschaft und Politik in Lateinamerika*, 11 (1983), S. 117 ff.

Fähigkeiten zu erlernen und zu üben, die gerade in einer (semi-)industrialisierten Umwelt als Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben gelten. Nachdem in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern in den zurückliegenden beiden Dekaden vorrangig das sekundäre und vor allem das tertiäre Bildungssystem staatliche Förderung erhalten hatte, setzt jetzt allmählich eine Umorientierung ein, die dem Primarschulsystem und der Berufsbildung Vorrang vor einer Massifikation des weiterführenden Bildungssystems einräumt.

Investitionen in das Grundschulwesen ohne komplementäre Maßnahmen in anderen Bereichen (z. B. Ernährung, sanitäre Einrichtungen) reichen aber nicht aus, um zu einer besseren Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zu gelangen. So gilt, neben dem Ausbildungsniveau der Eltern, die Wasserversorgung als ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor z. B. der Säuglingssterblichkeit und insbesondere der Kindersterblichkeit. Ab einem Alter von ca. sechs Monaten wird die angeborene Immunität gegen infektiöse und parasitäre Krankheiten allmählich abgebaut und gleichzeitig wird von diesem Alter an in der Regel die Brustnahrung durch zusätzliche Nahrungsmittel ergänzt (z. B. Milchpulver), so daß bei unzureichenden sanitären Verhältnissen das Risiko etwa von Diarrhöe-Erkrankungen mit tödlichem Ausgang deutlich steigt³⁰⁾.

Fast alle Länder Lateinamerikas haben erhebliche Defizite in der Versorgung ihrer Bevölkerung mit Trinkwasser ebenso wie in der sanitären Entsorgung. Mit einem Versorgungsgrad von 77% im Jahre 1975 waren allein in Brasilien ca. 25 Millionen Menschen ohne angemessenen Zugang zu Trinkwasser, in Mexiko (Versorgungsgrad 66%) blieben ca. 23 Millionen nur unzureichend mit Wasser versorgt, und selbst in Chile mit einem vergleichsweise hohen Wasserversorgungsgrad von 84% bedeutet dies für ca. 1,5 Millionen Menschen, innerhalb akzeptabler Entfernungen keinen Zugang zu einer unbedenklichen Wasserversorgung zu haben. Zwar sind seit 1975, dem Jahr, auf das sich die letzten diesbezüglich verfügbaren Statistiken beziehen, umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der sanitären Infrastruktur durchgeführt worden, vor allem in den großen Städten. Aber diese Maßnahmen konnten kaum Schritt hal-

³⁰⁾ Vgl. G. M. G. Kpedekpo, *Mortality*, in: *World Fertility Survey Conference 1980*, a. a. O. (Anm. 27), S. 473—502.

ten mit dem unkontrollierten Wachstum der urbanen Siedlungskonzentrationen, in denen das Risiko von Erkrankungen und die Häufigkeit von Krankheitsübertragungen infolge nicht sachgerechter Wasserversorgung und -entsorgung tendenziell steigt. Städtische Leitungswasser- und Kanalisationssysteme mit individuellen Hausanschlüssen sind sehr kostspielig, aber bereits mit weniger aufwendigen, elementaren sanitären Einrichtungen lassen sich Krankheiten wie Typhus, Ruhr und Malaria effektiv bekämpfen.

Auch die ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist in den meisten Ländern Lateinamerikas noch sehr weit von dem Standard der westlichen Industrieländer entfernt. Gemessen an dem Indikator „Einwohner je Arzt“ haben lediglich Argentinien und Uruguay sowie — mit einigem Abstand — Kuba und Panama eine Arztdichte erreicht, die in den westlichen Industrieländern bereits 1960 bestand. Besonders kraß ist das zahlenmäßige (Miß-)Verhältnis von Einwohnern und Ärzten in Guatemala sowie Haiti. Bezieht man in die Beurteilung des Gesundheitssystems zusätzlich den Indikator „Einwohner je Beschäftigtem in der Krankenpflege“ ein, um zu berücksichtigen, daß auch das nichtärztliche Personal im Gesundheitsbereich einen wirkungsvollen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leisten kann, dann zeigen sich ebenfalls ausgeprägte Defizite, und zwar am stärksten in Bolivien, in der Dominikanischen Republik sowie in Haiti. Nun ist allerdings für die medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht so sehr die Zahl des Personals im Gesundheitsbereich entscheidend, sondern mehr die Art und Weise seines Einsatzes. Konkret bedeutet dies, daß die Gesundheitsdienste flächendeckend über Stadt und Land verteilt sein sollten und Maßnahmen zur Vorbeugung von Krankheiten zumindest ebenso betonen müssen wie kurative Maßnahmen — Forderungen, die in den am urbanen Modell europäisch-nordamerikanischer Gesundheitssysteme orientierten Gesundheitsdiensten vieler lateinamerikanischer Länder allenfalls ansatzweise verwirklicht sind.

In den meisten Staaten Lateinamerikas sind die medizinischen Einrichtungen und das ärztliche Personal in den Hauptstädten konzentriert, und so ist es insbesondere die arme ländliche Bevölkerung, die de facto keinen Zugang zu dem Gesundheitssystem hat, selbst wenn ihr dieser Zugang z. B. in Form eines staatlichen Gesundheitsdienstes formal offensteht. Trotz der Einrichtung eines nationalen

(und sehr kostenintensiven) Gesundheitsdienstes leben z. B. in den nordöstlichen Bundesstaaten Brasiliens ca. 16% der Bevölkerung in Munizipien ohne einen dort ansässigen Arzt; bis 1978 wurde weniger als die Hälfte der jugendlichen Bevölkerung Brasiliens von einem landesweiten Impfprogramm erreicht, das zur Bekämpfung endemischer Krankheiten wie Poliomyelitis, Diphtherie, Windpocken und Masern schon 1973 initiiert worden war³¹⁾. Angesichts der weithin prekären medizinischen Versorgungslage kann es nicht überraschen, daß unter der Bevölkerung Lateinamerikas mit niedrigem Einkommen infektiöse und parasitäre Krankheiten weitverbreitet sind, insbesondere Tuberkulose, Lepra, Wurmerkrankungen (Schistosomiasis), tropische Augenerkrankungen (Trachome) und — vor allem in Brasilien — die Chagas-Krankheit.

Neben den Krankheiten im engeren Sinne muß Mangel- und Unterernährung als Hauptursache der vergleichsweise niedrigen Lebenserwartung und der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit in mehreren lateinamerikanischen Staaten genannt werden. In mindestens zwölf Ländern läßt das durchschnittliche nationale Pro-Kopf-Kalorienangebot auf Unterernährung größeren Ausmaßes schließen. Denn angesichts der bestehenden Einkommensungleichverteilung muß das Pro-Kopf-Kalorienangebot im Landesdurchschnitt 110—125% der Bedarfsnorm erreichen, wenn der Mindestverbrauch auch für die unterste Einkommensklasse gesichert sein soll³²⁾. Am größten ist die Kalorienlücke in Bolivien, Ecuador und Guatemala. Lediglich in Paraguay wird das in den westlichen Industrieländern gegebene Pro-Kopf-Kalorienangebot erreicht, in Argentinien — dem lateinamerikanischen Land mit dem zweitbesten Wert bei diesem Indikator — liegt der nationale Durchschnittswert um 7% Prozent unter dem Standard der Industrieländer.

Das relativ schlechte Abschneiden Lateinamerikas gegenüber den westlichen Industrieländern bei einem Vergleich des Pro-Kopf-Kalorienangebotes mag um so mehr überraschen, als die lateinamerikanische Nahrungsmittelproduktion in den letzten 20 Jahren sogar etwas stärker erhöht wurde als

³¹⁾ P. T. Knight/R. Moran, Brazil. Human resources special report, A World Bank Country Study, Washington D. C. 1979, S. 15f.

³²⁾ Vgl. Council on Environmental Quality, Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/Main 1981³⁰⁾, S. 275.

in den OECD-Staaten. Das reichte zwar in den meisten Staaten der Untersuchungsregion aus, um die Kalorienlücke gegenüber den Industrieländern zwischen 1960 und 1980 zumindest nicht größer werden zu lassen (vorausgesetzt, daß dies durch den Indikator Pro-Kopf-Kalorienangebot adäquat wiedergegeben wird). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion nicht automatisch mit einer Verbesserung des Kalorienangebots für die eigene Bevölkerung verbunden sein muß. Dies ist insbesondere dann nicht der Fall, wenn die Ausweitung der marktvermittelten landwirtschaftlichen Produktion im wesentlichen nur im exportorientierten Bereich stattfindet und zu einer Verdrängung der Subsistenzproduktion bzw. der binnenmarktorientierten Nahrungsmittelproduktion führt³³). Auch eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion für Zwecke der Energiegewinnung bleibt ohne positiven Einfluß auf das verfügbare Kalorienangebot für die nicht kaufkräftige Bevölkerung bzw. kann sogar zu einer Verschlechterung führen, wie dies z. B. im Zusammenhang mit dem ehrgeizigen brasilianischen Programm der Alkoholgewinnung (als Benzinersatz) aus Zuckerrohr und dem Grundnahrungsmittel Maniok vermutet wird³⁴). Insofern ist der Indikator „Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf“ (x_3) zwar

in gewisser Hinsicht geeignet, die Dynamisierung der Agrarproduktion anzuzeigen, aber wenn diese Produktionssteigerung hauptsächlich nur der verstärkten Integration in das Weltmarktgeschehen dient, bleibt sie für die Befriedigung des Grundbedürfnisses weiter Bevölkerungskreise nach Nahrung ohne Belang.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß sich auch die externe Verschuldungskrise einiger großer lateinamerikanischer Staaten nachhaltig auf die Ernährungssituation der Bevölkerung auswirkt. Die Landwirtschaft, die jahrzehntelang zugunsten des Industriesektors in der staatlichen Entwicklungsplanung und -förderung vernachlässigt worden war, erscheint jetzt als ein Instrument zur Erwirtschaftung und/oder Ersparnis von Devisen, sei es durch verstärkte Exportproduktion, sei es durch die Erzeugung von Biomasse in agroindustriellem Umfange für energetische Zwecke. Für die ausländischen „Experten“, die den lateinamerikanischen Schuldnerländern solche „Auswege“ aus der Verschuldungskrise vorschreiben, wird die Reise in Länder, „wo der Zucker wächst“³⁵), zunehmend zu einer Reise in Länder des Hungers, in denen für die betroffene Bevölkerung diese Entwicklung zunehmende Krankheit, Verzweiflung und gesellschaftliche Deprivation bedeutet.

V. Grundbedürfnisorientierte Ländergruppierung

Versucht man, aus der vorangegangenen Beschreibung der Grundbedürfnisbefriedigung mittels ausgewählter Indikatoren einige zusammenfassende Ergebnisse zu gewinnen, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den lateinamerikanischen Ländern charakterisieren, so kann man sich hierfür eines aggregierten Index bedienen.

In den hier verwendeten Grundbedürfnis-Index gehen die zentralen Indikatoren y_1 , y_2 , y_3 und y_4 des Modells in Abbildung 1 ein. Dabei werden zunächst die Länderwerte jedes einzelnen Indikators x_i in einen Index mit der Skala von Null bis 100 transformiert. Dem

Skalenwert Null wird der schlechteste zum jeweiligen Beobachtungszeitpunkt in den lateinamerikanischen Ländern registrierte Wert ($= x_i^{\min}$) zugeordnet (das ist bei der Kinder- und Säuglingssterblichkeit der höchste numerische Wert, bei der Lebenserwartung und der Alphabetenquote der niedrigste numerische Wert), dem Skalenwert 100 der entsprechende Mittelwert für die Industrieländer ($= \bar{x}_i$). Die Werte des Index I_i ergeben sich dann aus den Werten des Indikators x_i durch Abbildung auf die Indexskala, mit der Skaleneinheit $[100/(\bar{x}_i - x_i^{\min})]$ für die Indikatoren y_2 und y_3 , bzw. $[100/(x_i^{\min} - \bar{x}_i)]$ für y_1 und y_4 ³⁶). Die auf diese Weise indexierten Indika-

³³) Siehe hierzu im lateinamerikanischen Kontext G. Kohlhepp, Probleme der Landwirtschaft: Grundnahrungsmittelerzeugung versus Energiepflanzen- und Exportproduktion, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 33 (1983) 3, S. 352—376.

³⁴) Vgl. F. V. Görlicke/R. Reinmann, Treibstoff statt Nahrungsmittel. Wie eine falsche energiepolitische Alternative den Hunger vermehrt, Reinbek 1982.

³⁵) So der Untertitel des Buches von R. Linhard, Der Zucker und der Hunger. Reise in ein Land, wo der Zucker wächst: Brasilien, Berlin 1980.

³⁶) Es ergibt sich $I_i = ((x_i^{\min} - x_i)/(x_i^{\min} - \bar{x}_i)) \cdot 100$, für $\bar{x}_i < x_i^{\min}$ (d. h. für y_1 und y_4) und $I_i = ((x_i - x_i^{\min})/(\bar{x}_i - x_i^{\min})) \cdot 100$ für $\bar{x}_i > x_i^{\min}$ (d. h. für y_2 und y_3).

torenwerte gehen gleichgewichtig in den aggregierten Grundbedürfnis-Index ein, der sich als arithmetisches Mittel der vier Einzelindices aus y_1, y_2, y_3 und y_4 ergibt. Jeder Einzelindex, wie auch der Gesamtindex, kann theoretisch alle Werte von Null bis 100 annehmen; je höher der Indexwert, um so besser wird die Grundbedürfnisbefriedigung beurteilt³⁷⁾.

In Tabelle 8 sind die Werte des aggregierten Grundbedürfnis-Index der lateinamerikani-

³⁷⁾ Formal und inhaltlich ähnelt dieser Grundbedürfnis-Index dem „Physical Quality of Life Index“ (PQLI) des Overseas Development Council. Unterschiede gegenüber dem PQLI betreffen die Einbeziehung der Kindersterbeziffer in den Grundbedürfnis-Index, eine abweichende Definition des Indikatoren Lebenserwartung sowie eine differierende Festlegung der Skalenendwerte bei den Einzelindices. Vgl. M. D. Morris, Measuring the condition of

schen Länder für die Jahre 1960 und 1980/81 angegeben. Im unteren Viertel der Skala des Grundbedürfnis-Index 1980/81 finden sich Bolivien, Haiti und Honduras, die auch schon 1960 zu den lateinamerikanischen Ländern mit den niedrigsten Indexwerten gehört hatten. Peru, Nicaragua, El Salvador, die Dominikanische Republik und Brasilien, deren Grundbedürfnis-Index 1960 noch unterhalb der 50-Punkte-Marke gelegen hatte, rückten mit ihren 1980/81-Indexwerten in die obere Skalenhälfte auf. Die sechs Staaten (Costa Rica, Panama, Jamaika, Argentinien, Trinidad & Tobago, Uruguay), die 1960 das oberste

the world's poor: The physical quality of life index, Pergamon Policy Studies 42, New York 1979. Zur Kritik des PQLI, die sich teilweise auch auf den hier verwendeten Grundbedürfnis-Index übertragen läßt, vgl. W. Lütkenhorst, a. a. O. (Anm. 16), S. 343f.

Tabelle 8: Aggregierter Index der Grundbedürfnisbefriedigung

Land	Index der Grundbedürfnisbefriedigung ^{a)}		Rangplatz ^{b)}	
			GB-Index	BSP pro Kopf
	1960	1980/81	1980/81	1981
Argentinien	87	85	16	18
Bolivien	12	13	1	2
Brasilien	50	60	10	16
Chile	60	81	15	19
Costa Rica	76	91	19	13
Dominikanische Republik	47	59	9	11
Ecuador	39	58	8	9
El Salvador	36	55	7	4
Guatemala	43	50	4	7
Haiti	10	14	2	1
Honduras	26	45	3	3
Jamaika	86	92	21	10
Kolumbien	54	68	11	12
Kuba	..	94	22	6
Mexiko	63	73	12	17
Nicaragua	25	52	6	5
Panama	77	89	18	15
Paraguay	66	75	13	14
Peru	24	51	5	8
Trinidad & Tobago	88	91	20	22
Uruguay	92	86	17	20
Venezuela	64	79	14	21
LATEINAMERIKA	55 w	66 w	—	—

^{a)} Arithmetisches Mittel aus den indexierten Werten der Indikatoren y_1, y_2, y_3, y_4 .

^{b)} Steigende Ordnungsziffern für steigende Meßwerte.

w = Mit der Bevölkerungszahl gewogenes arithmetisches Mittel.

.. Nicht verfügbar.

Viertel der Indexskala besetzt hatten, finden sich auch 1980/81 dort; zusätzlich erreichten 1980/81 auch Venezuela und Chile Indexwerte oberhalb der 75-Punkte-Marke. Die Spitzenplätze mit Indexwerten über 90 Punkten nehmen Costa Rica, Trinidad & Tobago sowie Kuba ein; 1960 hatte lediglich Uruguay in diesem Skalenbereich gelegen.

Vergleicht man die Länderwerte des Grundbedürfnis-Index 1960 mit den Werten für 1980/81, dann zeigt sich, daß lediglich für Uruguay und Argentinien im Zeitablauf ein Rückgang ihrer Indexwerte zu registrieren ist, allerdings nur ein Rückgang auf ein immer noch recht hohes Niveau. Alle übrigen lateinamerikanischen Länder konnten zwischen 1960 und 1980/81 ihre Indexwerte steigern, wobei dieser Anstieg jedoch recht unterschiedlich ausfiel (zwischen 1 Punkt [Bolivien] und maximal 27 Punkten [Nicaragua, Peru]). Trotz dieser Unterschiede hat sich an der Reihenfolge der nach ihrem Indexwert geordneten Länder („ranking“) 1980/81 gegenüber 1960 nur wenig geändert, was jedoch nicht zu der Schlußfolgerung verleiten darf, daß der Wett-eifer der Regierungen (so es denn einen solchen gibt) um die Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung ihrer Bevölkerung vergeblich bleiben müsse.

Erhellend wirkt in diesem Zusammenhang eine Gegenüberstellung von Grundbedürfnis-Index und Einkommensniveau in der Weise, daß man die Länderhierarchie des Grundbedürfnis-Index und des Pro-Kopf-Sozialprodukts vergleicht (siehe Tabelle 8). Zwar lassen sich gegen eine hierarchische Länderklassifizierung auf der Grundlage des Pro-Kopf-Einkommens bzw. des Pro-Kopf-Sozialprodukts erhebliche Einwände vorbringen³⁸⁾, aber immerhin kann das Sozialprodukt doch als Indiz für gewisse Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angesehen werden und damit auch als Indiz für die potentielle Befriedigung materieller Grundbedürfnisse; dies kommt auch durch die Einbeziehung des Pro-Kopf-Sozialprodukts (Indikator z_3) in das Modell in Abbildung 1 zum Ausdruck. Der Zusammenhang zwischen Sozialproduktsniveau und Grundbedürfnisbefriedigung ist jedoch keineswegs eindeutig³⁹⁾. So wären z. B.

³⁸⁾ H. Sangmeister, Indikatoren der Weltentwicklung. Vom beschwerlichen Versuch, Armut und Reichtum zu messen, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 23 (1982) 3, S. 20.

³⁹⁾ Für den Zusammenhang zwischen den 1980/81er Rangreihen des Grundbedürfnis-Index und des BSP pro Kopf ergibt sich ein Spearman-

für Brasilien, Venezuela und Mexiko auf Grund ihrer Rangplätze in der Sozialprodukts-Hierarchie wesentlich höhere Rangplätze als die faktisch erreichten in der Hierarchie des Grundbedürfnis-Index zu erwarten. Umgekehrt liegen Kuba, Jamaika und Costa Rica mit ihren Rangplätzen in der indexierten Grundbedürfnis-Hierarchie deutlich über den Rangplätzen ihres Pro-Kopf-Sozialprodukts. Diese Vergleiche deuten darauf hin, daß — zumindest ab einer bestimmten Höhe des BSP per capita — auch bei relativ niedrigerem Niveau des Pro-Kopf-Einkommens eine vergleichsweise bessere Grundbedürfnisbefriedigung erreicht werden kann. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß eine dezierte Politik der sozialen Basisversorgung betrieben wird, wie dies z. B. in Kuba und zeitweilig auch in Jamaika (unter der Regierung Manley) der Fall war. Die brasilianische Politik hingegen, die erklärtermaßen erst den „Kuchen“ Sozialprodukt kräftig wachsen lassen wollte, bevor er verteilt würde, hat zwar dazu geführt, daß Brasilien zu den zehn größten Volkswirtschaften (gemessen am BIP) der Welt gehört und daß es mit einem Pro-Kopf BSP von (1983) über 2200 US-Dollar zu den „reichen“ Entwicklungsländern gezählt wird, bei verschiedenen grundbedürfnisrelevanten Indikatoren aber keine besseren Werte aufweist als die „armen“ lateinamerikanischen Länder.

Mit einer clusteranalytischen Auswertung der Grundbedürfnis-Indikatoren lassen sich die lateinamerikanischen Länder zu homogenen Gruppen zusammenfassen, d. h. zu Gruppen, deren Elemente einander möglichst ähnlich in bezug auf die berücksichtigten Indikatorenwerte sind. Die Clusteranalyse gehört zu den multivariaten Untersuchungsmethoden von Daten, die Objekte (im vorliegenden Falle: Länder) gleichzeitig an Hand mehrerer Merkmale (hier: grundbedürfnisrelevante Indikatoren) beschreiben, mit dem Ziel, die Struktur einer vorgegebenen Menge von Objekten durch die Konstruktion homogener Gruppen zu identifizieren.

Für die hier in Frage stehende Gruppierung der lateinamerikanischen Länder wurde ein hierarchisch-agglomeratives Clusterverfahren eingesetzt⁴⁰⁾. Als Merkmalswerte zur Be-

scher Rang-Korrelations-Koeffizient $r_s = 0,66$ (mit $z = r_s \sqrt{n-1} = 3,02$).

⁴⁰⁾ S. C. Johnson, Hierarchical clustering schemes, in: Psychometrika, 32 (1967), S. 241—254. Für die computergestützte Anwendung des Verfahrens wurde das „Statistical Analysis System“ (SAS) stan-

schreibung der Länder wurden standardisierte Daten für Jahre um 1980 des geringfügig modifizierten Indikatoren-Modells in Abbildung 1 verwendet⁴¹⁾. Da für Kuba nicht der vollständige Datensatz verfügbar ist, mußte dieses Land bei der clusteranalytischen Ländergruppierung unberücksichtigt bleiben. Die Auswertung des Gruppierungsprozesses ergibt — nach dem 15. Fusionierungsschritt, nach dem der als Homogenitätsmaß verwendete maximale Abstand innerhalb eines Clusters wesentlich stärker als bei den vorangegangenen Fusionierungsschritten ansteigt — fünf recht deutlich voneinander abgegrenzte Ländergruppen; innerhalb jeder Gruppe sind die Länder in der Reihenfolge abnehmender „Ähnlichkeit“ zueinander aufgeführt:

1. Gruppe: Haiti;
2. Gruppe: Guatemala, El Salvador, Bolivien;
3. Gruppe: Dominikanische Republik, Peru, Nicaragua, Honduras, Brasilien, Ecuador, Paraguay;
4. Gruppe: Uruguay, Argentinien, Chile, Mexiko, Venezuela, Kolumbien;
5. Gruppe: Panama, Costa Rica, Jamaika, Trinidad & Tobago.

Haiti erweist sich hier als ein Sonderfall innerhalb der lateinamerikanischen Länder; bei fast allen grundbedürfnisrelevanten und infrastrukturellen Indikatoren steht Haiti mit weitem Abstand an letzter Stelle in Lateinamerika, wobei die nationalen Durchschnittswerte nicht einmal erkennen lassen, um wieviel schlechter die Situation in den ländlichen Gebieten Haitis ist⁴²⁾.

dardmäßig verwendet. Zu Einzelheiten der clusteranalytischen Ländergruppierung siehe auch H. Sangmeister/P. Abel, Statistische Aspekte grundbedürfnisorientierter Ländergruppen, Diskussionschriften des Instituts für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg 4, Heidelberg 1982.

⁴¹⁾ Anstelle der Variablen x_6 wurde die Variable „Zahl der Grundschüler aller Altersstufen in Prozent der Bevölkerung im Grundschulalter“ verwendet. Die Variable y_1 wurde wegen ihrer hohen Korrelation mit y_1 weggelassen. Außerdem blieb die Variable z_1 unberücksichtigt, da sie im Kontext der hier untersuchten Länder vermutlich mehr über einen ineffizienten Personalüberhang im Gesundheitssystem aussagt als über das Versorgungsniveau im Grundbedürfnisbereich „Gesundheit“. Alle Daten für die clusteranalytische Ländergruppierung wurden entnommen aus World Bank, World Development Report 1982, a. a. O. (Anm. 1), Annex World Development Indicators.

⁴²⁾ Vgl. hierzu ausführlich U. Fleischman, Haiti, in: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, a. a. O. (Anm. 17), S. 328—341.

Teilweise dramatische Defizite in allen materiellen Grundbedürfnisbereichen sind auch für die Situation in den Ländern der zweiten Gruppe, Guatemala, El Salvador und Bolivien, charakteristisch. In allen drei Staaten haben politische Instabilität, periodenweise verschleiert hinter der Fassade „Stabilität“ garantierender Militärregime, sowie extreme Gegensätze zwischen Reichtum und Armut, zwischen herrschenden Oligarchien und marginalisierten Unterschichten verhindert, daß das wirtschaftliche Potential dieser Länder für eine nachhaltige Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung genutzt werden konnte. Bei überwiegend monostrukturierter gesamtwirtschaftlicher Produktion und extremer Außenabhängigkeit war das wirtschaftliche Wachstum dieser Länder in den letzten beiden Dekaden für die Bevölkerungsmehrheit nicht mehr als ein „Verelendungswachstum“ (Bhagwati).

Die Zusammensetzung der dritten Ländergruppe läßt erkennen, daß ein relativ hohes Pro-Kopf-Sozialprodukt nicht ohne weiteres auch eine entsprechend gute Grundbedürfnisbefriedigung garantiert. So beträgt z. B. das BSP pro Kopf des „reichsten“ Landes dieser Gruppe, Brasilien, mehr als das Dreieinhalbfache des „ärmsten“ Landes, Honduras. Das Beispiel Brasilien belegt auch, daß ausgeprägtes wirtschaftliches Wachstum allein nicht ausreicht, um mit der erhöhten gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion eine verbesserte Grundbedürfnisbefriedigung zu gewährleisten. Zwar kann beschleunigtes Wirtschaftswachstum die Steigerung des Befriedigungsniveaus materieller Grundbedürfnisse tendenziell (durch zunehmende Verteilungsspielräume) begünstigen; wichtiger als Wirtschaftswachstum per se ist aber seine Struktur, d. h. in welche Verwendungsrichtungen die zusätzliche gesamtwirtschaftliche Güterproduktion fließt. Unter diesem Blickwinkel wird deutlich, daß Deformationen in der Struktur der (privaten und staatlichen) Güterproduktion und -verteilung bestimmend sind für die noch immer weitgehend unbefriedigende Versorgung mit Gütern des materiellen Grundbedarfs in den Ländern der dritten Gruppe. In einigen Staaten dieser Gruppe, wie z. B. Honduras, wird die herrschende Elite eine Umstrukturierung der inneren Entwicklung im Interesse der Verteidigung eigener Privilegien mit aller Macht (auch physischer Repression) zu verhindern suchen. In Nicaragua, wo die politische Führung die erklärte Absicht hat, die soziale Situation der Bevölke-

rung weiter zu verbessern, ist der (bürger-)kriegsähnliche Zustand ein Faktum, das weitere Fortschritte auf absehbare Zeit verhindert.

Auch in den Ländern der vierten Gruppe ist das Befriedigungsniveau wichtiger materieller Grundbedürfnisse — im Vergleich zu den Industrieländern — insgesamt unzulänglich, jedoch zeigen sich hier im intralateinamerikanischen Vergleich günstigere Ergeb-

nisse. Relativ am besten ist die Situation in den vier Staaten der fünften Ländergruppe, die bei den nationalen Durchschnittswerten der grundbedürfnisrelevanten Indikatoren einen vergleichsweise hohen Standard erreicht haben; dies schließt allerdings nicht aus, daß auch in diesen Ländern zahlenmäßig große Bevölkerungsgruppen ihre materiellen Grundbedürfnisse nur unzureichend befriedigen können.

VI. Perspektiven

Man kann davon ausgehen, daß in allen lateinamerikanischen Staaten — mit Ausnahme vielleicht Haitis — das ökonomische Potential längst gegeben ist, um die absolute Armut zu beseitigen⁴³⁾. Wenn die Bestandsaufnahme der Grundbedürfnisbefriedigung dennoch zu dem Ergebnis kommen muß, daß in den meisten Ländern der Region beachtliche Defizite in der Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des Grundbedarfs fortbestehen, dann belegt dies (auch) einen gravierenden Mangel an Ernsthaftigkeit und Eigenanstrengungen der jeweiligen Regierungen, die zur Beseitigung der Massenarmut erforderlichen strukturellen und institutionellen Voraussetzungen zu schaffen. Die gute Absicht hierfür, die in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern von zum Teil häufig wechselnden Regierungen immer wieder verkündet wurde, reicht allerdings nicht aus. Hinzu kommen muß auch das Durchsetzungsvermögen, um die erforderlichen Änderungen gegebenenfalls gegen die Interessen traditioneller (oder auch neuer „postrevolutionärer“) Eliten sowie gegen ausländische Interessen, die sich gerade in Lateinamerika zu einer wirkungsvollen Allianz mit Fraktionen der nationalen Eliten verbunden haben, zu realisieren.

Auf die meisten lateinamerikanischen Länder läßt sich grosso modo übertragen, was C. Furtado über eine alternative Entwicklung Brasiliens nach dem Ende des „Wirtschaftswunders“ (pós-„milagre“) geschrieben hat⁴⁴⁾:

1. Die notwendigen Investitionen zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Wachstums wurden bislang durch Inflation und ex-

terne Verschuldung finanziert. Die Folge sind interne und externe Ungleichgewichte, die mit den herkömmlichen wirtschaftspolitischen Mitteln nicht überwunden werden können. Voraussetzung für die zwingend notwendige Umstrukturierung der Volkswirtschaft ist eine Erhöhung der internen Sparquote zur Finanzierung der Investitionen, die ein solcher Umstrukturierungsprozeß erfordert. Ziel der Umstrukturierung muß eine Veränderung des Güterangebots sein, das in der Vergangenheit zu sehr auf die Befriedigung von Konsumwünschen eines gehobenen urbanen Lebensstils ausgerichtet war.

2. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung muß sich grundsätzlich an dem Binnenmarkt orientieren; dies bedeutet eine Änderung der bisher betriebenen Integration in das internationale System der Arbeitsteilung. Es darf keine Ausweitung des Exportsektors zu Lasten nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen erfolgen, die für die innere Industrialisierung von Bedeutung sind. Ebenso wenig darf eine Erhöhung der Exportquote durch die Ausbeutung billiger Arbeitskraft erreicht werden; komparative Vorteile im internationalen Handel, die sich aus der Armut der Bevölkerung ergeben, sind in Wirklichkeit keine Vorteile.

3. Eine Umstrukturierung der Volkswirtschaft führt zu keinen anhaltenden positiven Ergebnissen, wenn sie nicht auch jene vermeintlichen „Zwänge“ aufhebt, die die Masse insbesondere der ländlichen Bevölkerung zu ihrer gegenwärtigen Misere verurteilen. Die Förderung der Agroindustrie als Mittel zur Dynamisierung der Landwirtschaft kann zwar kurzfristig die Agrarproduktion (und die Exporte) erhöhen, langfristig verschärft sie aber nur die sozialen Probleme.

Es kann nicht darum gehen, die zwischenzeitlich entstandenen beachtlichen industriellen

⁴³⁾ Siehe hierzu K. Eßer, Industrialisierung und Entwicklung in Lateinamerika, in: Lateinamerika: Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit, hrsg. von K. Lindenberg, Bonn 1982, S. 176f.

⁴⁴⁾ C. Furtado, O Brasil pós-„milagre“, Coleção Estudos Brasileiros 54, Rio de Janeiro 1981, S. 80ff.

Kapazitäten Lateinamerikas wieder abzubauen. Aber eine verstärkte Ausrichtung dieser Kapazitäten, wie auch des agrarischen Potentials Lateinamerikas, auf eine binnenorientierte Entwicklung kann zumindest für die größeren lateinamerikanischen Staaten eine Option darstellen, um den bislang praktizierten außenorientierten Entwicklungsstil abzulösen. Ob jedoch diese Option überhaupt noch offen ist, mag bezweifelt werden, angesichts des „Teufelskreises der Auslandsverschuldung“⁴⁵⁾, in den gerade die wirtschaftlich relativ „erfolgreichen“ lateinamerikanischen Länder in den letzten Jahren geraten sind. Denn als Ausweg aus diesem „Teufelskreis“ pflegen die Gläubiger unter der Führung des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine wirtschaftspolitische Radikalkur zu verschreiben, die die Außenorientierung (oder: Abhängigkeit) eher verstärkt⁴⁶⁾.

⁴⁵⁾ Vgl. hierzu, exemplifiziert am Beispiel Brasiliens, E. Altvater, Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung — Der Weltmarkt auf dem Weg in die Kreditkrise? in: Prokla, 13 (1983) 3, S. 3—40.

⁴⁶⁾ Vgl. H. Sangmeister, O sistema monetário internacional visto da periferia, in: Estudos de Economia, 3 (1983), S. 417—420.

Das „klassische“ IWF-Rezept, das mit einigen Modifikationen z. B. Jamaika, Argentinien, Chile und kürzlich auch Brasilien verordnet wurde, lautet in seinen Grundzügen: Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite, insbesondere durch Kürzung staatlicher Investitionsausgaben und der Subventionen sowie durch Steuererhöhungen, Liberalisierung des Kreditwesens, Exportförderung durch „realistische“ Wechselkurse (d. h. durch eine über der Inflationsrate liegende laufende Abwertung der nationalen Währung), antiinflationäre Lohnpolitik (d. h. Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate).

Der mit dieser „Schockbehandlung“ implizierte Rückzug des Staates aus zahlreichen Aktionsbereichen schränkt auch die Möglichkeiten ein, jene dringend erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, mit denen die sozialen, regionalen und sektoralen Deformationen korrigiert werden könnten, die für Lateinamerika nach mehreren Dekaden der Industrialisierung und „Modernisierung“ charakteristisch geworden sind. Ohne grundlegende Korrekturen wird sich das schon jetzt hohe Konfliktpotential in den Gesellschaften der meisten lateinamerikanischen Länder weiter erhöhen und die politische Destabilisierung der Region voranschreiten.

Kubas Außenpolitik: Das erneuerte lateinamerikanisch-karibische Profil

I. Das Entstehen einer Sicherheitszone

Im 19. Jahrhundert perfektionierten die großen europäischen Mächte, untereinander im Wettbewerb, den Kolonialismus. Diese gewaltsamen Landbesetzungen ermöglichten den Europäern die Annexion riesiger Gebiete Afrikas und Asiens. Um die Jahrhundertwende entwickelten die jungen Vereinigten Staaten als nachdrängende Großmacht eine wirksamere Art imperialer Durchdringung. Nachdem einmal mit Kalifornien, Kuba, Puerto Rico und dem Panama-Kanal der äußere Gürtel territorialer oder quasi-hoheitlicher Arrondierung erreicht war, verzichteten sie auf eine weitere Landnahme. An deren Stelle trat das Konzept der Sicherheitszone — hier zu verstehen als geographischer Raum, der infolge geopolitischer Bedeutung einen besonderen Stellenwert erlangt und daher unter ausdrücklicher tutoraler Kontrolle einer Großmacht steht.

Exemplarisch wuchs die Großkaribik in diese Rolle hinein. Seit Beginn dieses Jahrhunderts bzw. seit Eröffnung des Panama-Kanals im Jahr 1914 betrachten die Vereinigten Staaten diese Zone als besonders sensiblen Sicherheitsraum, in dem Stabilität und Ordnung herrschen sollen, um zu verhindern, daß auf der Basis interner Auseinandersetzungen extrazonale Akteure auftauchen, darauf erpicht, die hegemoniale Position der Vereinigten Staaten herauszufordern.

Aus der Perspektive Washingtoner Sicherheitspolitiker kam für die Großkaribik unausweichlich immer die geopolitische Definition zur Anwendung. Inselkaribik, Mittelamerika und Anrainerstaaten wurden trotz kultureller, ethnischer, sprachlicher, religiöser und politischer Vielfalt als Einheit zusammengefaßt und einer homogenen Behandlung unterworfen. Trotz des Unbehagens von Anthropologen, Ethnologen und Historikern, die auf den Eigenwert der vielfältigen lokalen Einheiten in diesem Bereich nachdrücklich hinwiesen, (weswegen nie eine allgemein verbindliche Definition der Zone erarbeitet wurde¹⁾), blieb

für die offizielle Politik in Washington der geopolitische Begriff der „Großkaribik“ oder des „Karibischen Beckens“ (Inselkaribik, Mittelamerika, Panama, Mexiko, Kolumbien, Venezuela und die Guayanas) lange Zeit maßgeblich.

Als solcher tauchte der Begriff erneut 1979 im außenpolitischen Sprachgebrauch auf und soll auch hier verwendet werden, obschon der Vorbehalt eines nordamerikanischen Kollegen geteilt werden soll: „The term (Caribbean Basin) is an unfortunate one, for it conveys a sense of homogeneity or commonality that does not exist in the region in either fact or spirit... The term is also unfortunate in that its roots lie in U.S. geopolitical thinking. It has become a popular phrase under Reagan because of the East-West or strategic bent that has characterized his conservative Republican interpretation of U.S. national interests.“²⁾

Wie zahlreiche US-Analysen³⁾ feststellten, geht es für die USA im Großkaribischen Raum weniger um leicht identifizierbare objektive Interessen (Investitionen, Handel, Ressourcensicherung), sondern vielmehr um nur vage auszumachende subjektive Interessen. Zu letzteren zählen an vorderster Stelle die US-Sicherheitspolitik, der Panama-Kanal mit den davon betroffenen Schifffahrtswegen, das Netz der karibischen Erdölraffinerien, die Einwanderer aus Mittelamerika und aus der Karibik und so fort.

Vor 1973 war die Zone objektiv bedeutend für die Vereinigten Staaten nur im Hinblick auf den Rohstoff Bauxit. Eine generelle Aufwer-

M. Wöhlcke, Die Karibik im Konflikt entwicklungspolitischer und hegemonialer Interessen, Baden-Baden 1982.

²⁾ B. M. Bagley, Regional Powers in the Caribbean Basin: Mexico, Venezuela, and Colombia, Washington D. C. (SAIS — The Johns Hopkins University, Central American and Caribbean Program, Occasional Paper Nr. 2) January 1983.

³⁾ Am überzeugendsten bei J. I. Dominguez, U.S. Interests and Policies in the Caribbean and Central America, Washington D. C. (American Enterprise Institute) 1982.

¹⁾ W. Grenz/M. Rauls (Hrsg.), Der Karibische Raum, Hamburg (Institut für Iberoamerika-Kunde) 1980;

tung erfuhr sie Mitte der siebziger Jahre, als der gesamte Gürtel von Mexiko bis Venezuela sich als eine der letzten großen Reserven an Kohlewasserstoffen erwies⁴⁾ — sicherlich ein Grund mehr, warum in den späten siebziger Jahren erneut das geopolitische Interesse an der Großkaribik vorrückte⁵⁾ und warum das Jahr 1979 für die Vereinigten Staaten verstörend wirkte⁶⁾.

Vor allem die Inselkaribik hatte sich während der spanischen Kolonialperiode in den Schauplatz eines intensiven machtpolitischen Wettbewerbs der Europäer untereinander verwandelt⁷⁾. Engländer, Franzosen und Holländer forderten die bereits fest etablierten Spanier heraus. Erst das 19. Jahrhundert, als die Karibik uninteressant geworden war, führte unter der Schirmherrschaft Londons zur ersten langdauernden Stabilitätsperiode, zur „Pax Britannica“. Diese wurde um die Jahrhundertwende abgelöst von der „Pax Americana“, die den gesamten Raum, obwohl formaliter souverän, zu einer homogenen Sicherheitszone zusammenfaßte, was den Vereinigten Staaten nicht nur die handelspolitische, sondern auch die diplomatische, militärische und kulturelle Penetration dieser Zone ermöglichte. Dies geschah allerdings nicht — wie es für die Europäer in Afrika zutrifft — zum Zwecke der Landnahme, sondern zur Absicherung des eigenen machtpolitischen Kerns auf dem Festland.

Wichtigste Maxime dieser Politik seit der Monroe-Doktrin war es, extrazonale Akteure — also die Europäer! — von der Region fernzuhalten. In einer verschärften Version wurde diese Forderung 1904 als Roosevelt-Zusatz („Roosevelt-Corollary“) vorgelegt. Genau zu ei-

nem Zeitpunkt also, als europäische Staaten wegen Venezuelas damaliger Zahlungsunfähigkeit Caracas militärisch drohten und Deutschland den Hafen von Maracaibo beschießen ließ, formulierte der Roosevelt-Zusatz unbekümmert aus, was längst ungeniert Praxis war: Die Vereinigten Staaten hätten das Recht und die Pflicht, als Gendarm in der Großkaribik aufzutreten, um interne Wirren zu bereinigen, bevor diese europäische Akteure anlocken würden!

Hierin wurzelt der von Historikern der Karibik geprägte Begriff der „limitierten Souveränität“. Demnach sind die mittelamerikanisch-karibischen Staaten wohl unabhängig, unterliegen jedoch der Kontrolle der Vereinigten Staaten im Fall von Bürgerkrieg, Rebellion, Putsch oder Überschuldung⁸⁾.

Monroe-Doktrin und Roosevelt-Zusatz projektierten jeweils ihre Feindbilder, die immer im europäischen Rahmen erschienen. So bestätigten beispielsweise die U-Boote des nationalsozialistischen Deutschland, die 1942 in der Karibik Erdöltransporter versenkten, die US-Sicherheitspolitiker in ihrer Annahme von der geopolitischen Bedeutung der Zone. Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Sowjetunion mit ihren „totalitären Marxisten“ in die Feindrolle hinein. Dagegen konnten die Vereinigten Staaten (Modell Guatemala 1954!) um so leichter ihre Interventionskapazität einsetzen, als der gesamte lateinamerikanische Kontinent auf der Basis von zwei Pakten (politisch die Organisation Amerikanischer Staaten, militärisch der 1947 in Rio unterzeichnete TIAR - Tratado Interamericano de Asistencia Reciproca) organisatorisch gestrafft worden war.

II. Die kubanische Herausforderung

Die erprobte Homogenität und Stabilität der Großkaribik wurden jäh verunsichert von der Revolution Fidel Castros, die auf Kuba vor

nunmehr genau 25 Jahren ihren Anfang nahm. In einer noch vom abflachenden Kalten Krieg geprägten Epoche, in der das reformistische Vokabular den Vereinigten Staaten als tabu galt, mußten die gesellschaftlichen

⁴⁾ C. Moneta, Hidrocarburos y política exterior latinoamericana, in: G. Drekonja/J. G. Tokatlian (Eds.), Teoría y Práctica de la política exterior latinoamericana, Bogotá 1983.

⁵⁾ Jeane Kirkpatrick hat diese Sicht für die Reagan-Administration vorformuliert. Sie tat es, ohne eigentlich Lateinamerika-Spezialistin zu sein — wie heute ihre Kritiker aus dem akademischen Lager belegen wollen. Siehe die unbarmherzige Kritik von E. Kenworthy, Our Colleague Kirkpatrick, in: LASA-Forum, 14 (1984) 4.

⁶⁾ Siehe die Sondernummer der Zeitschrift „Caribbean Review“ (Miami) vom Frühjahr 1982 zum Thema „The New Geopolitics“.

⁷⁾ E. de Kadt (Ed.), Patterns of Foreign Influence in the Caribbean, Oxford 1972.

⁸⁾ „Therefore, in its actions in Latin America, the United States appears to distinguish between the Caribbean and the rest of the continent. The Caribbean is treated as a special region where military intervention is apparently more justifiable than elsewhere in Latin America.“ H. Molineu, The Concept of the Caribbean in the Latin American Policy of the United States, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, 15 (1973) 3.

Veränderungen, die von den respektlosen Commandantes auf Kuba erlassen wurden, skandalös wirken. Als Fidel Castro, um politisch zu überleben, die Moskau-Achse zu aktivieren begann, weitete sich für die USA der politische Skandal zur sicherheitspolitischen Herausforderung aus, welche die großkaribische Sicherheitszone bedrohte. Nachdem im April 1961 der nach guatemaltekischem Muster aus dem Jahr 1954 vorgetragene Korrekturversuch in der Schweinebucht mißlungen war, mußten sich die Vereinigten Staaten auf das diplomatische und wirtschaftliche Einfrieren der Zuckerinsel beschränken. Dies gelang anschließend einigermaßen erfolgreich, weil die beiden Supermächte USA und UdSSR bei der Entschärfung der Raketenkrise vom Oktober 1962 über den Kopf Kubas hinweg diejenige Art von bilateralen Absprachen einzupendeln begannen, aus der sich die Détente herauskristallisieren sollte (die u. a. die — nie formalisierte — Zusage der USA beinhaltete, Kuba militärisch nicht anzugreifen).

Für Kuba selbst ergab sich eine ganz andere Ausgangslage. Um das Ergebnis einer eigenständigen Revolution zu wahren, mußte einer-

seits die Sowjetunion als neuer Hegemon umworben und gehalten werden; um andererseits die Abhängigkeit von der neuen Zentralmacht möglichst beschränkt zu halten, sollte wiederum eine eigene revolutionäre Außenpolitik alternative Kooperationsachsen und zusätzliche Revolutionen in Lateinamerika, Afrika und Asien schaffen. Daraus entwickelte sich für Kuba als Land der westlichen Hemisphäre, blutsmäßig aber auch Afrika verbunden, außerdem Teil der Dritten Welt und bald auch Mitglied des sozialistischen Blocks, ein Grundraster der Außenpolitik, der auf den ersten Blick scheinbar unübersichtliche und widersprüchliche Aktionsmuster liefert, in Wirklichkeit aber konstante Züge trägt, wie dann auch im Artikel 12 der Verfassung von 1976 mit dem Bekenntnis zu den „Grundsätzen des proletarischen Internationalismus und der kämpferischen Solidarität der Völker“ bestätigt.

Um Kubas Haltung in Mittelamerika und der Karibik heute zu verstehen, lohnt sich ein Blick zurück bis auf das Jahr 1960, als die kubanische Außenpolitik nach den ersten Experimenten und Schwenks Konturen zu gewinnen begann⁹⁾.

III. Kubanischer Revolutionsexport 1960/61 bis 1968

In dieser Phase der kubanischen Außenpolitik mußte die Sowjetunion erfahren, daß Kuba zwar Wirtschaftshilfe und militärische Absicherung suchte, aber nicht bereit war, sich Moskaus globalen Interessen unterzuordnen. Nach dem für sie negativen Ausgang der Raketenkrise vom Oktober 1962 leitete die Sowjetunion Schritte zu einer Détente mit den Vereinigten Staaten ein, weswegen sie die kubanische Unterstützung der castristischen Guerilla in Lateinamerika — damals die Hauptstoßrichtung kubanischer Außenpolitik — als Störfaktor für die Politik der friedlichen Koexistenz empfand.

Die Entschärfung der Raketenkrise vom Oktober 1962 war ohne Konsultation Kubas erfolgt, was eine erste Zäsur in den kubanisch-sowjetischen Beziehungen herbeiführte. Am selben Tag, da Chruschtschow die US-amerikanische Forderung nach Abzug der Raketen akzeptierte, hatte die kubanische Führung ihrerseits fünf Vorbedingungen für eine Krisenlösung aufgestellt (Vorbedingungen, die theoretisch noch immer Gültigkeit haben): Beendigung der Wirtschaftsblockade, Einstellung

aller subversiven Aktivitäten gegen Kuba, Unterbindung bewaffneter Aktionen von Exilkubanern, Verzicht auf Aufklärungsflüge über kubanisches Territorium und Auflösung des US-Marinestützpunktes Guantánamo. Allerdings blieben diese Punkte bei der sowjetisch-amerikanischen Absprache unberücksichtigt; überdies wurde Castro auch nicht gefragt, als die Sowjets der Überwachung des Raketenabtransports seitens der Vereinten Nationen zustimmten — was die Kubaner als Verletzung ihrer Souveränität empfanden¹⁰⁾.

⁹⁾ Siehe den Dokumentationsband „La Política Exterior de la Cuba Socialista“, Moskau 1982. Bei den folgenden Periodisierungen halte ich mich weitgehend an R. K. Furtak, Cubas Außenpolitik, in: Zeitschrift für Lateinamerika, (1984) 25.

¹⁰⁾ Jorge I. Domínguez sieht drei Gentlemen-Agreements zwischen den USA und der UdSSR in Sachen Kuba. Erstens vom Jahr 1962: Raketenabzug vs. Verzicht auf Kuba-Invasion. Zweitens von 1970: US-Erwartung, sowjetische Kriegsschiffe würden für strategische Missionen keine kubanischen Häfen anlaufen. Drittens von 1979: Keine Entsendung von zusätzlichen sowjetischen Kampftruppen nach Kuba.

Zu einer weiteren Reibungsfläche wurde die castristische Revolutionskonzeption für Lateinamerika. Moskau war es nicht gelungen, die orthodoxen Kommunisten Lateinamerikas mit einer erfolbringenden Revolutionsstrategie auszustatten. Die kubanische Revolution hingegen hatte einen Weg zur Abstreifung der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten sowie zur radikalen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse gewiesen. Dies legitimierte Kuba nach eigener Interpretation zur Sammlung der revolutionären Kräfte und zur Anleitung des revolutionären Kampfes in Lateinamerika, woraus zumindest ein Dutzend an der kubanischen Revolution orientierte Bewegungen entstanden. Kuba kostete dies die Sympathie des offiziellen Lateinamerikas, so daß nur Mexiko Beziehungen mit Havanna auf konsularischer Ebene beibehielt; dafür aber stand die Zuckerinsel in der Vorhut des revolutionären, antiimperialistischen Kampfes.

Getreu ihrem revolutionären Credo war die kubanische Führung bestrebt, den revolutionären Funken nicht nur auf den lateinamerikanischen Kontinent zu tragen, sondern ihn auch dem Unabhängigkeitskampf Afrikas und Asiens dienstbar zu machen. Besonders Afrika stand frühzeitig im kubanischen Blickfeld. Ernesto „Che“ Guevara, als Argentinier betont geopolitisch-revolutionär denkend, erprobte persönlich den schwarzen Kontinent als Schauplatz für die Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“.

In Verwirklichung dieses Anspruchs und mit der Absicht, Kubas relative Handlungsfreiheit zwischen den um Einfluß in Afrika und Asien rivalisierenden Großmächten Sowjetunion

und China zu bewahren sowie den zersplitterten linken Kräften in Lateinamerika Auftrieb zu geben, verfolgten die Kubaner die Gründung einer revolutionären Dritte-Welt-Bewegung. Diese Initiativen gipfelten in der Ersten Solidaritätskonferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die Anfang Januar 1966 in Havanna stattfand. Sie beschloß die Gründung der Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAL) zur Vereinigung, Koordinierung und Verstärkung des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, um solche revolutionären Initiativen unter kubanischer Führung lose zusammenfassen zu können. Außerdem beschloß diese „Tricontinental“ die Gründung der Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation (OLAS), die im Juli/August 1967 ihr erstes Treffen in Havanna veranstaltete. In der von den Teilnehmern verabschiedeten Deklaration wurde der „bewaffnete Kampf“ zur grundlegenden Aktivitätsform erhoben und anderen Wegen eine nur zweitrangige Bedeutung zugestanden. Die Priorität des „bewaffneten Kampfes“ einerseits und die indirekte Frontstellung gegen die Koexistenzpolitik der Sowjetunion andererseits basierten auf der Überzeugung, die kubanische Revolution könne nur überleben, wenn der revolutionäre Funke auf das kontinentale Lateinamerika übergriffe.

Zieht man auch andere ideologische Spannungen zwischen Havanna und Moskau ins Kalkül (so z. B. die Debatte über „moralische“ und „materielle“ Inzente), läßt sich die Aussage rechtfertigen, in den Jahren 1966/67 sei das kubanisch-sowjetische Verhältnis auf einem Tiefpunkt angelangt.

IV. Kubas außenpolitische Metamorphose 1969—1975

Die 1. OLAS-Konferenz diente dem Versuch, die lateinamerikanische revolutionäre Linke um Kuba zu scharen. Eine für 1969 geplante 2. OLAS-Konferenz kam nicht mehr zustande. Erstens erlitten die Guerilleros durch die von den USA modernisierten und in der Gegenguerilla trainierten lateinamerikanischen Armeen durchweg Niederlagen; zweitens brachte der Tod „Che“ Guevaras im Oktober 1967 in Bolivien die castristische Guerilla zum Stocken, weil Havanna die logistische Unterstützung versanden ließ; drittens gab Kuba durch allmähliches Einschwenken auf die sowjetische Position der „friedlichen

Koexistenz“ den Anspruch auf die Führungsrolle im revolutionären Kampf auf.

Das kubanisch-sowjetische Rapprochement wurde durch die zögernde Zustimmung Fidel Castros zum sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei vom August 1968 eingeleitet. Castro verhehlte zwar nicht, daß dadurch die tschechoslowakische Souveränität verletzt worden sei, billigte die Aktion aber wegen der Unorthodoxien der Prager Führung. Maßgebend für die Herstellung eines auch ideologisch, politisch und wirtschaftspolitisch engeren Verhältnisses zur Sowjetunion war

die Einsicht, daß weder Lateinamerika reif war für die Revolution noch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Aufbaus in Kuba allein bewältigt werden konnten. Nach der großen Massenmobilisierung für die Zuckerernte der „10 Millionen Tonnen“ 1969/70 übte Castro am 26. Juli 1970 scharfe Selbstkritik und signalisierte die Bereitschaft der kubanischen Führung zur Reorganisation des Wirtschaftssystems nach den Kriterien des orthodoxen (osteuropäischen) Sozialismus. Kuba brach seine ideologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Experimente ab und übernahm in der Folge das sowjetische Modell der Leitung und Lenkung der Wirtschaft, trat — im Juli 1972 — dem COMECON bei und enthielt sich künftig aller castristischen Eigenheiten¹¹⁾.

Diese Annäherung Kubas an die Sowjetunion dürfte auch von Sicherheitsüberlegungen motiviert gewesen sein, war doch ein verstärkter Druck der Vereinigten Staaten auf die Zuckerinsel im Anschluß an die US-Intervention in der Dominikanischen Republik im Jahr 1965 der Anzeiger dafür, wie sensibel Washington auf nicht genehme Entwicklungen im Karibischen Becken reagierte. Andererseits hatte die Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens 1972 gezeigt, daß die sowjetisch-amerikanische Détente weitere Fortschritte zu machen versprach. Wohl in der Erwartung, daß auch Kuba letztlich von ihr profitieren könnte, schwenkte Fidel Castro ganz auf die sowjetische Entspannungspolitik ein (Besuch Breschnews in Havanna Ende Januar/Anfang Februar 1974). Die Sowjetunion honorierte Kubas Verhalten nicht nur mit verstärkter Wirtschaftshilfe, sondern auch mit einer Intensivierung der militärischen Unterstützung in Form von modernsten Waffen und Ausbildern (die wiederholten sowjetischen Beistandszusagen fanden allerdings keine vertragliche Formalisierung; auch ist Kuba nicht Mitglied des Warschauer Paktes geworden).

Das Einschwenken Kubas auf den sowjetischen Entspannungskurs blieb nicht ohne positive Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Ungeachtet ungelöster bilateraler Fragen wie der amerikanischen Entschädigungsansprüche, der US-Prä-

¹¹⁾ C. Mesa-Lago, Cuba in the 1970s: Pragmatism and Institutionalization, Albuquerque 1974.

senz in Guantánamo und des Handelsembargos schlossen beide Staaten im Februar 1973 ein erstes Abkommen zur Bekämpfung von Flugzeugentführungen: Kuba verpflichtete sich darin, Luftpiraten auszuliefern; die USA übernahmen die Verpflichtung, von ihrem Territorium ausgehende Aktionen von Exilkubanern gegen Kuba zu unterbinden.

Fidel Castros Parteinahme für die Sowjetunion schlug sich auch in seinem Verhalten innerhalb der Bewegung der Blockfreien nieder. Unter Abkehr von früheren Haltungen (verkörpert vor allem in der Person Ernesto „Che“ Guevaras), wonach die Sowjets verdächtigt wurden, die Dritte Welt auszubeuten, verurteilte der kubanische Revolutionsführer bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Blockfreien in Algier (1973) die chinesische „Theorie von den zwei Imperialismen“ und geißelte jeden Versuch, die Blockfreien in einen Gegensatz zum sozialistischen Lager zu bringen, als zutiefst konterrevolutionär.

Auch die kubanische Lateinamerika-Politik erfuhr durch Kubas Einschwenken auf die sowjetische Position eine nachhaltige Veränderung. War die Unterstützung für die Guerilla auf dem lateinamerikanischen Kontinent bereits 1968 eingefroren worden, so demonstrierten die Erfahrung der chilenischen Unidad Popular (1970—1973), die Strömung des wirtschaftlichen Nationalismus der Andenländer und letztlich auch der militärische Linksnationalismus der Peruaner seit 1968 die anscheinend taktische Überlegenheit des „friedlichen Wegs“. Mit dem Versanden der klassischen Landguerilla in Lateinamerika zeigte der Kontinent langsam wieder Interesse an einer Gesprächsaufnahme mit Kuba. Das linksperonistische Argentinien durchbrach 1974 als erstes lateinamerikanisches Land die 1961/62 gegen Kuba verhängten Blockaden. Letztlich war es dann ausgerechnet das Forum der Organisation Amerikanischer Staaten 1974 in Quito, wo man es den Mitgliedern freistellte, die Art der politischen und wirtschaftlichen Beziehung mit der Zuckerinsel selbst zu bestimmen. Zwar brach im selben Jahr die für Kuba positive Strömung des lateinamerikanischen Linksnationalismus jäh ab, doch im großen und ganzen blieb die Stimmung für Fidel Castro auf dem Kontinent wesentlich freundlicher als während der sechziger Jahre.

V. Kubas außenpolitische Offensive 1975—1980

Auf der Basis der politisch-ideologischen Konvergenz mit der Sowjetunion entfaltete Kuba ab 1975 vielseitige Aktivitäten, die einerseits die Tradition des proletarischen Internationalismus konkretisierten, andererseits einen größeren Handlungsspielraum für die eigenen Ziele im internationalen System herausholen sollten. Kubas neue Dynamik zeigte sich insbesondere durch die Intensivierung der Süd-Süd-Kooperation auf drei Ebenen: Erstens als Erweiterung des militärischen Engagements in Afrika; zweitens durch Anstreben einer führenden Position in der Bewegung der Blockfreien; drittens in einer weitergehenden Annäherung an die lateinamerikanisch-karibischen Staaten.

Im Unterschied zu früher bestand aber die Solidarisierung mit der Dritten Welt nicht im „Revolutionsexport“, sondern vielmehr in der im Zeichen des proletarischen Internationalismus stehenden Unterstützung und Stabilisierung revolutionärer Regime in der restlichen Dritten Welt. Dies erfolgte mit Zustimmung, zuweilen auch mit Ermunterung der Sowjetunion, die durch eigenes offensives Operieren in ungeklärten Einfluszbereichen im damals noch gültigen Détente-Klima hohe Risiken eingegangen wäre.

Kubas Engagement in Afrika 1975 ist nicht neu¹²⁾. Erhöht wurde lediglich die sichtbare Präsenz. Letztlich gehen Kubas Kontakte mit Afrika und Nahost auf das Jahr 1960 zurück. Seit damals hat es Befreiungsbewegungen im Kampf um die Erlangung der Unabhängigkeit unterstützt oder hat zur Stabilisierung „progressiver“ Regimes durch die Abwehr interner und externer Feinde beigetragen. Neben militärischen Beratern traten von Anfang an auch kubanische Lehrer, Ärzte, Agrarexperten, Ingenieure und Sicherheitsbeamte auf. Stipendienplätze in Havanna für afrikanische und asiatische Studenten gehören seit den frühen sechziger Jahren zu den Selbstverständlichkeiten. Im Herbst 1963 unterstützte Kuba die Algerier im Grenzkonflikt gegen Marokko erstmals mit eigenen Kampfkontingenten. Auf „Che“ Guevaras Einsatz in Schwarz-Afrika ist bereits hingewiesen worden (wobei gerade bei ihm der geopolitische Ansatz zum Tragen kam, Afrika ersatzweise für das kontinentale Lateinamerika im Kampf gegen den „Imperialismus“ zu verwenden).

Neu ist lediglich die massive militärische Präsenz der Kubaner¹³⁾ seit Herbst 1975 in Angola und seit 1978 in Äthiopien. Der Beschluß hierfür wurde am 5. November 1975 — nach kubanischer Darstellung ohne Vorabinformation der Sowjetunion — gefaßt. Logistisch abenteuerlich wurde ein Expeditionskorps in Marsch gesetzt, um dem Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA), mit dem Kuba seit Mitte der sechziger Jahre kooperierte, gegen die mit ihm um die Macht rivalisierenden Befreiungsorganisationen sowie gegen südafrikanische Truppen zu helfen. Das Eingreifen der Kubaner, deren Zahl bis auf 36 000 anwachsen sollte¹⁴⁾, wendete rasch das Blatt zugunsten des MPLA; die südafrikanischen Truppen verließen bereits Ende Februar 1976 angolanisches Territorium.

Die Kubaner in Angola wurden vor allem von westlichen Leitartiklern gern als „Söldner“ oder „Erfüllungsgehilfen“ der Sowjetunion dargestellt. Tatsache ist jedoch, daß unter „Kubanologen“ die Darstellung Havannas, anfangs auf eigene Faust gehandelt und dann erst die logistische Unterstützung der Sowjetunion abgerufen zu haben, als realistisch gilt¹⁵⁾.

Allerdings: Im Unterschied zum kubanischen Engagement in Angola war Kubas Intervention am Horn von Afrika offensichtlich am strategischen Interesse der Sowjetunion orientiert. Kuba hatte jahrelang sowohl Somalia als auch Äthiopien Hilfe in Form militärischer Beratung zuteil werden lassen. Zwar verlagerte Kuba diese Hilfe noch vor der Sowjetunion auf Äthiopien; die völlige Abwendung von Somalia dürfte jedoch erst vollzogen worden sein, nachdem die Sowjetunion sich entschieden hatte, weiteren Einfluß in Afrika über das wichtigere Äthiopien zu suchen. Nachdem diese Entscheidung einmal gefallen war, transportierte Kuba auch reguläre Streitkräfte nach Äthiopien, mit deren

¹³⁾ C. Mesa-Lago/J. S. Belkin (Eds.), *Cuba in Africa*. Pittsburgh 1982. Dieser Band setzt die Diskussion von C. Blasier/C. Mesa-Lago (Eds.), *Cuba in the World*, Pittsburgh 1979, fort.

¹⁴⁾ Diese Zahl entstammt der sogenannten „Geheimrede“ Fidel Castros vor der kubanischen Nationalversammlung am 27. Dezember 1979. Nach J. I. Dominguez (Ed.), *Cuba: Internal and International Affairs*, Beverly Hills u. a. 1982.

¹⁵⁾ Siehe die Ergebnisse meines Review-Artikels, der an die 250 Publikationen zum Thema überprüft: G. Drekonja, *Understanding Cuba's Presence in Africa*, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 25 (1983) 1.

¹²⁾ W. M. LeoGrande, *Cuba's Policy in Africa, 1959—1980*, Berkeley (Institute of International Studies) 1980.

Hilfe die Äthiopier die Provinz Ogaden von den Somalis blitzkriegartig zurückeroberten.

Das zweite Aktionsfeld der kubanischen Süd-Süd-Kooperation bildete die Bewegung der Blockfreien, in der Fidel Castro seit 1975/76, gestützt auf die revolutionäre Außenpolitik in Afrika, eine Führungsposition anstrebte. Dies sollte der eigenen Profilierung ebenso dienen wie der Annäherung der Blockfreien an die Sowjetunion, wobei sich die sozialistischen Länder als „natürliche Verbündete“ der Blockfreien im Kampf gegen den „Imperialismus“ darstellen sollten. Die Anerkennung der Führungsrolle Kubas unter den Blockfreien fand ihren Ausdruck in der Abhaltung der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien 1979 in Havanna. Zwar gelang es den Kubanern auf dieser Konferenz nicht, die prosowjetische Orientierung durchzusetzen; andererseits gab es aber auch keinen Eklat oder gar eine Spaltung des eigenen Lagers.

Das dritte Aktionsmuster der kubanischen Süd-Süd-Kooperation wurde während dieser Jahre voll in Lateinamerika und in der Karibik entfaltet. Nachdem einmal der Beschluß der Organisation Amerikanischer Staaten gefallen war, den Mitgliedstaaten die Art der Beziehungen zu Kuba freizustellen, ergab sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein stetig wachsender Austausch mit den Lateinamerikanern. Vergessen war die Rolle Kubas als Motor der castristischen Aufstandsbewegungen, die die Anden in die „Sierra Maestra der Amerikas“ verwandeln wollten. Jetzt standen das Thema des gemeinsamen Weges im Rahmen des lateinamerikanischen Wirtschaftsnationalismus, die koordinierte Auseinandersetzung mit den Industriestaaten, die Bemühungen um verbesserte Rohstoffpreise und andere Themen im Vordergrund. Schritte auf dem Weg zur Integration Kubas in die lateinamerikanische „Familie“ waren dessen Aufnahme als Mitglied in den Dachverband der lateinamerikanisch-karibischen Zuckerexporteure GEPLACEA (Grupo de Paises Latinoamericanos y del Caribe Exportadores de Azucar), dessen Mitgliedschaft in der karibischen Schiffahrtsgesellschaft NAMUCAR und insbesondere im Sistema Economico Latinoamericano (SELA), dem neuen, 1975 konstituierten und in Caracas amtierenden Koordinationsmechanismus Lateinamerikas für den Nord-Süd-Dialog. Mit den offenen Türen für Kuba im SELA waren die ertraglosen, diplomatisch sogar katastrophalen sechziger Jahre überwunden.

Diese vielfältigen Süd-Süd-Initiativen brachten zwar einerseits für Kuba beträchtliches Prestige in Afrika und Asien und letztlich sogar in Lateinamerika. Aber sein zur Expansion der sowjetischen Machtsphäre beitragendes militärisches Engagement in Angola und Äthiopien sowie die neuen Aktivitäten in der Karibik — zu erwähnen ist hier insbesondere die kubanische Unterstützung für die puerto-rikanische Unabhängigkeitsbewegung — erwiesen sich kontraproduktiv für eine Fortführung der Verständigung mit den USA. Zwar unterzeichneten die beiden Nachbarn im März 1977 ein (inzwischen von den USA wieder aufgekündigtes) Fischerei-Abkommen, um offene Fragen, die sich aus der von den beiden Staaten vorgenommenen Ausdehnung ihrer Küstengewässer ergaben, zu entschärfen; auch eröffneten beide am 1. September 1977 in Havanna und Washington „Interessenvertretungen“ als Ersatz für diplomatische Beziehungen. Doch in der Folgezeit stagnierte der Annäherungsprozeß. Kubas Afrika-Korps irritierte die USA ebenso wie die Frage einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba, so daß die Carter-Administration trotz aller Flexibilität gegenüber Lateinamerika aus sicherheitspolitischen Befürchtungen um die eigene Position in der Großkaribik diese Möglichkeit der Annäherung verstreichen ließ. Kuba wiederum opferte das Rapprochement mit den USA bewußt der eigenen Afrika-Politik, die zu geringen Kosten unerwartet hohe Gewinne einzubringen schien.

Die von den USA zur Bedingung für eine Normalisierung der Beziehungen erhobene Forderung der Beendigung der kubanischen Präsenz in Afrika und der den US-Interessen abträglichen Aktivitäten in der Karibik konnte für die Kubaner kein Gegenstand für Verhandlungen sein, da sie den Verzicht hierauf als Verrat am proletarischen Internationalismus empfinden und den Verzicht auf die dank des Afrika-Engagements stark erweiterte eigene Manövriermöglichkeit hinnehmen hätten müssen. Die Carter-Administration wiederum fand sich nicht bereit, das gegen Kuba verhängte Handelsembargo aufzuheben, was die Kubaner als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen betrachteten. Außerdem eröffnete das Jahr 1979 für Havanna unerwartete Möglichkeiten im Großkaribischen Raum. Demnach begann Afrika in den Hintergrund zu treten, während die eigene Nachbarschaft an Bedeutung gewann.

VI. Kubas Rückbesinnung auf den Großkaribischen Raum 1980 bis ?

Trotz der Konstanz in der revolutionären Außenpolitik Kubas läßt sich eine gewisse Pendelbewegung im Hinblick auf die Beziehungen zu Lateinamerika—Karibik ausmachen. Das kontinentale Lateinamerika nahm bis 1968 einen bevorzugten Platz ein, wobei die kubanische Führung durch Unterstützung castristischer Guerillagruppen politisch zu reüssieren hoffte. Diese erfolglose Strategie wurde nach 1969 zugunsten anderer Taktiken und Ziele — in Komplementarität mit den Interessen der Sowjetunion — aufgegeben. Keine Rolle spielte damals die Inselkaribik, die sich gerade erst in der Endphase der Entkolonialisierung befand.

Allerdings begannen die jungen englischsprachigen Karibik-Staaten Kuba während der siebziger Jahre enorm zu interessieren¹⁶⁾, sozusagen als Ersatz für den lateinamerikanischen Kontinent, von dem Havanna sich zu enthalten lernte. Infolge der Sensibilitäten dieser für die Vereinigten Staaten bedeutungsvollen Sicherheitszone setzte Kuba damals diplomatisch klug eigentlich nur sein Instrumentarium der personellen Hilfe (Ärzte, Lehrer, Techniker) und der Kulturpolitik ein. Bewußt griff es dabei auf seine afrikanische Verwurzelung zurück und legte die tastende Karibikpolitik so weit als möglich in die Hände schwarzhäutiger Diplomaten, Techniker und Kulturpolitiker. Auch in dieser Hinsicht erreichten die Bemühungen ihren Gipfelpunkt im Jahr 1979, als im Juli das karibische Kulturfestival CARIFESTA III in Havanna abgehalten wurde. (Übrigens hat diese experimentelle Kulturpolitik in jenem Jahr auch den aufsehenerregenden Dialog Kubas mit jungen Exilkubanern ermöglicht.)¹⁷⁾

Zwar begannen einige konservative Mikrostaaten der Zone damals schon vor einer kubanischen Penetration zu warnen (Antigua, St. Vincent), doch hinderte dies die selbstbewußteren Einheiten (Trinidad & Tobago, Barbados) trotz aller Vorbehalte gegenüber der Zuckerinsel nicht am Beibehalten der diplomatischen Beziehungen und führte (vor 1979) sogar zu guten Beziehungen mit Guyana und Jamaika.

Die „kooperative Republik“ Guyana (das frühere British-Guayana) brachte infolge ihrer geographischen Abgelegenheit und wirt-

schaftlichen Brüchigkeit des Landes Kuba nicht gerade einen Brückenkopf ein. Doch Jamaika unter dem radikalsozialistischen Michael Manley vom People's National Party (PNP) ließ von 1976 bis 1980, als Manley während seiner zweiten Amtszeit die Wirtschaftspolitik Jamaikas auf den Kopf stellte, eine quasi-revolutionäre Achse zwischen Havanna und Kingston entstehen¹⁸⁾. Diese Zusammenarbeit verunsicherte nicht nur die Vereinigten Staaten, sie verwüstete überdies Jamaika, das in eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung schlitterte — wirtschaftlich und ideologisch. Die Wahlen von 1980, die dem PNP eine verheerende Niederlage bescherten, beendeten dieses Kapitel. (Übrigens wurzelt in dieser Erfahrung das Mißtrauen der mittelamerikanisch-karibischen Revolutionäre vor Wahlen, weil Jamaika demonstriert hatte, wie eine „Revolution“ an der Wahlurne scheitern kann.) Amtsnachfolger Eddy Seaga, Jamaikas Premier seit 1980, verringerte Kubas Präsenz in Kingston drastisch und steuerte sein Land in die Umarmung Washingtons.

Das Jamaika des Jahres 1980 hat somit Kuba die erste sichtbare Störung seiner revolutionären Außenpolitik eingebracht und damit belegt, daß der großkaribische Raum keine leichten und risikoniedrigen Erfolge zuläßt wie das weit entfernte Afrika.

Allein, Jamaika ließ sich für Kuba verschmerzen, weil 1979/80 eine ganz neue Situation eintrat. Zunächst einmal erklimm Fidel Castro mit der Ausrichtung des Gipfeltreffens der Blockfreien im September 1979 in Havanna den bisherigen Höhepunkt aller außenpolitischen Bemühungen entlang der Süd-Süd-Achse. Allerdings begannen sich schon unmittelbar danach die Widersprüche und Kosten dieser Politik zu zeigen, so daß Kuba seither erkennbar in die Defensive gedrängt wurde. Offensichtlich erschien jedoch der kubanischen Führung der Preis attraktiv genug, um den hohen Einsatz im großkaribischen Raum dennoch zu wagen¹⁹⁾.

Die Wegscheide bildet das Jahr 1979. Mit dem Sieg der Sandinisten in Nicaragua, dem Putsch des New Jewel-Movement auf Gre-

¹⁸⁾ V. A. Lewis, *The Small State Alone: Jamaican Foreign Policy, 1977—1980*, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 25 (1983) 2.

¹⁹⁾ In Sachen Mittelamerika siehe die Zusammenfassung von CECADE/CIDE (Eds.), *Centroamerica. Crisis y politica internacional*, Mexico City 1982.

¹⁶⁾ B. B. Levine (Ed.), *The New Cuban Presence in the Caribbean*, Boulder 1982.

¹⁷⁾ G. Drekonja, *Kubas Dialog mit den Exilkubanern*, in: *Lateinamerika-Berichte*, 5 (1980) 27.

nada und dem linksnationalistischen Militärcoup in Surinam kippte die von den Vereinigten Staaten so sorgsam gehütete Stabilität und Homogenität der Zone um. Prompt trat ein, was Washingtons Sicherheitspolitiker immer befürchtet hatten: Eine Vielzahl von Akteuren und Konkurrenten strömte ein!²⁰⁾

Ideologischer Pluralismus, Heterogenität und Instabilität bilden seither die neue Konstellation, die gerade Kuba Möglichkeiten bietet²¹⁾. Gleichzeitig aber verschlechtern sich für Havanna die Rahmenbedingungen für seine Außenpolitik, weil das Scheitern der Détente, die Afghanistan-Krise und die daraus resultierende Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes die Toleranzgrenzen des internationalen Systems für kleine Staaten verengte. Zusätzlich verschmälert wurden sie durch den Amtsantritt Präsident Reagans im Januar 1981, da an seiner antikommunistischen Eindämmungspolitik kein Zweifel bestehen konnte. Trotzdem entschloß sich die kubanische Führung 1980 zur sichtbaren Erhöhung des eigenen Profils im karibischen Becken und erreichte, daß prompt alle an der Zone interessierten Akteure ihre „geopolitischen Streitäxte“ hervorholten.

Um die Sicht Washingtons darzustellen, genügt es, nur eine offizielle Stellungnahme zu zitieren²²⁾: „Today the peace and security of the Caribbean Basin are deeply threatened...by a web of political violence, economic collapse and Cuban support for subversion...Timing the move to exploit...vulnerabilities, Cuba has mounted a campaign to establish Marxist-Leninist dictatorships in both Central America and the Caribbean. Beginning in 1978, Fidel Castro redoubled his efforts to discredit Basin governments, ridicule democracy and glorify armed violence.“

Alle Akteure²³⁾ im mittelamerikanisch-karibischen Raum können einer von drei möglichen Gruppierungen zugeordnet werden (mit Ver-

änderungen und Verschiebungen zwischen den Gruppen über die Zeit hinweg): (siehe Tabelle Seite 34)

Aus der Perspektive der revolutionären Achse kam Kuba mit Surinam nicht unbedingt zurecht; auch dann nicht, als im Dezember 1982 Oberst Desi Bouterse die internen Machtkämpfe momentan für sich entscheiden konnte. Aber Grenada und Nicaragua — letzteres wiederum mit einem starken Interesse am politisch-militärischen Sieg der bewaffneten Volksopposition in El Salvador — boten Kuba aussichtsreiche Möglichkeiten, mittels erzieherischer, medizinischer, technischer und militärischer Kader die Art von Revolutionsunterstützung und Revolutionsstabilisierung anzubieten, die in Afrika fast zwei Dekaden lang erprobt worden waren.

Jedoch spielte sich das jüngste Kapitel kubanischer Revolutionshilfe in einer für die Vereinigten Staaten hochsensiblen Sicherheitszone ab, so daß Gegenzüge zu erwarten waren. Auf diese Weise betrat Kuba brüchiges Terrain, denn die bisherigen Engagements, einschließlich der massiven Afrika-Präsenz seit 1975, wurden immer zu einem überschaubaren Risiko und vor allem mit eindeutigen Gewinnchancen eingegangen. In Grenada und Nicaragua jedoch sank die Gewinnchance bei gleichzeitig hochschnellenden Kosten und Einsatzrisiken.

Zwar konnte die Reagan-Administration wegen der legislativen Kontrollen des US-Kongresses über die Präsidentschaft keine offene Interventionspolitik einleiten (so daß die ursprünglichen US-Mittelamerika- und Karibik-Designs des „going to the source“²⁴⁾ archiviert werden mußten), aber den Akteuren im revolutionären Lager wurden zunehmend höhere Kosten in einer immer feindseligeren Umwelt aufgebürdet.

Darunter litt nicht nur Kubas Profil in Südamerika (Kolumbien zum Beispiel „suspendierte“ im März 1981 wegen angeblicher Unterstützung der M-19-Guerilla die Beziehun-

²⁰⁾ M. Erisman/J. D. Martz (Eds.), *Colossus Challenged: The Struggle for Caribbean Influence*, Boulder 1982.

²¹⁾ Eine ganze Reihe von US-Texten befaßt sich ausschließlich mit dem kommunistischen Problem. Stellvertretend dafür R. Wesson (Ed.), *Communism in Central America and the Caribbean*, Washington D. C. 1982.

²²⁾ T. O. Enders, *A Comprehensive Strategy for the Caribbean Basin*, in: *Caribbean Review*, 11 (1982) 2, S. 10.

²³⁾ A. Adelman/R. Reiding (Eds.), *Confrontation in the Caribbean Basin: International Perspectives on Security, Sovereignty and Survival*, Pittsburgh 1983.

²⁴⁾ Über die Mißerfolge der ursprünglichen Mittelamerika-Karibik-Entwürfe der Reagan-Administration hat präzise der Exil-Chilene Luis Maira, heute vielleicht Lateinamerikas scharfsinnigster außenpolitischer Analytiker, gearbeitet. Siehe L. Maira, *Fracaso y reacomodo de la política de Estados Unidos hacia Centroamerica*, in: *El Colegio de Mexico (Hrsg.), Centroamerica en crisis*, Mexico City 1980. Als Fortführung dieser Diskussion erneut L. Maira, *La política latinoamericana de la Administración Reagan: del diseño armonioso a las primeras dificultades*, in: *CECADE/CIDE (Eds.), a. a. O. (Anm. 19)*, S. 141 ff.

Staaten­gruppen in Mittelamerika-Karibik
geordnet nach Interessen/Profilen (a = 1981; b = 1984)

Status quo		Reformfreundlich		Revolutionär	
a	b	a	b	a	b
USA De-facto-Re­ gierungen in Mittelamerika	USA De-facto-Re­ gierungen in Mittelamerika	Mexiko Venezuela	Contadora- Gruppe	Kuba Nicaragua	Kuba Nicaragua
Jamaika und ostkaribische Staaten	Jamaika und ostkaribische Staaten (mit Grenada)	Kanada Panama	Kanada	Guerilla in El Salvador Grenada	Guerilla in El Salvador —
Kolumbien	—	Westeuro- päische Insti- tutionen	Westeuropäer	Sowjetunion DDR Bulgarien	Sowjetunion DDR Bulgarien
Costa Rica	Costa Rica	Frankreich			
Christ- demokraten — Internationale Demokratische Union (IDU)	IDU	Spanien Sozialistische Internationale (S. I.)	Spanien S. I.	Radikale arabische Erdöl- exporteure	Radikale arabische Erdöl- exporteure
Argentinien	—				
Israel *)	Israel	Dominikani- sche Republik	Dominikani- sche Republik	PLO (Guyana Surinam)	— (Guyana Surinam)

*) als Waffenlieferant

gen zu Havanna²⁵⁾), sondern sogar das tradi-
tionell freundschaftliche Verhältnis zu Me-
xiko unterlag diesem Verschleiß. Daß Fidel
Castro die Einladung zum entwicklungspoliti-
schen Gipfel in Cancun 1981 verwehrt wurde,
ist ein Indiz dafür, daß Kubas Führungsrolle
im Lager der Blockfreien — nicht zuletzt we-
gen der aus der Afghanistan-Krise entwach-
senen Widersprüche — minimiert wurde.

Schließlich knickte im Oktober 1983 mit der
US-Intervention auf Grenada ein Standbein
der kubanischen Politik für das Karibische
Becken ein, und zwar für Washington risiko-
niedrig wegen der blutigen Konfliktaustra-
gung in der New-Jewel-Revolutionenführung

²⁵⁾ Über Kolumbiens Rolle in der Containment-Poli-
tik der Vereinigten Staaten für Mittelamerika-
Karibik bis Antritt der Betancur-Regierung (August
1982) siehe G. Drekonja, Colombia: Learning the
Foreign Policy Process, in: Journal of Interamerican
Studies and World Affairs, 25 (1983) 2.

zwischen Premier Maurice Bishop und der
prosovjatischen Bernard-Coard-Fraktion²⁶⁾.

Belastet von dieser offensichtlichen Nieder-
lage und zurückgedrängt auf die bilaterale
Kooperation mit dem sandinistischen Nicara-
gua, gab sich Kuba alle Mühe, sein Profil in
Mittelamerika zu versachlichen, Verhand-
lungsvorschläge gutzuheißen, Personal zu-
rückzuführen und sich überhaupt in Verteidi-
gungsstellung auf Kuba einzuigeln²⁷⁾. Havan-

²⁶⁾ Siehe die Dokumentation „Die Grenada-Inva-
sion“ der Dokumentations-Stelle Lateinamerika,
Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 1983,
Nr. 19/20.

²⁷⁾ „In a recent interview, Cuba's vice-minister of
foreign relations, Ricardo Alarcón, told us that Ha-
vana has definitively ruled out the possibility of
military intervention in Central America, in spite
of Cuban expectations of ever-increasing US pres-
sure on the region.“ In: Latin America Regional
Reports — Caribbean Report vom 20. Januar 1984,
S. 2.

nas Besorgnis, ein zweites Supermächteabkommen nach dem Muster vom Oktober 1962 könne auch diesmal über den eigenen Kopf hinweg ausgehandelt werden²⁸⁾, mag eine der

Begründungen für die Politik der diplomatischen Mäßigung sein, wie Kuba sie seit dem Herbst 1983 praktiziert.

VII. Markierungen

Kuba, der kleine Staat mit der Außenpolitik eines großen²⁹⁾, verfolgte ein Vierteljahrhundert eine revolutionsunterstützende Strategie, agierte jedoch auf der Basis einsichtiger Kalküls berechenbar. „Abenteurertum“ kann Kuba eigentlich nur während der frühen sechziger Jahre vorgeworfen werden, als Havanna die castristische Guerilla in zahlreichen Staaten Lateinamerikas unterstützte. Im Gefolge der „Institutionalisierung der Revolution“ pendelte sich auch die Außenpolitik auf einsichtigeres Muster ein. Die Intensivierung des kubanischen Engagements in Afrika 1975 hätte demnach keine brusche Überraschung bringen dürfen, weil solches der sogar in der kubanischen Verfassung verankerten Maxime des proletarischen Internationalismus entsprach. Ebensowenig darf überraschen, daß Kuba seit 1979/80 seine Chance in der Inselkaribik und in Mittelamerika wahrnahm, als Grenada und Nicaragua dafür günstige Voraussetzungen boten.

Als Einübung hierfür diente die Art von Kooperations- und Kulturpolitik, die Kuba während der siebziger Jahre in der Inselkaribik aufgebaut hatte. War 1979/80 einmal die prinzipielle Entscheidung gefallen, das eigene Profil in Mittelamerika und in der Karibik zu erhöhen, wurde konsequent, geradlinig und für die Weltöffentlichkeit relativ transparent gehandelt. Zusätzlich verstärkt wurde Kubas Bereitschaft für das neue Engagement im Karibischen Becken dank der Einsicht, lebendiger Teil dieser Zone zu sein³⁰⁾.

Aus kubanischer Sicht wurde dabei der Bogen nirgends überspannt — auch nicht mit dem Bau des Großflughafens auf Grenada. Doch der schroff antikommunistischen Reagan-Administration, die alle „totalitären Marxisten“ in der Zone beseitigen will, um zur stabilen Homogenität der Zeit vor 1979 zurückzukehren, war dies alles Provokation genug. Jedoch hat Kuba das innerhalb kürzester Zeit enorm angestiegene Risiko für die eigene Revolution erkannt und igelt sich deshalb seit Herbst 1983 in eigenen Verteidigungsstellungen ein. Es ist deshalb auch bereit, Verhandlungslösungen vom Typ „Contadora“ zuzustimmen — sofern dabei das Überleben der sandinistischen Revolution gewährleistet erscheint. Gerade dies aber will die Reagan-Administration vermeiden. So erscheint es höchst fraglich, ob die Vereinigten Staaten Kubas taktischen Rückzug honorieren wollen. Nicht einmal der akademische Kissinger-Report³¹⁾, da pointiert sicherheitspolitisch argumentierend, diagnostiziert in dieser Hinsicht eine Möglichkeit für Arrangements. Statt dessen legt der Kissinger-Report Wert darauf, zu zeigen, wie Kuba, anstatt nach 1962 neutralisiert zu werden, seine revolutionäre Penetrationskapazität vervielfachte³²⁾.

Dementsprechend läßt sich die mittelamerikanisch-karibische Krise unter den gegenwär-

²⁸⁾ „Relations between Havana and Moscow are at one of the chilliest points since 1969, even when the Cuban leadership is publicly emphasizing that the island's economic success depends on fraternal Soviet support.“ Differenzen dürften vor allem in Sachen Grenada bestehen, wo Kuba eindeutig Maurice Bishop favorisierte, während die Coard-Austin-Fraktion auf Moskau setzte. Siehe: Cuba — Differences with Soviets on region, in: Latin American Weekly Report vom 10. Februar 1984, S. 4.

²⁹⁾ Die Formulierung von W. Grabendorff, Kubas Politik in Afrika, in: Europa-Archiv, 34 (1979) 13.

³⁰⁾ „No negamos nuestra vinculación a la region y a

sus problemas. Nos sentimos parte de ella.“ Carlos Martinez Salsamendi (außenpolitischer Berater von Carlos Rafael Rodriguez), „Resumen de la ponencia sobre el papel de Cuba en el Tercer Mundo: Centroamerica, Caribe y Africa“. Tagungsdokument der Cuba-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Mai 1983.

³¹⁾ Report of the National Bipartisan Commission on Central America. Washington D. C. (Januar) 1984. Siehe insbesondere Kapitel 6 „Central American Security Issues“.

³²⁾ „The Soviets have already achieved far more of their strategic objectives in Latin America than did the Nazis before World War II.“ R. S. Leiken, Eastern Winds in Latin America, in: Foreign Policy, (1981) 42.

tigen Umständen im besten Fall einfrieren, aber auf keinen Fall entschärfen³³⁾.

³³⁾ Inwieweit eine Lösung im großkaribischen Raum den Abzug der Kubaner aus Afrika bedingt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Siehe „Cuba's Halving of Its Force in Ethiopia Puzz-

les U.S. Analysts: Cuba has withdrawn about half of its 10.000-man force from Ethiopia, including most of its combat troops, according to U. S. officials. The quiet action has puzzled U. S. analysts both because it occurred at all and because of the official silence surrounding it." Artikel von R. C. Toth in: Herald Tribune vom 9. März 1984.

Wandel im karibischen Raum

I. Einleitung

Seit 1959 ist der Karibische Raum zu einem neuen Konfliktfeld in der internationalen Politik geworden. Mit der Übernahme der Macht durch Fidel Castro in Kuba steht die traditionelle Sicherheitspolitik der USA vor besonderen Schwierigkeiten. Die permanente Bedrohung, die von Kuba ausgeht, hat sich durch die revolutionäre Veränderung in Nicaragua im Jahre 1979 verstärkt. Spätestens seit der Entwicklung in Grenada im Oktober 1983 ist diese Gefahr von den *Nachbarstaaten* und den USA zum Anlaß genommen worden, Kuba und der Sowjetunion die Grenzen ihrer *Subversionspolitik* vor Augen zu führen.

Die Länder im Karibischen Raum sind aber nicht nur wegen sicherheitspolitischer Interessen der USA zu einem neuen Konfliktfeld der internationalen Politik geworden. Vielmehr bildet ihre innenpolitische Verfassung, namentlich eine wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung, die durch krasse Gegensätze dokumentiert wird, die eigentliche Ursache der politischen Instabilität. Ein Wandel ihrer inneren Verhältnisse ist unverkennbar. Diese sollen in einem allgemeinen, notgedrungen kurzen Überblick beschrieben, analysiert und bewertet werden.

Über das, was der Begriff Karibischer Raum umfaßt, gibt es keine einheitliche Meinung¹⁾. Das ist nicht verwunderlich, weil die Unterschiede in den einzelnen Ländern zu groß sind. In der Karibik leben etwa 32 Millionen Menschen, davon allein in der Dominikanischen Republik, Haiti, Jamaika, Kuba und Puerto Rico mehr als 26 Millionen. Daneben gibt

es selbständige Länder wie St. Lucia mit 125 000, Dominica mit 82 000 Einwohnern, nicht zu sprechen von den kleinen Inseln wie den Cayman-Inlands mit 13 000 Einwohnern oder den Turks- und Caicos-Inlands mit 6 000 Einwohnern. Weitere charakteristische Merkmale sind die großen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und Pro-Kopf-Einkommen. Die Vielfalt wird durch die ethnischen Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur verdeutlicht. Minderheiten europäischen Ursprungs leben zusammen mit Kreolen, Schwarzen und asiatischen Minderheiten. Es werden vier europäische Kolonialsprachen gesprochen: Englisch, Spanisch, Französisch, Niederländisch — Ausdruck für die koloniale Durchdringung des Karibischen Raums durch europäische Mächte, denn lange Zeit war die Herrschaft über diese Gebiete für die europäische Politik eine sehr wichtige Machtfrage.

Auch Armut und Reichtum sind mit eindrucksvollen Unterschieden vertreten. In Haiti ist das Elend vergleichbar mit dem Elend in einigen afrikanischen Ländern, während in Trinidad & Tobago und Barbados die Lebensbedingungen über dem Durchschnitt liegen.

Für unsere Zwecke verwenden wir den Begriff des Karibischen Raumes und der Karibik für die Darstellung der Entwicklung in den selbständigen Staaten und abhängigen Territorien. Diese werden wie folgt aufgeteilt:

a) *selbständige Staaten:*

Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Kuba, St. Kitts-Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Grenadines, Surinam, Trinidad und Tobago;

b) *abhängige Territorien:*

von *Großbritannien* abhängige Gebiete: Anguilla, Montserrat, Cayman-Inlands, Turks- und Caicos-Inlands, Virgin-Inlands;

von *Frankreich* abhängige Gebiete: Französisch Guayana, Guadeloupe, Martinique;

¹⁾ Zu dieser Frage wird verwiesen auf: F. Nuscheler, Struktur- und Entwicklungsprobleme der Karibik, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Mittelamerika und Karibik, Neuauflage 1982, S. 196 ff.; G. Sandner/H.-A. Steger (Hrsg.), Fischer Länderkunde: Der Karibische Raum, Frankfurt/M. 1973, S. 181 ff.; M. Wöhlcke, Die Karibik im Konflikt entwicklungspolitischer und hegemonialer Interessen, Baden-Baden 1982, S. 15 ff.; das Handbuch der Dritten Welt und das Buch von Wöhlcke sind grundlegende Werke über den Karibischen Raum.

von den *Niederlanden* abhängige Gebiete: Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, St. Eustatius, St. Maarten;

von den *USA* abhängige Gebiete: Puerto Rico, Virgin-Islands, Guantánamo.

II. Länder, Bevölkerung, Strukturen

Die Karibik ist von der Natur sehr verschwenderisch ausgestattet worden. Klima und Boden sind gut, die Gewässer enthalten reichliche Fischgründe. Auch die Bedingungen für den Tourismus sind in den meisten Ländern geradezu ideal. Doch die unberechenbare Natur stört dieses Paradies immer wieder durch Hurrikane, die, wie in den letzten Jahren in Dominica, verheerende Verwüstungen anrichten. Im nachfolgenden sollen einige Zahlen und Daten die strukturellen Probleme verdeutlichen, mit denen die Länder und Inseln zu kämpfen haben. Dabei wird Kuba ausgenommen, weil dessen Entwicklung gesondert behandelt wird.

Die *Bevölkerung* im Karibischen Raum wächst in den meisten Ländern zu schnell. Viele Länder und Inseln sind überbevölkert. Das gilt für Grenada, Barbados, Antigua und Barbuda, Jamaika, Haiti, St. Lucia, Puerto Rico, St. Vincent und Grenadines ebenso wie für Trinidad & Tobago. Dagegen steht genügend Raum für die Menschen in Surinam, Guyana und Belize zur Verfügung. Die Überbevölkerung in einigen Ländern und Inseln hat dazu geführt, daß eine sehr starke Abwanderung erfolgt. Viele Bewohner der Karibik ziehen es vor, in den USA eine Lebensexistenz zu suchen oder nach Großbritannien auszuwandern. Vor allem die gebildete Schicht macht davon Gebrauch. Für die Entwicklung der einzelnen Länder hat das nachhaltige Folgen, da wichtige Positionen nicht mehr mit qualifiziertem Personal besetzt werden können. Da das Bevölkerungswachstum für die meisten Länder zu hoch ist, fehlen andererseits Arbeitsplätze, die neu und zusätzlich geschaffen werden müßten. Die finanziellen Mittel der Regierungen reichen nicht aus, um den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben. Soziale Fürsorge muß zwangsläufig vernachlässigt werden. In Haiti wird diese Situation besonders deutlich; hier beträgt das durchschnittliche Lebensalter nur 53 Jahre. Ähnliche Entwicklungen gibt es in Belize, in der Dominikanischen Re-

Zugegebenermaßen ist das eine eher nach politischen Kriterien vorgenommene Aufteilung; sie ist aber hilfreich, um im folgenden mit Fakten, Daten und Analysen die Situation zu beschreiben.

publik, in St. Kitts-Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Grenadines.

Die *Wirtschaftsstruktur* wurde in den meisten Ländern in der Kolonialzeit festgelegt. Da man die Plantagenwirtschaft sehr extensiv betrieb und die Ureinwohner einem schnellen Ausrottungsprozeß zum Opfer fielen, mußten aus Afrika Sklaven importiert werden, die als billige Arbeitskräfte auf den Plantagen arbeiteten. Nachdem England 1834 die Sklaverei aufgehoben hatte, wurden die schwarzen Sklaven durch indische und malaiische Kontraktarbeiter ersetzt, die vornehmlich in den niederländischen und britischen Besitzungen seßhaft wurden. An der Besitzstruktur hat sich seither wenig geändert. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden steht einer kleinen Schicht zur Verfügung, während die früheren Sklavenarbeiter sich als Kleinbauern seßhaft machten, die über das eigene Existenzminimum hinaus wenig produzieren. In den meisten Ländern ist die Infrastruktur unzureichend und es fehlt zudem an einer Vermarktung der Produkte.

Die Wirtschaftsstruktur ist aufgebaut auf Landwirtschaft, Bergbau und Tourismus, wobei die kolonialen Nachwirkungen unverkennbar sind. Sie machen sich in der Bevölkerungsstruktur sowie in der sozialen Organisationsform bemerkbar.

Auch der Karibische Raum wird von den Grundproblemen der Weltwirtschaft nicht verschont. Das wirtschaftliche Wachstum ist ebenso wie der Außenhandel stark zurückgegangen, wobei insbesondere die hohen Zinsen das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Da die Länder der Karibik zum großen Teil vom US-Dollar abhängig sind, trifft sie dessen Aufwertung spürbar. Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und in den europäischen Ländern hat auch negative Auswirkungen auf den Tourismus.

In allen Ländern ist der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt sehr hoch.

Tabelle 1²⁾: Bevölkerung, Fläche für einige Länder

Land	Bevölkerung 1980 bis 1982	Fläche in qkm	durchschnittl. jährl. Bevölkerungs- wachstum 1976 bis 1980 in %	Lebens- erwar- tung in Jahren 1980	Einwoh- ner pro qkm	Bevölkerungsstruktur
1. Antigua u. Barbuda	78 000	422	1,6	—	176,5	92% Schwarze, 3,5% Mischlinge, ca. 3% Weiße
2. Bahamas	235 000	13 935	2,4	69	15,8	85% Schwarze und Mulatten, Mestizen und Weiße
3. Barbados	270 000	431	0,5	71	626,4	90% Schwarze und Mulatten, kleine weiße Minderheit
4. Belize	170 000	22 962	3,0	62	7,4	52% Schwarze und Mulatten, 22% Mestizen, 13% Indianer
5. Dominica	82 000	751	2,7	59	109,2	70% Schwarze, Rest Mulatten und Kreolen
6. Dominik. Republik	5 575 000	48 734	2,5	61	114,3	73% Mulatten, 16% Weiße, 11% Schwarze
7. Grenada	110 000	344	2,8	69	320,0	52% Afroamerikaner, 42% Mulatten, 5% Inder, 1% Weiße
8. Guyana	900 000	214 969	1,7	67	4,2	52% Inder, 32% Schwarze, 4% Indianer, 2% Weiße
9. Haiti	5 200 000	27 750	2,0	53	187	60% Schwarze, 30% Mulatten, 0,1 Weiße
10. Jamaika	2 220 000	10 991	2,0	71	202	77% Schwarze, 19% Mulatten, 0,1% Weiße, asiat. Minderheit
11. Kuba	9 706 369	114 524	1,2	73	84,8	70% Weiße, 17% Mestizen und Mulatten, 12% Schwarze
12. St. Kitts-Nevis	50 000	267	1,5	61	187	90% Schwarze und Mulatten, asiat. Minderheit, Europäer
13. St. Lucia	125 000	616	2,3	62	202	67% Schwarze, Mulatten, 4% Inder, 1% Weiße
14. Puerto Rico	3 187 600	8 897	2,8	68	377	75% Weiße, 20% Mulatten und Mestizen
15. St. Vincent u. Grenadines	100 000	389	2,6	60	257,1	70% Schwarze, 22% Mulatten, 4% Inder
16. Surinam	410 000	163 265	0,8	68	2,5	40% Kreolen, 37% Indischstämmige, 15% Javaner, 4% Europäer
17. Trinidad u. Tobago	1 190 000	5 128	1,5	74	232	43% Schwarze, 40% Inder, 14% Mulatten, 2% Weiße, 1% Chinesen

²⁾ Quellen: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1982, Washington, D. C. 1983; Interamerican Development Bank, Annual Report 1982, Washington

D. C. 1983; Fischer Weltalmanach '84, Frankfurt/M. 1983. Die vorliegenden Zahlen wurden jeweils auf die angegebenen Jahre hin berechnet.

Besonders vom Weltmarktpreis stark abhängige Produkte wie Zucker, Kaffee, Kakao, Bananen und sonstige tropische Früchte werden angebaut. Da es weltweit ein Überangebot an Zucker gibt, sind die Exporterlöse für dieses Produkt in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen. Andererseits müssen die meisten Länder, mit Ausnahme von Trinidad & Tobago, das Erdöl und Erdölprodukte exportiert, Erdöl einführen, erhalten aber immer

weniger Erlöse für ihre Exporte. Angesichts dessen, daß sie immer mehr für die notwendigen Importe zahlen müssen, ist ihre Außenhandelsbilanz in den letzten Jahren zunehmend negativer geworden.

Nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Anteil wichtiger Exportprodukte am Gesamtexport für einige ausgewählte Länder:

Tabelle Nr. 2:³⁾ Anteil einiger wichtiger Exportprodukte am Gesamtexport (für einige Länder im Jahre 1980—81 in %)

Produkte	Barbados ²⁾	Domini-ca ¹⁾	Dominik. Rep. ²⁾	Grenada ²⁾	Guyana	Haiti ²⁾	Jamaica ²⁾	Surinam ¹⁾	Trinidad u. Tobago ¹⁾
Zucker	24,3		43,2		31,8		4,9		
Kaffee			6,4			21,6			
Kakao			3,8	38,2		2,2			
Tabak			5,5						
Fisch								15,4	
Reis					11,3			8,2	
Holz								2,3	
Bananen		30,3		20,1					
Fleisch						2,5			
Muskatnüsse				16,3					
Aluminium							60,6		
Bauxit ³⁾			1,3		44	10,8	17,7	80,7	
Gold und Silber			17,5						
Nickel			9,3						
Erdöl und Erdölprodukte									93,0
Seife		49,9							
Textilien	16,9			11,1					
Elektronik	18,3								
Produkte aus zollfreier Zone						37,4			

¹⁾ = 1980; ²⁾ = 1981; ³⁾ einschließlich Nebenprodukte

In den meisten Ländern hat die Verschuldung in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Die Kredite, die sie erhalten haben, sind mit hohen Zins- und Tilgungsleistungen ausgestattet. In einigen Ländern ist der Betrag

der öffentlichen Auslandsschulden gewaltig gestiegen.

Die *sozialen* Auswirkungen der bezeichneten Wirtschaftsstruktur sind offensichtlich. Die Arbeitslosenquote ist sehr hoch (die offiziellen Zahlen, die von den Regierungen mitgeteilt werden, sind eher zu niedrig angesetzt). Einige Länder haben eine Arbeitslosenquote

³⁾ Quelle: CEPAL, Estudio Económico de América Latina 1981, Santiago de Chile 1983.

von 30—40%. Wegen mangelnder finanzieller Mittel sind sie nicht in der Lage, die sozialen Vorsorgeprogramme zu finanzieren. Die Kindersterblichkeit ist hoch und die ärztliche

Versorgung mehr als unzureichend. Auch der Bildungsstand der Bevölkerung ist teilweise mehr als lückenhaft. Die Anzahl der Analphabeten steigt.

Tabelle Nr. 3⁴⁾ Soziale Grunddaten für die karibischen Länder
(Stand 1977, wenn nicht anders vermerkt)

Land	Analphabetenrate in %	Einwohner pro Arzt	Kindersterblich- keit in %	Arbeitslosenquote in %
Bahamas	11,2 (1963)	1 070 (1972)	24,8	30,0 (1979)
Barbados	2,0 (1978)	1 482 (1976)	24,0	15,0 (1978)
Belize	5,0	3 171 (1974)	—	30,0
Dominica	4,7 (1970)	6 364 (1970)	56,0 (1972)	40,0
Dominik. Republik	33,0 (1975)	1 870 (1976)	10,0	25,0
Französisch Guayana	10,0 (1979)	—	44,0	30,0 (1982)
Grenada	1,7 (1970)	4 195 (1979)	34,0	40,0 (1981)
Guadeloupe	—	1 500 (1974)	—	40,0
Guayana	14,0 (1978)	6 083 (1976)	47,5	12,8 (1971)
Haiti	80,0	11 170 (1976)	23,0	50,0
Jamaika	14,0 (1975)	3 510 (1976)	3,0	11,3
Kuba	3,9	600 (1978)	1,0	—
Martinique	10,0	1 500 (1974)	—	20,0
Niederl. Antillen	24,0 (1975)	1 160 (1973)	—	20,0 (1973)
Puerto Rico	12,2 (1972)	—	27,1 (1972)	19,0 (1978)
St. Lucia	14,8 (1970)	5 789 (1968)	42,0 (1972)	18,0
St. Vincent	10,0 (1970)	6 250 (1970)	95,0 (1972)	18,0
Surinam	16,4 (1964)	2 195 (1974)	21,2 (1972)	25,0
Trinidad u. Tobago	5,0 (1973/74)	1 960 (1975)	3,0	13,5

Besonders faszinierend im Karibischen Raum ist die *kulturelle Vielfalt*, die oft auch auf einer deutschen, dänischen, jüdischen, polnischen, indischen, arabischen und asiatischen Abstammung beruht. Die rassische Vielfalt hat ein Völkergemisch hervorgebracht, das auch in den Sprachen einen besonderen Ausdruck findet. Neben den europäischen Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Niederländisch haben sich eigene Sprachen herausgebildet (z. B. Papiamentu). Auch die Religionszugehörigkeit ist sehr vielfältig. Katholiken und Protestanten lebten mit Angehörigen arabischer und indischer Religionen zusammen. Die Verschmelzung von afrikanischen und europäischen Kulturelementen brachte eine eigene Kultur hervor. Das „Creo-

le“ ist hier nur ein Synonym für die Verbindung von Symbolen, Ritualen und Verhaltensweisen aus afrikanischen Naturreligionen und europäischen christlichen Lebenseinstellungen. Besondere Kultformen haben sich herausgebildet; in Haiti existiert der Voodoo neben dem Katholizismus in einer eigenartigen Weise.

Trotz seiner Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Eigenartigkeit ist der Karibische Raum unverkennbar ein eigenständiges Gebilde innerhalb Lateinamerikas.

Die *politische Struktur* im Karibischen Raum ist geprägt von kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Elementen. In den englischsprachigen Gebieten ist der britische Einfluß überdeutlich; hier konnte sich der Parlamentarismus besonders gut entwickeln. Im krasen Gegensatz dazu steht die „dynastische Bereicherungsdiktatur“ in Haiti, zweifellos das-

⁴⁾ Quelle: M. Wöhlcke, a. a. O. (Anm. 1), S. 160 mit eigenen Ergänzungen.

Tabelle Nr. 4⁵⁾: Grunddaten über Sprache und Religion in ausgewählten Ländern 1983

Land	Landessprache	Dialekte und Umgangssprache	Religion
Antigua und Barbuda	Englisch	Creole	87% Anglikaner, 13% Katholiken
Bahamas	Englisch	—	29% Baptisten, 23% Anglikaner, 23% Katholiken, 7% Methodisten, jüdische Minderheit
Barbados	Englisch	Bajau	70% Anglikaner, Methodisten, kath. und jüd. Minderheit
Belice	Englisch	Spanisch, Creole, Carib und Maya	58% Katholiken, 40% Menoniten, jüdische Minderheit
Dominica	Englisch	Patois (kreolisches Französisch)	90% Katholiken, Rest Methodisten und Anglikaner
Dominik. Republik	Spanisch	—	97% Katholiken, 2% Protestanten, 0,4% Juden
Grenada	Englisch	kreolisches Englisch und Französisch	64% Katholiken, 22% Protestanten
Guyana	Englisch	9 Stammesdialekte, Patois Hindi	45% Protestanten, 33% Hindus, 12% Katholiken, 9% Moslimen
Haiti	Französisch	Creole	90% Katholiken, 10% Protestanten, Voodoo-Kulte weit verbreitet
Jamaica	Englisch	—	75% Protestanten, 8% Katholiken, Juden, Hindu- und Moslemgruppen
Kuba	Spanisch	—	rd. 90% Katholiken, kl. protestantische Gruppen, jüdische Minderheit
Surinam	Niederländisch	Hindustani, Javanisch, Sranan Targo, Spanisch	25% Heiden, je 20% Protestanten, Katholiken, Muslimen
Trinidad und Tobago	Englisch	Spanisch, Französisch	36% Katholiken, 30% Protestanten, 23% Hindu, 6% Muslimen, jüdische Minderheit

jenige System, welches am deutlichsten von den Interessen einer Familie bestimmt wird. Kuba wiederum bildet durch seine politische Struktur als totalitärer Einparteiensstaat einen Fremdkörper in diesem Raum, denn in einem Land, in dem das Volk total überwacht und organisiert wird, gibt es keine Entfaltungsspielräume für die Eigenarten des kubani-

schen Volkes. Auch die Militärdiktatur von Desi Bouterse in Surinam will nicht so recht in das Bild passen, das in den letzten Jahren von einer zunehmenden eigenständigen demokratischen Entwicklung in den meisten Ländern des Karibischen Raumes geprägt wurde. Dies gilt gleichermaßen für Guyana, in dem James Burnham ein Präsidialsystem geschaffen hat, das eher den Caudillo-Traditionen südamerikanischer Diktatoren entspricht.

⁵⁾ Zusammengestellt nach Daten im Fischer Weltalmanach '84, a. a. O. (Anm. 2).

Tabelle Nr. 5: Politische Systeme in einigen Ländern

Land	Unabhängigkeit	Politisches System	Letzte Wahlen	Regierungspartei	Politische Orientierung der Regierungspartei
Antigua u. Barbuda	1981	Parl. Monarchie ¹⁾	24. 4.1980	Antigua Labour Party/ALP	konservativ
Bahamas	1973	Parl. Monarchie ¹⁾	10. 6.1982	Progressive Liberal Party/PLP	konservativ, prowestlich
Barbados	1966	Parl. Monarchie ¹⁾	18. 6.1981	Barbados Labour Party/BLP	rechtsliberal, prowestlich
Belize	1981	Parl. Monarchie ¹⁾	21.11.1979	People's United Party/PUP	reformistisch u. nationalistisch
Dominica	1978	Parl. Monarchie ¹⁾	21. 7.1980	Dominica Freedom Party/DFP	konservativ, prowestlich
Dominik. Republik	1821	Präsidentiale Republik	16. 5.1982	Partido Revolucionario Dominicano/PRD	reformistisch, sozialdemokratisch
Grenada	1974	Parl. Monarchie ^{1) 2)}	7.12.1976	Übergangsregierung	prowestlich
Guyana	1970	Präsidentialsystem	25. 1.1981	People's National Congress/PNC	nationalistischer Sozialismus, antiwestlich
Haiti	1804	Präsidentiale Republik ³⁾	—	Parti de l'Unité Nationale /PUN	„dynastische Bereicherungsdiktatur“
Jamaika	1962	Parl. Monarchie ¹⁾	15.12.1983	Jamaica Labour Party/JLP	konservativ, US-freundlich
St. Lucia	1979	Parl. Monarchie ¹⁾	3. 5.1982	United Workers Party/UWP	konservativ, prowestlich
St. Vincent	1979	Parl. Monarchie ¹⁾	5.12.1979	Labour Party/LP	konservativ, prowestlich
Surinam	1975	Militärdiktatur	31.10.1977	Nationaler Militärrat	sozialistisch, nationalistisch, antiwestlich
Trinidad u. Tobago	1962	Parl. Republik ¹⁾	9.11.1981	People's National Movement/PNM	konservativ u. national

¹⁾ Innerhalb des Commonwealth

²⁾ 1974—1979 Parlamentarische Monarchie im Commonwealth. Durch den sozialistischen Putsch von Maurice Bishop im Jahre 1979 ist die Verfassung außer Kraft gesetzt. Seit November 1983 Übergangsregierung bis zu den nächsten Wahlen.

³⁾ Die formale Verfassung hat keine politische Bedeutung. Tatsächlich handelt es sich um eine dynastische Diktatur, die nur gewisse formale Regeln berücksichtigt.

Die dargestellten Orientierungsdaten verdeutlichen die Vielfalt und Widersprüchlichkeit sowie einen außerordentlich starken Wandel in der Karibik, deren Staaten und Länder sich in einem sehr dynamischen Prozeß der Veränderung befinden. Die Ursachen der Instabilität sind in den meisten Ländern überwiegend innenpolitischer und innengesellschaftlicher Natur. Kennzeichen sind hier

insbesondere große kulturelle, soziale und wirtschaftliche Unterschiede und Ungerechtigkeiten, die den Boden für gewaltsame Veränderungen bilden können. Eine Gefahr ist darin zu sehen, daß die Kubaner und Sowjets als Mitspieler von außen versuchen, diese innere Situation für ihre strategischen Ziele auszunutzen.

III. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern⁶⁾

1. Antigua und Barbuda

Die Inseln sind am 1. November 1981 unabhängig geworden. Sie umfassen die Inseln Antigua (280 qkm, 76 400 Einwohner), Barbuda (160 qkm, 1 600 Einwohner) und Redonda (2 qkm, unbewohnt). Der Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig, der 60% der Arbeitsplätze sichert. Daneben hat die Landwirtschaft (Baumwolle, Mais, Gemüse) eine gewisse Bedeutung. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch und erreicht mehr als 40%. Seit den Wahlen vom 24. April 1980 regiert die „Antigua Labour Party“ mit 13 von 17 Sitzen im Parlament. Die Oppositionspartei „Progressive Labour Movement“ hat drei Sitze, der für Barbuda reservierte Sitz ging an einen Unabhängigen. Regierungs- und Oppositionspartei vertreten einen gemäßigten sozialdemokratischen Kurs und betreiben eine prowestliche Politik.

2. Bahamas

Das Staatsgebiet besteht aus mehr als 700 Inseln. Der demographische Zuwachs beläuft sich auf jährlich 2,4%. Während die Wirtschaft sehr stark vom Tourismus abhängt, spielen Landwirtschaft und Industrie eine untergeordnete Rolle. Am 10. Juni 1982 gewann Premierminister Lynder Oscar Pindling, der das Land seit 17 Jahren regiert, mit seiner „Progressive Liberal Party“ (PLP) die Parlamentswahlen. Die PLP gewann 32 der 43 Sitze, das oppositionelle „Free National Movement“ erhielt elf. Die linksgerichtete „Vanguard Nationalist and Socialist Party“ blieb ohne Mandat. Pindling betreibt eine konservative, prowestliche Politik. Allerdings kontrolliert er aufmerksam ausländische Investitionen. Der Landerwerb durch ausländische Käufer wurde stark eingeschränkt.

3. Barbados

Die Insel erlangte 1966 ihre Unabhängigkeit. Sie wird von 270 000 Menschen bewohnt. Der

⁶⁾ Dazu wird verwiesen auf M. Wöhlcke, a. a. O. (Anm. 1), und das Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, a. a. O. (Anm. 1). Beide Werke enthalten vertiefende Darstellungen über die Entwicklung in den einzelnen Ländern. Ebenso wird verwiesen auf: House of Commons, Foreign Affairs Committee, Session 81—82: Caribbean and Central America, London 1982. Sehr hilfreich ist der von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene IIS-Info, besonders die Ausgaben Nr. 17/81, 4/82, 7/82, 16/82, 19/82, 22—24/83.

Tourismus ist nach wie vor der wichtigste Wirtschaftszweig, die Industrie ist etwas gewachsen. Im Vergleich zu anderen Inseln ist der Lebensstandard auf Barbados recht hoch. Am 18. Juni 1981 fanden die letzten Parlamentswahlen statt. Premierminister Tom Adams gewann mit seiner „Barbados Labour Party“ 17 Mandate, die oppositionelle „Democratic Labour Party“, die eine stärker linksliberale und nationalistische Politik vertritt, erhielt die restlichen zehn Sitze im Parlament. Adams vertritt einen rechtsliberalen Kurs, der in der Außenpolitik prowestlich markiert ist.

4. Belize

Belize erlangte am 21. September 1981 die Unabhängigkeit, wobei die Entwicklung hierzu wegen der bestehenden Grenzstreitigkeiten mit Guatemala zunächst lange verzögert wurde. Das Land ist noch dünn besiedelt. Der Anteil der Urbevölkerung, der Maya-Indianer, an der Gesamtbevölkerung beträgt noch 13%. Land- und Forstwirtschaft bilden die wirtschaftliche Grundlage (Zuckerrohr, Zitrusfrüchte). Am 21. November 1979 gewann die „People's United Party“ (PUP) die letzten Parlamentswahlen. Dominierender Führer dieser Partei ist Premierminister George C. Price. Die PUP gewann 13 der 18 Sitze im Parlament; die „United Democratic Party“ bekam fünf Mandate und bildet die Opposition. Price vertritt eine nationalistische Politik, die geprägt ist von vagen wirtschaftlichen Vorstellungen, durchsetzt mit sozialistischen Fragmenten. Fidel Castro hat einem unabhängigen Belize Unterstützung angeboten, so daß Price mit guten Beziehungen zu Kuba liebäugelte, während er sich in seiner Außenpolitik gegenüber den USA eher zurückhaltend verhält.

5. Dominica

Das Land erhielt am 3. November 1978 seine Unabhängigkeit. Wirtschaftlich befindet sich die Insel in einer schwierigen Situation. Wirbelstürme haben in den letzten Jahren verheerende Verwüstungen angerichtet. Die Bananenproduktion, die für den Export große Bedeutung hatte, wurde fast vollständig zerstört. Die Arbeitslosenquote liegt bei über 40%. Auch die Lebenshaltungskosten sind gewaltig gestiegen. Am 21. Juli 1980 fanden die letzten Wahlen statt. Die von Eugenia Char-

les, einer resoluten Rechtsanwältin, führte „Dominica Freedom Party“ errang mit einem Anteil von 17 der 21 Parlamentssitze einen überzeugenden Sieg, während die frühere Regierungspartei „Dominica Labour Party“, die das Land zwanzig Jahre regiert und heruntergewirtschaftet hatte, noch zwei Sitze erhielt, zwei weitere Sitze verblieben unabhängigen Kandidaten. Eugenia Charles verfolgt eine pro-westliche Politik.

6. Dominikanische Republik

Die jüngste Geschichte der Dominikanischen Republik ist wesentlich durch die 30jährige Amtszeit des Diktators Trujillo bestimmt worden. Nachdem dieser 1961 ermordet wurde, fanden 1962 die ersten freien Wahlen statt. Sie wurden von Juan Bosch mit seiner reformistischen „Partido Revolucionario Dominicano“ (PRD) gewonnen, der nur sieben Monate amtierte und durch einen Militärputsch gestürzt wurde. Der sich anschließende Bürgerkrieg wurde 1965 durch die Intervention amerikanischer Truppen beendet. Danach regierte bis 1978 Präsident Joaquin Balaguer, der eine bewußt antikommunistische und pro-westliche Politik verfolgte. Am 16. Mai 1982 fanden die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die die gemäßigte sozialdemokratische PRD gewann. Neuer Präsident wurde Salvador Jorge Blanco, der ein Reformprogramm, das wirtschaftliche Opfer vorsieht, verkündete, da der Import des lebensnotwendigen Erdöls durch den Erlös des Exports von Zucker nicht mehr finanziert werden kann. Alternative Energiequellen sollen erschlossen, Investitionen sollen erleichtert werden, eine Steuer- und Finanzreform ist geplant, ebenso eine Reduzierung der Ausgaben. Weiterhin sollen die Arbeitslosigkeit, die die 25%-Marke überschritten hat, bekämpft, die Inflation reduziert, der Export von Agrarprodukten erhöht und der Tourismus nachdrücklich gefördert werden. Außenpolitisch tritt Präsident Blanco für eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den USA ein. Er sprach sich gegen die sofortige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Kuba aus. Die Streitkräfte, wichtigster Machtfaktor im Lande, sicherten ihm volle Unterstützung zu. Mit diesem Programm übernahm Salvador Jorge Blanco am 16. August 1982 die Bürde des Präsidentenamtes.

7. Grenada

Die Insel, die im Oktober 1983 weltweites Aufsehen erlangte, wurde am 7. Februar 1974

unabhängig. Wirtschaftlich ist die Muskatnuß das wichtigste Exportprodukt, auch der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsbe- reich. Ein politischer Wandel vollzog sich, als am 13. Mai 1979 Premierminister Eric Gary, der das Land diktatorisch regiert hatte, von dem Führer der sozialistischen Oppositions- partei „New Jewel (Joint Endeavour for Wel- fare, Education and Liberation) Movement“, Maurice Bishop, durch einen Putsch gestürzt wurde. Bishop verfolgte einen sozialistischen und kubafreundlichen Kurs. Wahlen fanden nicht mehr statt. In der Wirtschaftspolitik steuerte er einen gemischten Kurs zwischen privatwirtschaftlichen und sozialistischen Maßnahmen. Außenpolitisch wurde die Bin- dung an Kuba und andere sozialistische Län- der zunehmend enger. Mit kubanischer Hilfe wurde ein internationaler Flughafen (Point Salines Airport) mit einer drei km langen Landebahn gebaut, von dem die USA befürch- teten, daß er zu einem Zwischenlandeplatz für kubanische und sowjetische Truppen- transporte auf dem Wege nach Afrika werden könnte. Die einseitige Ausrichtung Grenadas auf Kuba führte zu einer Isolierung in der eigenen Region und gegenüber den USA. Bi- shop ließ politische Gegner verhaften und fol- tern und verbot regierungsfeindliche Publika- tionen. Es gelang ihm nicht, die wirtschaftli- chen Probleme zu lösen. Die Arbeitslosigkeit erreichte 1981 mehr als 40%. Bishop selbst sah sich auch im eigenen Lager immer stärker Kritik ausgesetzt. Am 19. Juni 1980 ent- ging er einem Attentat, das drei Tote und 20 Verletzte forderte. Die Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt am 14. Oktober 1983, als Maurice Bishop vom Zentralkomitee des NJM seiner Ämter enthoben und am 19. Ok- tober 1983 erschossen wurde⁷⁾. Sein Rivale in der Partei, Bernard Coard, ein Vertreter des orthodoxen marxistischen Flügels des NJM, der gute Verbindungen zu Kuba hatte, ver- suchte in diesen Tagen die Macht an sich zu reißen und beschuldigte Bishop, zu pragma- tisch gegenüber dem Privatsektor vorzuge- hen. Am Tage der Erschießung Bishops wurde die 1979 gebildete Revolutionäre Volksregie- rung aufgelöst und ein 16köpfiger Revolutio- närer Militärrat gebildet.

Die Nachbarstaaten Barbados, Jamaika und Dominica erkannten die Militärregierung

⁷⁾ Zu den Ereignissen in Grenada im Oktober 1983 wird verwiesen auf: Institut für Iberoamerikakun- de, Die Grenada-Invasion, Nr. 19/20, 1983; United States Information Service, Special Issue, Decem- ber 21, 1983.

nicht an. Am 21. Oktober 1983 forderten sechs der sieben Mitgliedstaaten der „Organization of Eastern Caribbean States“ (OECS) die USA zu einem militärischen Eingreifen in Grenada auf. Auf der Tagung der CARICOM-Staaten am 22. und 23. Oktober 1983 wurde der Militärrat in Grenada als eine Bedrohung für die karibische Region bezeichnet. Jamaika, Barbados und andere kleine Inselstaaten befürworteten eine militärische Intervention. Am 23. Oktober 1983 ersuchten fünf Mitgliedstaaten der OECS die USA, eine gemeinsame Anstrengung zu unternehmen, um auf der Insel Ordnung und Demokratie wiederherzustellen.

In den Morgenstunden des 25. Oktober 1983 landeten 1900 amerikanische Soldaten als Teil einer multinationalen Truppe zusammen mit 300 Soldaten aus einigen karibischen Ländern auf Grenada. Die USA begründeten die Intervention mit der Bedrohung von Leib und Leben von rd. 1 000 US-Bürgern auf der Insel. Außerdem sollten Chaos verhindert und die Wiederherstellung von Recht und Ordnung und der demokratischen Institutionen erreicht werden. Die etwa 750 kubanischen Kräfte, die bestens bewaffnet und ausgebildet und als Bauarbeiter eingesetzt waren, leisteten zunächst heftigen Widerstand, mußten aber schließlich gegenüber der verstärkten Übermacht kapitulieren. Die Bevölkerung Grenadas begrüßte die Intervention. Die amerikanischen Truppen wurden bis auf ein kleines Kontingent alsbald abgezogen. Ebenfalls befinden sich noch Sicherheitskräfte der karibischen Nachbarstaaten auf der Insel.

Fidel Castro mußte seine Ohnmacht eingestehen; ihm blieb nur der Rückzug auf verbale Attacken gegenüber den USA. Das Leben auf der Insel normalisierte sich. Am 2. November 1983 gab Generalgouverneur Scoon den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und Libyen bekannt. Die Beziehungen zu Kuba wurden nicht formell abgebrochen, aber praktisch eingefroren. Aus den vorgefundenen Dokumenten ergab sich, daß aus Abkommen mit der Sowjetunion, Kuba und Nordkorea für die Zeit von 1980 bis 1985 Waffenlieferungen im Werte von 37,8 Mio. Dollar vorgesehen waren. Große Waffenarsenale wurden gefunden. Am 9. November 1983 bildete Scoon eine Interimsregierung. Wahlen sollen innerhalb eines Jahres stattfinden. Die USA stellten eine Soforthilfe zur Verfügung sowie weitere Hilfsmaßnahmen in Aussicht.

8. Guyana

Guyana, das am 23. Mai 1966 unabhängig wurde, ist ein dünn besiedeltes Land. Die Bevölkerung ist vielschichtig zusammengesetzt und die ethnischen Unterschiede machen sich auch in der sozialen und politischen Ordnung des Landes bemerkbar. Guyana verfügt über große Bauxitvorkommen; Zucker und Reis sind weitere Produkte von wirtschaftlicher Bedeutung. Die Wirtschaft liegt darnieder. Ursächlich dafür sind nicht nur die niedrigen Weltmarktpreise für die Exportprodukte (Bauxit, Zucker, Reis), sondern vor allem die unvorstellbare Mißwirtschaft der Regierung des Präsidenten Forbes S. Burnham. Mit seiner Partei „People's National Congress“ (PNC) regiert er seit 1964. Am 17. März 1970 wurde das Land zur „Kooperativen Republik Guyana“ erklärt.

Bei den letzten Wahlen am 15. Dezember 1980 gewann die PNC 53 von 65 Parlamentssitzen. Die marxistische und moskauorientierte „People's Progressive Party“ von Cheddie Jagan erhielt nur zehn Mandate, die rechtsorientierte „United Force“ (UF) bekam zwei Sitze. Andere Parteien boykottierten die Wahlen; sie warfen Burnham und seiner PNC Manipulation, Benachteiligung der Opposition und Einschüchterung der Bevölkerung vor. In der Tat konnte Burnham nur durch eine massive Wahlfälschung an der Macht bleiben. Am 17. Februar 1981 wurde in London der Bericht einer internationalen Parlamentariergruppe veröffentlicht, in dem die Wahlmanipulationen bestätigt wurden. Vorher hatte sich Burnham am 6. Oktober 1980 aufgrund einer neuen Verfassung, durch die ein Präsidialsystem eingeführt wurde, zum ersten Präsidenten des Landes proklamieren lassen. Nach der neuen Verfassung ernennt der Präsident die Regierungsmitglieder und kann Gesetze des Parlamentes mit seinem Veto verhindern. Am 25. Januar 1981 ließ sich Burnham direkt zum Präsidenten wählen. Die drittgrößte Partei des Landes, die „Working People's Alliance“, bekennt sich ebenfalls zum revolutionären Sozialismus. Die nichtmarxistische Opposition ist schwach. Der Widerstand gegen Burnhams Willkürherrschaft kommt aus einer Solidaritätsverbindung von Kirchenvertretern und Arbeitern. Burnham hat sich durch seine autoritäre und antiwestliche Politik selbst isoliert. Der Grenzstreit mit Venezuela dauert fort. Auch Fidel Castro hat seine Unterstützung versagt.

9. Haiti

Haiti ist mit Abstand das ärmste Land Lateinamerikas; die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind schier unerträglich. 80% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft (Kaffee). Es gibt eine starke Verflechtung mit amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Kein Land der Hemisphäre hat derart ungerechte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 50%, die Analphabetenrate bei mehr als 80%. Fast eine Million Haitianer leben außerhalb ihres Landes. Durch einen Militärputsch im Jahre 1957 kam François Duvalier an die Macht. Er errichtete ein Terrorregime und vernichtete jede Opposition. Politische Stabilität konnte dadurch nicht entstehen. Als der Diktator 1971 starb, folgte ihm sein damals 18 Jahre alter Sohn Jean-Claude Duvalier als Präsident auf Lebenszeit. Die „Parti de l'Unité Nationale“ ist eine Staatspartei, die den Interessen der Dynastie Duvalier dient. Auch wenn sich unter dem gegenwärtigen Präsidenten die Situation etwas entspannt hat, so herrschen nach wie vor Willkür und politische Verfolgung. Die von seinem Vater ins Leben gerufene und berüchtigte Sicherheitstruppe der „Toutons Macoutes“ wurde zwar formal aufgelöst, existiert aber tatsächlich unter dem Namen „Volontaires de la Sécurité Nationale“ weiter. Das Regime hat sich auch außenpolitisch isoliert. Haiti ist das Land, wo durch die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Gefahr für eine gewaltsame Explosion am größten ist.

10. Jamaika

Jamaika gehört politisch und wirtschaftlich zu den größeren Staaten im Karibischen Raum. Das Land erhielt am 6. August 1962 seine Unabhängigkeit. Eine wenig produktive Landwirtschaft, eine schwach ausgebildete Industrie und der Tourismus bilden zusammen mit dem Bergbausektor (Bauxit) die wirtschaftliche Grundlage. Die von Michael Manley geführte „People's National Party“ (PNP), die von 1972 bis 1980 regierte, hat das Land ziemlich herabgewirtschaftet. Dazu trug sicher auch die enge Bindung bei, die Manley mit Kuba einging. Seine sozialistische Politik führte das Land in eine schwere und dauerhafte Krise. Am 30. Oktober 1980 fanden Parlamentswahlen statt, die Edward Seaga mit seiner „Jamaica Labour Party“ (JLP) eindeutig gewann. Die JLP bekam 51 Parlamentssitze, die PNP nur neun. Das Stimmenverhältnis

war für die Partei Manleys allerdings günstiger als die Sitzverteilung aussagt, sie erhielt 42,6%, die JLP 57,6%. Seaga gewann die Wahl, weil die Bevölkerung ihm eher eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zutraute. Er versuchte eine Sanierung der Wirtschaft, die Tourismusindustrie wurde wieder stärker gefördert, ausländisches Kapital angelockt. Der wirtschaftliche Aufschwung vollzog sich mühsam, aber doch spürbar. Das Land wurde wieder kreditwürdig. Außenpolitisch setzte Seaga mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba ein eindeutiges Zeichen. Die Bindung an die USA ist wirtschaftlich und politisch eng. Am 15. Dezember 1983 setzte Seaga vorgezogene Parlamentswahlen an. Die PNP boykottierte die Wahlen, weil Seaga eine Absprache über die Neufassung der Wählerlisten nicht eingehalten habe. Die JLP gewann alle 60 Mandate.

11. St. Kitts-Nevis

Am 19. September 1983 erlangten die beiden Inseln, die von 50 000 Einwohnern bewohnt werden, nach 360 Jahren ihre Unabhängigkeit. Ihre wirtschaftliche Grundlage bilden Landwirtschaft und Tourismus. Die Auswanderungsrate ist hoch, da es an Arbeitsplätzen mangelt. Die letzten Wahlen vom Februar 1980 gewann das konservative „People's Action Movement“ unter Kennedy Simmonds, der mit der Reformistischen Partei von Nevis ein Bündnis einging und die seit 30 Jahren regierende Labour Party ablöste. Am 23. November 1983 wurde der neue Staat als 158. Mitglied in die UNO aufgenommen.

12. St. Lucia

Am 22. Februar 1979 wurde die Insel in die Unabhängigkeit entlassen. Ihre 125 000 Einwohner leben größtenteils von der Landwirtschaft und vom Tourismus. Die Arbeitslosenquote ist sehr hoch. Im Juli 1979 hatte die linksorientierte „St. Lucia Labour Party“ (SLLP) die Wahlen gewonnen. Doch alsbald kam es in der Regierungspartei zu Auseinandersetzungen, die Anfang 1981 zum Bruch zwischen Premierminister Allen Louisy und seinem Stellvertreter George Odlum führten. Odlum gründete daraufhin die „Progressive Labour Party“, die einen sozialistischen Kurs steuert. Zusammen mit der oppositionellen „United Workers Party“ (UWP) stürzte die PLP die Regierung. Am 3. Mai 1982 kam es zu Neuwahlen. Die UWP gewann sie mit 14 von 17 Sit-

zen, die SLLP bekam zwei und die prokubanische PLP einen Sitz. Der Führer der UWP, John Compton, wurde neuer Premierminister. Er vertritt eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik und befürwortet eine engere Beziehung zu den USA.

13. St. Vincent und Grenadines

Auf der Inselgruppe, zu den neben der Hauptinsel St. Vincent auch ein Teil der Grenadinen (Bequia, Mustique, Canouan, Union Islands u. a.) gehören, leben rd. 100 000 Menschen. Der Staat erlangte am 27. Oktober 1979 die Unabhängigkeit. Die Landwirtschaft ist nach wie vor die wirtschaftliche Basis, weil der Tourismus noch nicht ausgebaut ist. Die Arbeitslosigkeit ist auch hier groß. Streiks haben die sozialen Konflikte in den letzten Jahren verstärkt. Bei den letzten Wahlen am 5. Dezember 1979 gewann die konservative „St. Vincent Labour Party“ unter Premierminister Milton Cato elf von 13 Sitzen im Parlament. Zwei gingen an die „New Democratic Party“, geführt von dem früheren Premierminister James Mitchell.

14. Surinam

Die Niederlande entließen ihre frühere Kolonie Surinam am 25. November 1975 in die Unabhängigkeit. Das Land ist fünfmal größer als die Niederlande, wird aber nur von 410 000 Menschen bewohnt. Bauxit, Aluminium und Reis sind die wichtigsten Produkte und Vorkommen, über die Surinam verfügt. Die Abwanderung der Bevölkerung, die durch starke Rassenunterschiede gekennzeichnet ist, in die Niederlande war in den letzten Jahren beträchtlich. Arbeitsplätze fehlen, die sozialen Spannungen nehmen zu. Am 25. Februar 1980 wurde die gewählte Regierung des Ministerpräsidenten Henck Arron von jungen Offizieren durch einen Putsch gestürzt. Etwa die Hälfte der 800 Mann starken Armee stand hinter dem Putsch. Die Entwicklung nach dem Putsch war unübersichtlich. Mehrere Gegenputsche wurden unternommen, blieben jedoch erfolglos. Im Februar 1982 übernahm ein Militärrat die Macht. Desi Bouterse, der Vorsitzende des Militärrates, erwies sich als der starke Mann. Seine Widersacher ließ er liquidieren. Die Linksorientierung des Militärrates war unverkennbar. Nach Streiks, die im letzten Jahresdrittel als Protest gegen den Militärrat organisiert wurden, holte Bouterse zu einem brutalen Schlag gegen die Opposition aus. Am 8. Dezember 1982 wurden 15 füh-

rende Oppositionelle verhaftet und im Gefängnis erschossen. Nach diesen Säuberungen setzte sich eine kubafreundliche Linie durch. Bouterse selbst scheint ein unberechenbarer Mann zu sein, der über keine klaren politischen Vorstellungen verfügt. Seine antiwestliche Einstellung wurde allerdings deutlich. Kubaner halfen bei der Ausbildung der Volksmiliz. Die Ereignisse in Grenada veranlaßten Oberstleutnant Bouterse, am 25. Oktober 1983 den kubanischen Botschafter und das Botschaftspersonal zum Verlassen des Landes aufzufordern. Bouterse hatte offensichtlich den Eindruck gewonnen, daß Kuba sich zu sehr in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt habe. Ob damit allerdings ein Wandel der außenpolitischen Richtung verbunden ist, scheint zweifelhaft.

15. Trinidad und Tobago

Am 31. August 1962 wurde das Land unabhängig. Durch eine neue Verfassung ist Trinidad und Tobago seit dem 1. August 1976 eine parlamentarische Republik innerhalb des Commonwealth. Größter Wirtschaftszweig ist die Erdölproduktion. Dieser Bereich macht auch den Großteil der Exporte aus. Inzwischen wird eigenes und importiertes Erdöl im Lande verarbeitet. Beträchtlich sind auch die Erdgasvorkommen. Die Industrie erlangt zunehmend größere Bedeutung. Von 1956 bis zum Tode von Dr. Eric Williams am 29. März 1981 wurde das Land von diesem und seinem „People's National Movement“ (PNM) regiert. Für die beiden Inseln war das ein Glücksfall. Nach dem Tode von Williams übernahm George Chambers die Regierungsverantwortung. Am 9. November 1981 gewann er mit PNM die Wahlen und erhielt 26 von 36 Sitzen. Die drei in der „National Alliance“ zusammengeschlossenen Oppositionsparteien errangen acht und der „Congress of Democratic Action“ zwei Sitze. Chambers vertritt eine gemäßigte Politik.

16. Abhängige Gebiete

Von *Großbritannien* noch nicht unabhängig sind *Anguilla* (88 qkm, 6 500 Einwohner), eine Insel, die am 19. Dezember 1980 aus der Bindung an die Inselgruppe St. Kitts-Nevis entlassen und zu einer selbständigen Einheit unter britischer Kontrolle wurde, *Montserrat* (106 qkm, 12 073 Einwohner), die *Cayman-Islands* (259 qkm, 17 000 Einwohner), die *Turks- und Caicos-Islands* (430 qkm, 7 436 Einwohner) sowie die *Virgin-Islands* (153 qkm, 11 500

Einwohner). Wirtschaftlich ragen die Cayman-Islands, die als Steuerparadies ausgebaut wurden (411 Banken und 343 Versicherungsgesellschaften), hervor. Auf allen Inseln gibt es Bestrebungen für eine Unabhängigkeit, doch haben diese in den letzten Jahren an Bedeutung verloren.

Zu den *französischen* Territorien in der Karibik gehören die als Überseedepartements geführten Inseln *Guadeloupe* (1 779 qkm, 328 400 Einwohner) und *Martinique* (1 102 qkm, 326 536 Einwohner). Hinzu kommt auf dem südamerikanischen Festland das Überseedepartement *Guyane Française* (90 000 qkm, 74 000 Einwohner). Auf den beiden Inseln leben vornehmlich Schwarze und Mulatten. Die Landwirtschaft (Zucker, Bananen) stellt die wirtschaftliche Grundlage dar. Weil hier die französischen Sozialgesetze und Mindestlöhne gelten, befinden sich die Einwohner gegenüber denen der anderen Inseln im Vorteil. Die eigenen Einnahmen würden den relativ hohen Lebensstandard der Bevölkerung nicht erlauben. Dennoch gibt es Ansätze für eine Unabhängigkeitsbewegung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung tritt zwar für das Fortbestehen des jetzigen Status ein, aber radikale Minderheiten versuchen, die arbeitslose Jugend gegen das Mutterland aufzuwiegeln. Sowohl die kommunistischen Parteien auf beiden Inseln als auch der radikale linke Flügel der „Progressiven Partei von Martinique“ unterhalten enge Kontakte zu Kuba. Für die europäische Raumfahrt hat Guyane große Bedeutung, weil die Europäer hier ihr Raumfahrtzentrum eingerichtet haben. Die Bevölkerung besteht zu 60% aus Afrikanern und Mulatten, zu 40% aus Weißen, Indianern und Chinesen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und erreicht mehr als 30%. Bei den letzten Regionalwahlen am 20. Februar 1983 gewann die „Parti Socialiste Guyanais“ 42% der Stimmen, die moderatere R. P. R. und U. D. F. 35,4%, die „L'Union des Travailleurs“ 11,2 %

Die *niederländischen Antillen* umfassen die Inseln *Aruba* (193 qkm, 66 500 Einwohner), *Bonaire* (288 qkm, 9 061 Einwohner) *Curaçao* (444 qkm, 162 362 Einwohner), *Saba* (13 qkm, 1 008 Einwohner), *St. Eustatius* (21 qkm, 1 344 Einwohner) und einen Teil von *St. Maarten* (34 qkm, 14 762 Einwohner). Curaçao und Aruba sind wirtschaftlich wegen des bedeutenden Hafens und der erdölverarbeitenden Industrie wichtig. Seit 1954 besitzen die Inseln innerhalb des Königreichs der Niederlande ihre Autonomie. Die niederländische Regierung ist bereit, den Inseln ihre Unab-

hängigkeit zu gewähren, wenn sie das wünschen. In einem Referendum sprach sich Aruba 1977 für die Unabhängigkeit aus, da es die Vorherrschaft von Curaçao nicht ertragen will. Am 28. Oktober 1981 wurde vereinbart, die Insel 1996 in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Zu den Gebieten, die von den USA abhängig sind, zählen *Puerto Rico*, die *Virgin-Islands* (344 qkm, 96 000 Einwohner mit den Insel St. Croix und St. Thomas) und das auf kubanischem Gebiet gelegene Pachtgebiet *Guantánamo Bay* (111,9 qkm), ebenso die Insel *Navassa* (5 qkm), die nicht zum Pachtgebiet gehört und von Kuba beansprucht wird. *Puerto Rico* gehört seit dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 zu den USA. Die Insel besitzt eine beschränkte Autonomie („El Estado Libre y Asociado de Puerto Rico“). Außenpolitik, Verteidigung, Telekommunikation, Luftfahrt und Postverkehr, Zoll und Einwanderung werden von den USA wahrgenommen. Die Bürger der Insel sind amerikanische Staatsangehörige. Wirtschaftlich profitiert das Land von der engen Bindung an das amerikanische Mutterland, doch spielt die Frage der staatlichen Zugehörigkeit eine wichtige Rolle. Hinsichtlich der Frage, ob die Insel unabhängig oder 51. Bundesstaat der USA werden soll, hat die große Mehrheit der Bevölkerung sich für den gegenwärtigen Status ausgesprochen. Die letzten Gouverneurswahlen vom 4. November 1980 gewann Carlos Romero Barcelo. Seine Partei „Partido Nuevo Progresista“ erreichte schließlich einen knappen Vorsprung, nachdem es im Wahlkampf zu heftigen und gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen war. Die starke Opposition wird von dem früheren Gouverneur Rafael Hernández und seiner „Partido Popular Democrático“ geführt. Die politisch kleine „Partido Socialista Puertorriqueño“ vertritt ein unabhängiges sozialistisches Modell mit guten Kontakten zu Kuba und Moskau. Die von den USA auf kubanischem Territorium unterhaltene Militärbasis *Guantánamo* beruht auf zwei Abkommen aus den Jahren 1903 und 1934. Für einen unbestimmten Zeitraum hat Kuba den USA dieses Gebiet („complete jurisdiction and control“) übertragen. Für Fidel Castro ist dies ein schwer erträglicher Zustand. Die Amerikaner lehnen alle Verhandlungen darüber bisher ab.

17. Regionale Zusammenarbeit

Größe und wirtschaftliche Probleme sowie gemeinsame koloniale Vergangenheit der

meisten Inselstaaten haben kein starkes Gefühl der Verbundenheit hinterlassen. Individualismus und Eigenständigkeit sind stärker ausgeprägt. Dies sind keine guten Voraussetzungen für eine Integrationspolitik, für die es Ansätze gegeben hat. 1958 versuchte die britische Regierung mit der Gründung der „West Indies' Federation“ die ehemaligen Kolonialgebiete zu einem Staatsgebilde zu vereinigen. Der Versuch war erfolglos, da Jamaika 1962 austrat und auch Trinidad & Tobago die Föderation verließ. 1968 wurde ein neuer Versuch unternommen. Dieses Mal einigte man sich auf die „Caribbean Free Trade Area“ (CARIFTA). Barbados, Guyana, Jamaika und Trinidad & Tobago unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen, dem Antigua, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts-Nevis, Anguilla, St. Lucia, St. Vincent und Belize beitraten. Die Ergebnisse dieser Freihandelspolitik waren nicht überzeugend, doch wurden die Bemühungen um eine regionale Integration dennoch fortgesetzt. Am 4. Juli 1973 gründeten Barbados, Guyana, Jamaika und Trinidad & Tobago den „Caribbean Common Market“ (CARICOM). Nach und nach traten alle Mitgliedsländer der CARIFTA bei. Nach dem Vertrag soll eine wirtschaftliche Integration durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, eine praktische Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen (Schifffahrt, Gesundheit, Erziehung u. a.) sowie eine Koordination der Außenpolitik erreicht werden. Einige institutionelle Einrichtungen wurden bisher geschaffen. Doch die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit sind unverkennbar. Die Unterschiede in den Mitgliedsländern sind, was Raum, Bevölkerung und wirtschaftliches Leistungsvermögen anbetrifft, beträchtlich. Poli-

tische Schwierigkeiten kamen durch die Entwicklung in Guyana und Grenada (seit 1979) hinzu. Vom 16. bis 18. November 1982 trafen sich die Regierungschefs der Mitgliedsländer nach sieben Jahren zu der dritten CARICOM-Konferenz. Unverkennbar war der Gegensatz zwischen der Mehrheit der Mitgliedsländer und den sozialistischen Vorstellungen verbundenen Regierungschefs von Grenada und Guyana. Ob eine politische Integration überhaupt sinnvoll oder möglich ist, kann bezweifelt werden. Ein zumindest beachtenswerter Schritt in diese Richtung ist das am 5. Juli 1981 in Kraft getretene Abkommen über die Gründung der „Organization of Eastern Caribbean States“ (OECS). Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Vincent, St. Lucia, St. Kitts-Nevis und Montserrat haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsame Fragen der Wirtschaft, Außenpolitik, Verteidigung und Sicherheit zu entscheiden. Seit 1982 besteht zwischen Barbados und den OECS-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Grenada ein Verteidigungsabkommen. Darin ist die Schaffung einer gemeinsamen Küstenwacht und der gegenseitige Beistand im Falle der Bedrohung der inneren Sicherheit der Mitgliedsländer vorgesehen. Am 21. Oktober 1983 ergriffen die Regierungschefs von Barbados (Tom Adams) und Dominica (Eugenia Charles) die Initiative und beschlossen die Invasion der Insel Grenada. Nach dem Sturz der marxistischen Regierung in Grenada sollen die Sicherheitsstreitkräfte verstärkt werden. Seit Dezember 1983 werden mit amerikanischer Hilfe Polizisten und Soldaten ausgebildet. Die Pläne über eine regionale Armee werden weiterverfolgt.

IV. Der Karibische Raum und die internationale Politik

1. Die Karibik im Ost-West-Konflikt

Die internationale Politik hat durch die sowjetische Besetzung Afghanistans und durch den Regierungsantritt des amerikanischen Präsidenten Reagan ein neues Muster bekommen. Die USA sind von einer komplexen Schau der internationalen Politik zu einer Globalstrategie übergegangen, die den prinzipiellen Konfliktcharakter zwischen den beiden Führungsmächten Sowjetunion und USA wieder in den Vordergrund rückt. Die Welt ist damit wieder zu einer einzigen strategi-

schen Bühne geworden, auf der die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion auf der Basis militärischer und politischer Stärke geführt wird. Gemeinsame Vereinbarungen werden vom Wohlverhalten der Sowjetunion abhängig gemacht.

Diese außenpolitische Neuorientierung wird in den USA getragen von einem Nationalismus, der das Verlangen der Amerikaner zum Ausdruck bringt, Stolz und Prestige Amerikas wiederherzustellen, den Willen bekundet, erlittene Demütigungen zu beenden und erneut

die weltpolitische Führungsrolle zu übernehmen. In den USA beruht dieser Nationalismus auf einem neuen Wertpatriotismus, der Risikobereitschaft zu einem wichtigen Element des politischen Handelns macht. Dies ist ein neues Muster, das die amerikanische Politik nach innen und außen bestimmt⁸⁾.

Die sowjetische Außenpolitik ist aus ideologischen und machtpolitischen Gründen prinzipiell expansiv. Sie muß im Rahmen einer Globalstrategie gesehen werden, die von sowjetischer Seite mit einer kontinuierlichen Aufrüstung in den letzten zwanzig Jahren militärisch abgestützt wurde. Auf dieser Basis versucht die Sowjetunion ihren Einfluß weltweit auszudehnen. Die taktischen Mittel dieser Politik ändern sich unter dem Begriff der „friedlichen Koexistenz“ ständig, nicht dagegen ihre strategischen Ziele.

Die Sowjetunion hat im Rahmen ihrer Globalstrategie die Karibik und Zentralamerika zu einem neuen Kampffeld ihrer Expansionspolitik ausgewählt. Über den Satelliten Kuba versucht sie, das politische Gleichgewicht einseitig zu ihren Gunsten zu verändern, nunmehr unmittelbar in einem Gebiet, das zu den traditionellen Einflußsphären der USA gehört. Die sowjetische Unterstützung Kubas, Nicaraguas und marxistisch- und moskauorientierter Guerillabewegungen in Zentralamerika (El Salvador, Guatemala, Honduras, neuerdings auch Costa Rica und Panama) verfolgt das Ziel, die amerikanische Position in dieser empfindlichen Zone zu schwächen.

Die Unterstützung der illegalen Gruppen erfolgt nicht direkt durch die Sowjetunion; sie zieht es vor, Unterstützung und Hilfe über Stellvertreter zu leisten. In der Karibik geschieht das hauptsächlich über Kuba. Osteuropäische Länder (Bulgarien, Tschechoslowakei) sowie Kuba sorgen für Ausbildung, Finanzierung und Versorgung der revolutionären Gruppen. Dreh- und Angelpunkt all dieser Maßnahmen ist die KGB-Zentrale in Moskau. Sie plant und trägt die internationalen Subversionen unter Einsatz aller Mittel, die Erfolg versprechen.

⁸⁾ Zu diesem Komplex siehe: C. Hacke, Die Außenpolitik der Regierung im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/82, S. 3—27; H. Rühle (Hrsg.), Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz, Melle 1982.

2. Der kubanische Einfluß

Seit 1959 ist Kuba ein sozialistisches Land, regiert von der „Partido Comunista de Cuba“ (PCC), die das Land totalitär beherrscht. Die Veränderungen, die es seit 1959 im Land gegeben hat, sind beachtlich. Fidel Castro und seine Mitkämpfer haben 1959 erfolgreich gegen eine verhaßte Diktatur gekämpft. Sie haben damit nicht nur ein Regime gestürzt, sondern auch, was bis heute nachwirkt, den Einfluß der in der Region mächtigen Vereinigten Staaten beendet. Castro wandte sich konsequent dem Kommunismus und der Sowjetunion zu. Nur mit ihrer Hilfe, durch eine sowjetisch unterstützte Militarisierung des Landes, konnte und kann er seine Macht verteidigen. Kuba ist nach Brasilien die stärkste Militärmacht in Lateinamerika⁹⁾. Die stark bekämpfte Abhängigkeit von amerikanischen Interessen und Einflüssen wurde ersetzt durch eine wesentlich spürbarere Abhängigkeit und Fremdbestimmung durch die Sowjetunion. Damit verbunden war eine Isolierung und Blockade durch die USA. Castro und seine noch wenigen Mitarbeiter aus der Zeit der Guerilla (1953—1959) empfinden eine natürliche Solidarität mit anderen Guerillakämpfern. Die mißlungene Invasion in der Schweinebucht im Jahre 1961, die Raketenkrise von 1962 und die Ereignisse um Grenada im Oktober 1983 sind Erfahrungen, die die kubanische Politik bestimmen. Eine als permanent empfundene Bedrohung durch die USA verbindet sich mit dem Unbehagen, daß Kuba irgendwann im Kräftespiel der beiden Großmächte geopfert werden könnte.

Im Lande selbst ist einiges erreicht worden¹⁰⁾. Die Lebensverhältnisse für die Menschen sind zwar bescheiden, es gibt aber keinen Hunger und keine Armut. Die Gesundheitsfürsorge ist umfassend und kostenlos. Das Bildungsniveau wurde angehoben und das Bildungssystem erreicht alle Kubaner. 1981 besuchten 3,2 Mio. von 9,7 Mio. Einwohnern die Schulen und Universitäten. Die wirtschaftliche Lage ist nicht gut, aber die Bevölkerung wird mit den für die wichtigsten Lebensbedürfnisse erforderlichen Gütern versorgt. Die Versorgung der Funktionärsschicht, die über Privilegien verfügt, ist wesentlich besser, doch halten sich Korruption und Mißbrauch in Grenzen. 80% der Devisen Kubas kommen

⁹⁾ IISS, The Military Balance 1982—1983, London 1982, S. 101, 103.

¹⁰⁾ Siehe dazu: L. Kraft, Kuba heute, in: Die politische Meinung, 27 (1982) 201, S. 69—79.

aus dem Zuckerelexport, für den die Sowjetunion weit über dem Weltmarktniveau liegende Preise zahlt. 1983 sank Kubas Zuckerproduktion gegenüber 1982 um mehr als 10%. Auch die Schuldenlast mit 3,5 Mrd. \$ gegenüber westlichen Banken drückt schwer. Die Schulden gegenüber dem Ostblock sind in ihrer Höhe noch nicht bekannt, mit Ausnahme der Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, die 8,8 Mrd. \$ betragen. Da Kuba sich in totaler Abhängigkeit von sowjetischer Hilfe befindet — 1982 stellte die Sowjetunion gewiß nicht ohne eigene Interessen Kuba täglich 11—12 Mio. \$ zur Verfügung —, scheinen dessen Zukunftsaussichten keineswegs günstig.

Nach außen hin hat sich Kuba als der Anstifter und Förderer von Revolutionen betätigt¹¹⁾. 1975 und 1976 engagierte es sich in Afrika und schickte fast 36 000 Soldaten nach Angola. In Äthiopien waren 1977 mehr als 17 000 kubanische Soldaten im Einsatz. Kubanische Militär- und Sicherheitsberater sind in mehr als einem Dutzend afrikanischer und asiatischer Staaten tätig. Seit 1979 wurde die Hilfe auf Nicaragua und Grenada konzentriert und subversive Tätigkeiten in ganz Lateinamerika fanden stärkere kubanische Unterstützung. Im Rahmen der Strategie der politischen Destabilisierung wurde in der Karibik und in Zentralamerika eine neue Zone regionaler Konflikte eröffnet. Dabei geht es um zwei Dinge: Zum einen erfolgt eine direkte Unterstützung der Guerilla in Guatemala, El Salvador, Honduras und Costa Rica durch Ausbildung und Waffenlieferung, zum anderen dienen El Salvador und neuerdings auch Honduras als bündelndes Magnetfeld für eine heftige antiamerikanische Meinungsströmung. Heimliche Wühlarbeit und gezielte Propaganda sollen eine Stimmung gegen die USA erzeugen. Das ideologische Konzept dieser Politik begründet Carlos Rafael Rodriguez, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, folgendermaßen: „Kuba hat die Pflicht und wird sie immer haben, den proletarischen revolutionären Internationalismus

¹¹⁾ Vgl. dazu: E. Seaga, Castro vor Jamaika, in: Die politische Meinung, 25 (1980) 191, S. 72—77.

ausüben. Das ist einer seiner entscheidenden Beiträge zum historischen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus. Das ist nicht nur ein Akt der Identifikation oder Sympathie. Es handelt sich auch um eine mit unserer ganzen strategischen Konzeption verbundene Pflicht.“¹²⁾

Fidel Castro hat diese Zielrichtung in seinem Bericht auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas im Jahre 1980 bekräftigt. Der Sieg der Sandinistas hat die Kubaner offenbar überzeugt, daß nur die Unterstützung des bewaffneten Kampfes zur Macht führe — eine alte These Castros, die er schon in den sechziger Jahren vertreten hatte.

Die seit 1980 mit allen Mitteln in Nicaragua vorangetriebene Militarisierung hat zu einer neuen Bedrohung in der Region geführt. Die Aufrüstung Nicaraguas erfolgt parallel zu einer erheblichen Steigerung der sowjetischen Waffenlieferungen nach Kuba. In Nicaragua stehen gegenwärtig 22 000 Soldaten unter Waffen, 100 000 Mann in Reservebataillonen, ergänzt durch 150 000 Milizionäre. Nicht mitgerechnet sind die stark angestiegenen Polizeieinheiten. Auch die Zahl der ausländischen Berater ist beträchtlich. 6 000 Kubaner arbeiten in Schlüsselpositionen, davon 1 800 im Militär- und Sicherheitswesen, ferner 300 aus der DDR, 80 Bulgaren, 30 Nordkoreaner und 15 PLO-Experten. Die Zahl der sowjetischen Berater ist nicht bekannt.

Fidel Castro verfolgt das Ziel, all jene Gruppen, die sich zum revolutionären Kampf entschlossen haben, mit Waffen, Geld, Schulung und Propaganda zu unterstützen. Doch zu Beginn des Jahres 1984 sieht die Bilanz für ihn eher düster aus. Das kubanische Modell hat seinen Reiz verloren, vor allem in den Ländern, in denen ähnliche Versuche klägliche Ergebnisse mit sich gebracht haben (Jamaika, Grenada, Guyana, Surinam). Zudem hat die Machtdemonstration Präsident Reagans in Grenada im Oktober 1983 die Rolle Castros als möglichen Beschützer revolutionärer Bewegungen und Regierungen im Karibischen Raum entwertet.

¹²⁾ Carlos Rafael Rodriguez, Fundamentos estratégicos de la política exterior de Cuba, in: Cuba Socialista, Havanna, Dezember 1981, S. 14ff.

V. Die USA und die Karibik

Die Beziehungen der USA zu den Ländern im Karibischen Raum sind sehr komplex, wobei auf die historische Entwicklung des Verhältnisses hier nicht eingegangen werden kann. Bedeutsam ist, daß die amerikanische Politik gegenüber den Ländern im Karibischen Raum, die auch indirekte Interventionen nicht scheute (Kuba, Dominikanische Republik), ihren Teil dazu beigetragen hat, die USA als eine nicht besonders akzeptierte Macht zu empfinden. Soweit der Antiamerikanismus nicht bloß als propagandistisches Schlagwort benutzt wird, ist der Vorbehalt der Völker der karibischen Länder gegen die und zugleich der Respekt vor den Amerikanern nicht mit diesem Begriff zu erfassen. Die Probleme sind vielschichtiger und verdienen eine differenziertere Betrachtungsweise, für die allerdings hier kein Raum bleibt.

Die Grundprinzipien der amerikanischen Politik in der Karibik lassen sich in vier Stichworten zusammenfassen: Demokratie, Selbstbestimmung, wirtschaftliche Entwicklung und gemeinsame Sicherheit. Während die USA früher die Sicherheit in ihrer eigenen Hemisphäre als selbstverständlich hinnehmen konnten, hat sich diese Situation durch die Machtübernahme Fidel Castros in Kuba 1959 und durch die Entwicklung in Zentralamerika seit 1979 verändert. Besonders schmerzhaft müssen die Amerikaner eine solche Veränderung vor ihrer eigenen Haustür empfinden. Es wäre falsch, wollte man den sicherheitspolitischen Aspekt der amerikanischen Politik gegenüber dem Karibischen Raum als ausschließliches Prinzip in den Vordergrund stellen. Allerdings können nur durch die Gewährung einer sicherheitspolitischen Garantie die beiden anderen Grundsätze der amerikanischen Politik gegenüber der Karibik und Mittelamerika, nämlich a) die demokratische Selbstbestimmung und b) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, durchgesetzt werden.

Unbestritten ist auch, daß es ökonomische und militärische Interessen der Amerikaner gibt. In Krisenzeiten kommen 50 % des amerikanischen Nachschubs für die NATO aus Häfen, die im Golf von Mexiko liegen. Eine ernsthafte Bedrohung der amerikanischen Schifffahrtsrouten durch die Karibik hätte Konsequenzen für die Bündnisverpflichtungen der USA innerhalb der NATO. Die Sicherheit des Panama-Kanals hat ebenfalls

strategische Bedeutung. Während 1970 sowjetische Schiffe nur rd. 200 Schiffstage im Südatlantik operierten, waren es 1980 bereits 2 600 Schiffstage. Die Sowjets haben einen 2:1-Vorteil, was die Unterseeboote anbetrifft. Sie können auf Kuba operieren und von dort Luftsicherung betreiben. Kuba ist eine Basis, von der aus alle 13 karibischen Seewege, die durch vier Knotenpunkte führen, gut überwacht werden können. In der Nähe von Havanna haben die Sowjets die größte außerhalb der Sowjetunion installierte elektronische Überwachungsanlage eingerichtet, die es ihnen erlaubt, den Schiffsverkehr in diesem Raum zu überwachen. Die kubanische Militärstärke ist größer, als für Verteidigungszwecke notwendig ist. Das Heer verfügt über 225 000 Soldaten, die Marine über 11 000 und die Luftstreitkräfte über 16 000. 2,3 % der kubanischen Bevölkerung dienen in den Streitkräften. Der sowjetische Einfluß in Kuba ist nicht zu unterschätzen. Eine 2 600 bis 3 000 Mann starke Brigade ist in der Nähe von Havanna stationiert. Es gibt weiter 6 000—8 000 Zivil- und rd. 2 000 sowjetische Militärberater in Kuba. Die sowjetische Waffenhilfe für Kuba hat seit 1960 2,5 Mrd. US-Dollar erreicht. 1981 haben die Sowjets dreimal mehr Militärausrüstungen nach Kuba geliefert als im Jahre 1980. Sie nutzen Kuba und Nicaragua, um die Guerilleros in der Karibik und in Mittelamerika mit Waffen zu beliefern. Der politische Einfluß der Sowjetunion in Kuba wird vornehmlich über die massive wirtschaftliche Hilfe, über die Anwesenheit der zahlreichen sowjetischen Berater und durch die ständigen sowjetisch-kubanischen Konsultationen gesichert¹³⁾.

Auch die wirtschaftlichen Interessen der USA und der Mehrheit der Länder im Karibischen Raum müssen gesehen werden. 54% aller ausländischen Tonnagen und 45% des Rohöls für die USA passieren die Seewege in der Karibik. Die zukünftige Erdölversorgung ist für die Amerikaner ein besonders wichtiges An-

¹³⁾ Zu den amerikanischen Sicherheitsinteressen in dieser Region vgl. Margaret Daly Hayes, Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika — eine Politik der achtziger Jahre, in: Europa-Archiv, (1981) 12, S. 373—382; Nestor D. Sanchez, Deputy Assistant Secretary of Defense for Inter-American Affairs, Rede vom 9. März 1983 in Washington.

liegen, wobei die mexikanischen Erdölvorkommen für die amerikanische Energieversorgung eine große Rolle spielen. Auch sind der amerikanische Markt für den Export der karibischen Produkte unersetzlich und die amerikanischen Rohstoffimporte aus dem karibischen Becken von allergrößtem Interesse. Mexiko ist nach Kanada der zweitgrößte Lieferant von Silber, Zink, Gips, Quecksilber, Antimon, Wismut, Barium und Blei. Venezuela stellt 28% der amerikanischen Eisenerzimporte, 23% seiner Erdölprodukte und 8% seines Rohöls. Fast 50% des amerikanischen Bauxitbedarfs kommen aus Jamaika. Das Caribbean Basin ist der viertgrößte Auslandsmarkt für amerikanische Produkte. Mehr als 8% der amerikanischen Auslandsinvestitionen und mehr als 32% der amerikanischen Investitionen in Entwicklungsländern konzentrieren sich in der Karibik. Darüber hinaus hat die amerikanische Politik aber längst erkannt, daß man die Instabilität in den karibischen und zentralamerikanischen Ländern nur durch eine vernünftige Reformpolitik lösen kann. Deshalb hat Präsident Reagan am 24. Februar 1982 mit seiner „Caribbean Basin Initiative“ einige Vorschläge für die stärkere wirtschaftliche Hilfe der USA für diesen

Raum bekanntgegeben¹⁴⁾. Das Programm umfaßt drei Punkte: a) Verbesserung der Handelsbedingungen für die Länder im Karibischen Raum, was vornehmlich einen freieren Zugang zum amerikanischen Markt bedeutet; b) Verstärkung der Investitionen in den karibischen Ländern; c) finanzielle Hilfen. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1983 hat der amerikanische Kongreß das Programm mit einigen Änderungen akzeptiert. Eine Beschleunigung hat sich durch die Ereignisse in Grenada ergeben. Gebunden ist die Hilfe an die Achtung der Menschenrechte und die Sicherung des Eigentums ausländischer Staatsbürger. Das Programm stellt einen ersten Schritt dar. Weitere werden folgen müssen, wenn man vermeiden will, daß die sozialen und politischen Konflikte in der Region zunehmen. Bis jedoch einmal die Ursachen von Unruhe, Armut, und Elend beseitigt sind, wird noch ein langer Weg zurückzulegen sein. Der Karibische Raum bleibt gewiß für längere Zeit ein Konfliktfeld in der internationalen Politik.

¹⁴⁾ Siehe dazu: United States Department of State, Current Policy No. 370, President Reagan, Caribbean Basin Initiative, February 24, 1982; Special Report No. 97: Background on the Caribbean Basin Initiative, March 1982.

Hartmut Sangmeister: Wirtschaftswachstum und Grundbedürfnisbefriedigung in Lateinamerika

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/84, S. 3—23

Die Staaten Lateinamerikas haben in den beiden zurückliegenden Entwicklungsdekaden ein eindrucksvolles wirtschaftliches Wachstum erzielt. Trotz der relativ erfolgreichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsstrategie dieser Länder ist Massenarmut aber noch immer ein charakteristisches Merkmal der Region. Spätestens mit der weltwirtschaftlichen Rezession seit Beginn der achtziger Jahre ist auch in Lateinamerika die Illusion verfliegen, daß sich der industrielle Wachstumsprozeß als Motor der gesamtwirtschaftlichen Modernisierung wie bisher würde fortführen lassen. Als Alternative bietet sich eine Umorientierung der entwicklungspolitischen Zielvorgabe in Richtung auf eine verstärkte Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung an.

Mit Hilfe eines relativ einfachen Systems grundbedürfnisrelevanter Indikatoren werden für 22 lateinamerikanische Staaten Defizite in vier materiellen Grundbedürfnisbereichen vergleichend analysiert. Durch clusteranalytische Auswertung der verfügbaren Daten lassen sich fünf recht deutlich voneinander abgegrenzte Ländergruppen in bezug auf die Grundbedürfnisbefriedigung identifizieren. Ein Vergleich dieser Ländergruppen kommt zu dem Ergebnis, daß das durchschnittliche Einkommensniveau nicht entscheidend für die Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung ist. Es zeigt sich auch, daß wirtschaftliches Wachstum allein nicht ausreicht, um eine Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung zu gewährleisten. Zwar ist in den meisten lateinamerikanischen Staaten das notwendige ökonomische Potential vorhanden, um zumindest die absolute Armut zu beseitigen; ohne grundlegende Korrekturen des bislang praktizierten Entwicklungsstils läßt sich dieses Potential aber kaum hinreichend nutzen. Durch die externe Verschuldungskrise vieler lateinamerikanischer Staaten werden jedoch deren Möglichkeiten zur Korrektur ihrer sozialen, regionalen und sektoralen Deformationen erheblich eingeschränkt.

Gerhard Drekonja-Kornat: Kubas Außenpolitik: Das erneuerte lateinamerikanisch-karibische Profil

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/84, S. 25—36

Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten seit diesem Jahrhundert den großkaribischen Raum als ureigenste Sicherheitszone betrachten. Sowohl die Monroe-Doktrin als auch insbesondere der viel schroffere Roosevelt-Zusatz definierte dafür die Spielregeln, als deren Kern zu gelten hat, daß extrazonale Akteure aus ihr fernzuhalten sind.

Die kubanische Revolution bricht mit dieser Prämisse, weil Havanna durch diese sozialistische Revolution die Sowjetunion in diese Zone hineinholt. Dementsprechend mußte Kuba die erbitterte Feindschaft der Vereinigten Staaten in Kauf nehmen. Daraus wiederum lassen sich die Grundmuster kubanischer Außenpolitik ableiten. Infolge der Feindseligkeit der USA muß Kuba revolutionäre Verbündete in Lateinamerika, Afrika und Asien suchen oder durch Revolutionsunterstützung erst schaffen, um dadurch der bedrohenden Einschnürung seitens der Vereinigten Staaten zu entrinnen.

Daraus entwickelte sich eine kohärente, klare und letztlich sogar transparente Außenpolitik Havannas. In den sechziger Jahren versuchte Kuba der ihm auferlegten Isolierung durch Revolutionsunterstützung in Lateinamerika zu entgehen. Nach dem Scheitern dieser Strategie verlagerte Kuba in den siebziger Jahren den Akzent seiner außenpolitischen Aktivität auf Afrika und wurde im Lager der Blockfreien aktiv.

Gegenüber Lateinamerika wurde auf die traditionelle Diplomatie zurückgegriffen — was die weitreichende Wiedereingliederung Kubas in die lateinamerikanische Staatengemeinschaft bewirkte. Gegenüber der Inselkaribik erprobte Kuba erfolgreich eine offensive Kulturpolitik. 1979/80, als Nicaragua und Grenada unerwartete Chancen boten, entschloß sich Kuba zu einer Reaktivierung seiner revolutionsunterstützenden Außenpolitik im großkaribischen Raum. Infolge der antikommunistischen Containment-Politik der Reagan-Administration häuften sich dabei für Kuba die Kosten und Risiken, so daß seit Herbst 1983 deutlich eine Defensivposition der kubanischen Außenpolitik auszumachen ist.

Josef Thesing: Wandel im karibischen Raum

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/84, S. 37—54

Die Länder im Karibischen Raum befinden sich im Umbruch. Ihre wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben und die Ursache für die Instabilität in dieser Region sind, können nicht losgelöst gesehen werden von den äußeren Einwirkungen, die sich aus der internationalen Politik ergeben. Hinzu kommt, daß die Länder in ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung unterschiedlich einzuordnen sind. Trotz der Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Eigenartigkeit ist der Karibische Raum aber unverkennbar ein eigenständiges Gebilde innerhalb Lateinamerikas.

Die internationale Bedeutung dieser Region ergibt sich daraus, daß hier unmittelbar die Interessen der beiden Großmächte aufeinandertreffen. Die Sowjetunion versucht über Kuba und Nicaragua als Mitspieler von außen sich die innere Unruhe in den Ländern für ihre strategischen Ziele zunutze zu machen. Damit sind unmittelbar amerikanische Sicherheitsinteressen berührt. Eine Veränderung könnte längerfristig Auswirkungen auf das militärische Gleichgewicht in der Welt haben. Die Ereignisse um die Insel Grenada im Oktober 1983 haben das verdeutlicht.

Längerfristig können die Probleme der Länder, Staaten und Inseln im Karibischen Raum nur gelöst werden, wenn die Ursachen für die innere Instabilität beseitigt werden. Das erfordert eine wirtschaftlich und politisch sinnvolle Reformpolitik, die durch eine mit den USA vereinbarte gemeinsame Sicherheitspolitik abgesichert wird.